Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **10./11. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 17. September 2018

von 16.15 bis 18.35 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 10. Sitzung: Ch. Leupi (SVP), F. Albanese (SVP)
11. Sitzung: F. Künzler (SP), L. Jacot (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 8./9. Sitzung	
2.*	18.88	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle der zurücktretenden Ch. Leupi (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.*	18.84	Wahl einer Stellvertretung der Ombudsfrau für die Monate Oktober und November 2018	D. Oswald
4.*	18.62 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für das Kundenmagazin von Stadtwerk Winterthur	M. Nater
5.*	18.71 (DTB)	«Digitales Kundenportal» für Stadtwerk Winterthur – Kredit im Betrag von Fr. 650'000 als Teil des Gesamtkredits «Marktauftritt 2015-2018»; Objekt Nr. 20658	R. Diener
6.*	18.85	Fragestunde (Beginn 20.00 Uhr)	
7.*	18.70	Begründung der Parlamentarischen Initiative U. Glättli (GLP), U. Hofer (FDP) und T. Brütsch (SVP) betr. Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben	
8.**	16.112 (DFI)	Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) betr. Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt W'thur	
9.*	17.40 (DKD)	Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. Umnutzung der ehemaligen Polizeigebäude	

10.*	17.41
(DKD)	Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Standortmarketing erweitern auf BRICS Staaten
11.*	17.42
(DKD)	Beantwortung der Interpellation U. Hofer (FDP) betr. One-Stop-Shop – Konzept und Funktionsweise
12.*	17.43
(DKD)	Beantwortung der Interpellation I. Kuster (CVP), M. Wenger (FDP) und M. Zehnder (GLP) betr. Digitalisierung und Industrie 4.0
13.*	17.44
(DKD)	Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Bilden, Wohnen und Arbeiten in Winterthur
14.	16.120
(DSO)	Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), A. Geering (CVP) und D. Schneider (FDP) betr. islamistische Einrichtungen und Extremismus in Winterthur
15.	17.10
(DSO)	Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren
16.	17.23
(DSO)	Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich
17.	16.20
(DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter
18.	16.59
(DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

*** zurückgezogen*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse zur heutigen Sitzung, der 10. Sitzung dieses Jahres.

Entschuldigt ist für die Nachmittagssitzung Chantal Leupi, sie wird aber auf die Abendsitzung kommen. Wie die meisten bereits vernommen haben, wird das zugleich auch noch ihre Abschiedssitzung sein. Wir werden das zu Beginn der Abendsitzung noch gebührend berücksichtigen. Ebenfalls für die Nachmittagssitzung hat sich Franco Albanese. Für die Abendsitzung entschuldigt sich Fredy Künzler.

Speziell im Rat – wieder – begrüssen möchte ich Simon Büchi, der wieder im Rat ist. Er ist für Marcel Trieb nachgerutscht.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Die FDP hat eine Fraktionserklärung, Stefan Feer.

St. Feer (FDP): Ich habe die Ehre, Euch meinen eigenen Abgang als Fraktionspräsident in einer Fraktionserklärung mitzuteilen. Das hat aber eine gute Tradition bei der FDP, das hat schon mein Vorgänger Markus Wenger so gemacht.

«Wechsel im Fraktionspräsidium der FDP-Fraktion im GGR Winterthur.» Die FDP-Fraktion und auch ich ganz persönlich freuen sich sehr, dass wir Euch heute mitteilen dürfen, dass

Urs Hofer mit dem heutigen Datum das Fraktionspräsidium der FDP-Fraktion übernehmen wird.

Seit 2015 durfte ich die Geschicke der FDP-Fraktion leiten, was mir immer sehr viel Freude bereitet hat. Es war spannend und ich lernte dabei auch viel. Die Aufgabe, so wie ich sie gelebt habe, hat mich aber auch sehr stark beansprucht. Im letzten halben Jahr hat sich meine berufliche Situation dahingehend verändert, dass ich die Prioritäten neu setzen musste und ich zum Schluss kam, dass ich auf verschiedene Ämter verzichten möchte. Da steht dann halt auch das Amt des Fraktionschefs zur Diskussion und ich habe das zur Verfügung gestellt.

So freue ich mich auf meine weitere Tätigkeit als gewöhnliches Ratsmitglied im Gemeinderat. Es gibt allerdings einen Punkt, der für mich doch etwas gewöhnungsbedürftig ist. Ich habe festgestellt, dass ich mittlerweile da an der Demarkationslinie zwischen FDP und GLP, unserem Lieblingspolitgegner, sitze. Ich denke (mit einem Augenzwinkern zu meinem Politgepänli auf der rechten Seite): «Ich glaube, wir schaffen das.»

Mit Urs Hofer übernimmt die jüngere, aber schon politisch erfahrene FDP-Generation das Ruder und leitet das Geschick der Fraktion. Urs Hofer ist seit 2013 Mitglied des Gemeinderates, seit 2014 Mitglied der Aufsichtskommission und er vertritt weiter die FDP Winterthur als Mitglied des Kernteams FDP urban auf nationaler Ebene.

Die FDP-Fraktion wünscht Urs Hofer eine erfolgreiche Zeit, grosse Befriedigung in seinem neuen Amt und wir sind sicher, dass er die Fraktion souverän durch die neue Legislatur zu den nächsten Wahlen führen wird.

Ratspräsidentin A. Steiner: Stefan Feer hat es gesagt, die Rochade des Platzes hat bereits stattgefunden. Und ich kann Dir versichern: Urs beisst nicht (Urs Glättli). Der andere auch nicht.

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Auf den Tischen liegen Karten vom Kulturmagazin Coucou. Stadtpräsident Mike Künzle möchte dazu noch etwas sagen.

Stadtpräsident M. Künzle: Sie haben den Flyer erhalten vom «neuen» Veranstaltungskalender. Ich darf Sie animieren: Gehen Sie auf die Homepage oder schauen Sie das Magazin selber an. Es ist ein erfrischendes, ein motivierendes Magazin. Man muss aber auch sagen, es deckt nicht alle Veranstaltungen ab, an dem arbeiten wir noch, dass wir da vielleicht noch ein bisschen mehr Stoff dazupacken können als nur Kultur - aber mit der Kultur sind schon sehr wichtige Veranstaltungen drin. Es gibt eine gute Übersicht und ich kann Ihnen empfehlen, schauen Sie darauf, wenn Sie nicht wissen, was Sie an einem Abend vorhaben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben noch eine persönliche Erklärung, Katrin Cometta.

K. Cometta (GLP): Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einen kleinen Veranstaltungshinweis zu machen, und zwar vom politischen Frauenforum Winterthur. Das politische Frauenforum ist ein Gremium, in dem alle Parteien vertreten sind, von SVP bis zu den ganz Linken. Jede Partei ist vertreten. Wir organisieren regelmässig Veranstaltungen. Dieses Mal hat insbesondere Doris Hofstetter sehr viel gearbeitet. Es ist eine coole Geschichte: Mittwoch, 3. Oktober, das ist schon bald, zum Thema «Unerfüllter Kinderwunsch», bei dem es um die ganzen Geschichten zur Fortpflanzungsmedizin geht. Es gibt sehr viele verschiedene spannende Referenten. Wir würden Euch alle einladen, es ist auch für die Männer, und insbesondere hier auch für die Medien. Es geht um ethische Punkte, was ist medizinisch möglich, wir haben mit Markus Hungerbühler von der CVP sogar jemandem, der mit Leihmutter Vater geworden ist. Es wird sicher ein spannender Anlass. Es würde mich freuen, Euch zu sehen.

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Die Ratsleitung hat vorgeschlagen, dass man die Traktanden 4 und 5 ohne Beratung abhandelt. Gibt es da Einwände dazu?

Es wurde auch angekündigt, dass das Traktandum 9 zurückgezogen und damit abgeschrieben wurde.

1. Traktandum

Protokoll der 8./9. Sitzung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 1, Protokoll der letzten zwei Sitzungen. Gibt es Einwände?

R. Kappeler (SP): Ich habe nicht direkt ein Einwand zum Protokoll, denn protokolliert ist alles 100 Prozent so, wie ich es gesagt habe. Aber ich muss zurückkommen auf das Traktandum 2, Protokoll p. 181 unten. Ich habe dort nämlich etwas Falsches erzählt. Die Finanzkontrolle hat reagiert, sie hat mich per Mail angefragt, wie ich zu dieser Aussage käme, sie hätte moniert, dass die Tageskartengeschichte einen Gemeinderatsbeschluss und schlussendlich sogar eine Volksabstimmung brauche. Das sei nicht korrekt.

Ich muss das tatsächlich korrigieren. Ich habe mich gestützt auf das letztjährige Geschäft, bei dem im Protokoll damals stand «wegen interner Überprüfung seitens Stadtwerk bemerkte man, dass diese Bewilligung nicht eingeholt wurde» und ich ging davon aus, das sei im Rahmen der Sonderprüfung Stadtwerk gewesen. Ich schaute aber nach und muss das korrigieren. Ich möchte mich bei der Finanzkontrolle entschuldigen, dass ich sie mit falschen Federn geschmückt habe. Wie schon damals bei der Wärmeringaffäre war es nämlich nicht die Finanzkontrolle, die die Unkorrektheit festgestellt hat, sondern das Finanzamt.

Ich bleibe aber bei meiner politischen Einschätzung, dass das ein legalistischer Overkill ist, dafür eine Volksabstimmung zu machen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es weitere Einwände zum Protokoll?

Stadtrat St. Fritschi: In dem Fall muss ich mich auch entschuldigen. Da ich mich natürlich immer auf das Parlament abstütze und immer meine, alle Aussagen stimmen, die die Parlamentarier machen, habe ich dort natürlich in das gleiche Horn geblasen und sagte auch, die Finanzkontrolle habe das moniert. Aber in diesem Fall gebe ich das zu, das war einfach Roland Kappeler nachgeplappert. Es tut mir leid. Das, was ich im Protokoll richtig zitiert wurde, entspricht nicht den Tatsachen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank. Damit wären diese beiden Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2018.88: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle der zurücktretenden Ch. Leupi (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsidentin A. Steiner: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission. Silvio Stierli von der Interfraktionellen Konferenz hat das Wort.

S. Stierli (IFK): Die IFK schlägt für die Aufsichtskommission vor: Thomas Wolf (SVP).

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es weitere Vorschläge? Damit wäre Thomas Wolf gewählt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2018.84: Wahl einer Stellvertretung der Ombudsfrau für die Monate Oktober und November 2018

Ratspräsidentin A. Steiner: Wahl einer Stellvertretung der Ombudsfrau für die Monate Oktober und November 2018. Daniel Oswald hat für die Ratsleitung das Wort.

D. Oswald (RL): Ihr seht es in der Einleitung: Die Ombudsfrau möchte im Oktober und November dieses Jahres unbezahlten Urlaub nehmen. Das ist vom Jahresablauf her die beste Zeit. Im Frühling wäre das nicht so gut, wenn man den Bericht erstellen und dem Gemeinderat Rechenschaft ablegen muss usw. Deshalb hat sie das auf Oktober und November 2018 gelegt und auch schon frühzeitig beantragt. Nach geltendem Reglement müssen wir eine Stellvertretung wählen, wenn sich eine längere Absenz der Ombudsperson abzeichnet. Wir wurden von der Ratsleitung her auch fündig: Und zwar in der Person von Bernhard Egg aus Elgg. Beni Egg dürfte den meisten bekannt sein. Er ist stellvertretender Ombudsmann des Kantons, ehemaliger Kantonsrat und Bezirksrat. Von Beruf und Ausbildung her ist er Jurist. Die Ratsleitung empfiehlt Ihnen, Beni Egg als stellvertretender Ombudsmann für die Stadt Winterthur für diese Zeit zu wählen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Bernhard Egg sitzt in den Zuschauerreihen. Möchtest Du ganz kurz aufstehen, damit alle sehen, wer Du bist? Vielen Dank, dass Du Dich zur Verfügung stellst.

Gibt es Wortmeldungen? Damit ist Bernhard Egg als Stellvertreter für diese zwei Monate gewählt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2018.62: Jährlich wiederkehrende Ausgaben für das Kundenmagazin von Stadtwerk Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Jährlich wiederkehrende Ausgaben für das Kundenmagazin von Stadtwerk Winterthur. Das Geschäft wird vorgestellt von Markus Nater.

M. Nater (BBK): Ich darf das Geschäft vorstellen. Es geht darum, dass die jährlich wiederkehrenden Ausgaben für das Kundenmagazin von Stadtwerk Winterthur finanziert werden müssen einerseits, aber v.a. auch freigegeben werden müssen vom Gemeinderat. Ich werde kurz auf die Geschichte des Kundenmagazins eingehen, die Kosten und den Nutzen.

Die Geschichte des Kundenmagazins: Es ist immer wieder spannend, wenn man bei solchen Diskussionen etwas über die Geschichte der Stadt Winterthur erfährt. Das Kundenmagazin ist über 80 Jahre alt. Das Kundenmagazin hiess zu Beginn «Strom» und wurde auch in Winterthur herausgegeben, aber sehr wahrscheinlich nicht für alle Kundschaft in Winterthur. Dann ging es etwa 50 Jahre und nach 50 Jahren hatte das Parlament das Gefühl, das müsse alle Kundschaft der Stadt Winterthur erhalten. Andererseits sagten sie, ein Mal jährlich sei vielleicht nicht genug, also macht man es vier Mal jährlich für die, die wollen. Dieser Vorstoss wurde gutgeheissen und seit über 30 Jahren wird das Kundenmagazin vertrieben. Jeder Winterthurer Haushalt bekommt es sicher 1 x pro Jahr und die, die es öfters erhalten wollen (quartalsweise), erhalten es auch quartalsweise im Abonnement.

Wie ging es weiter? 1997 fand man heraus, dass «Strom» vielleicht etwas wenig ist für Stadtwerk und benannte es um in «Energie», weil «Energie» auch wirklich mehr aussagt über Stadtwerk und auch mehr Berichte gesetzt werden können. 2017 kam die Feststellung auf, dass die Ausgaben von Fr. 200'000 jährlich wiederkehrend sind, nicht unbedingt zwingend sind – und in dieser Höhe müssen sie eigentlich über den Gemeinderat abgenommen werden.

Und damit kommen wir zu den Kosten. Was ich vorher gesagt habe, das sind diese vier Ausgaben: Eine Gesamtausgabe mit 54'000 Auflage und die anderen mit 12'000 Auflage. Was man da bei diesen Kosten sehr gut sieht, ist dass der journalistische Beitrag einen eher kleinen Teil ausmacht, das sind 4 x 13'000 Fr., also ca. 50'000 Fr. Von diesen 200'000 Fr. geht das Meiste in die Produktion und den Versand. Da kommt dann natürlich die Frage, ob man es auch günstiger haben kann. Es wurde dargelegt, dass man da nicht viel machen kann. Es gibt natürlich immer möglich, aber man hat da schon einen sehr guten Preis. Der Preis ist so gut, weil man eine Kooperation hat mit 90 Werken, die alle das gleiche Kundenmagazin haben, das entsprechend ergänzt wird durch die Beiträge von Stadtwerk Winterthur. Die andere Frage war die der Verbreitung, haben wir denn 1,7 Leser pro Ausgabe? Das haben wir etwas hinterfragt in der BBK, es wurde uns dann aber bestätigt, wie das erhoben wurde und dass man das entsprechend nachweisen kann. Von daher haben wir da ein effizientes Kundenmagazin, mit dem man Kontakt hat zur Bevölkerung.

Nutzen: Wie gesagt, wir haben 4 Auflagen pro Jahr, in denen komplexe Themen und Sachverhalte im Energiebereich journalistisch gut aufgearbeitet werden. Das merkt man auch daran, dass ich sogar noch ein Heft habe aus dem Jahr 2016. Das sind Dinge, die man ab und zu aufbewahrt. Auch meine Jungs schauen ab und zu rein. Es hat sehr viele Bilder und Grafiken drin, es ist wirklich etwas, das lesbar ist für Jung und Alt. Das andere ist natürlich die Kundenbindung. Ein solches Magazin im offenen Energiemarkt, das man jährlich oder vierteljährlich bekommt – damit hat man einen Bezug zu den Stadtwerken und diesen kann man auch in Zukunft nicht genug stärken. Es stehen Dinge drin über Stadtwerk Winterthur und es ist immer wieder spannend, etwas über Stadtwerk Winterthur zu erfahren, auch für uns. Bei Stadtwerk Winterthur läuft sehr viel und wir wissen meistens nicht ganz genau, was sie dort machen. Ab und zu steht etwas im «Energie» drin: Laufende Infrastrukturprojekte werden entsprechend aufgezeigt, neueste Entwicklungen im Energiebereich werden gezeigt und die Dienstleistungen von Stadtwerk (was machen sie überhaupt und wo machen sie es). Über Projekte des Klimafonds wird informiert. Und was sehr wichtig ist, ist die Meinungsbildung. Da drin werden journalistische Beiträge über Technik publiziert, es wird gesagt, dass z.B. ein Velo sehr effizient ist, es wird gezeigt, wie man CO₂ sparen kann. Da sind, was gerade in der heutigen Zeit sehr wichtig ist, viele Informationen für Meinungsbildung, für neutrale Meinungsbildung, vorhanden.

Was wir in der BBK natürlich auch gesagt haben: Das Magazin muss mehr auf digitale Kanäle. Dort ist es noch nicht gross vorhanden und von daher auch dort die Aufforderung aus der BBK, dass man das verstärkt auch digital verlinkt.

Zum Schluss noch einen Aufruf an alle: Die, die das Magazin nur 1 x pro Jahr erhalten - geht auf die Homepage von Stadtwerk und bestellt es 4 x. Oder sagen wir, diejenigen, die sich für Energie interessieren. Die anderen, die es dann ohnehin ins Altpapier geben, eher nicht.

Das zum Nutzen.

Zu guter Letzt der Antrag: «Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben im Betrag von Fr. 200'000 für das Kundenmagazin von Stadtwerk Winterthur werden bewilligt.» Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 9:0 angenommen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es wurde keine Diskussion gewünscht. Möchte der Stadtrat noch kurz etwas sagen?

Stadtrat St. Fritschi: Wie gesagt: Die Produkte von Stadtwerk Winterthur sind halt nicht immer so attraktiv, dass man weiss, was bei uns so abgeht, was wir machen, was wir für Produkte haben. Strom, Gas und Wasser – das ist nicht so einfach zu übermitteln und umso

wichtiger ist es für uns, dass wir diesen Kanal haben können, dass wir in Kontakt sind mit unserer Kundschaft, dass wir auch sagen können, was wir für Produkte haben und Informationen weitergeben können, bei denen es sinnvoll ist, dass unsere Kundschaft das weiss. Und deshalb ist es mir ein Anliegen, dass wir das in Zukunft auch so beibehalten können. Das heisst nicht, dass wir das in dieser Form für alle Ewigkeit weiterpflegen, aber auch der Hinweis der Kommission, dass man die digitale Schiene noch etwas attraktiver gestalten soll, das nehmen wir uns sicher zu Herzen.

Ich danke Ihnen schon im Voraus für die Unterstützung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit hätten wir den jährlichen Kredit von 200'000 Fr. für das Kundenmagazin von Stadtwerk bewilligt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2018.71: «Digitales Kundenportal» für Stadtwerk Winterthur – Kredit im Betrag von Fr. 650'000 als Teil des Gesamtkredits «Marktauftritt 2015-2018»; Objekt Nr. 20658

Ratspräsidentin A. Steiner: «Digitales Kundenportal» für Stadtwerk Winterthur, Reto Diener bitte.

R. Diener (BBK): Ganz kurz ein paar Informationen zu dem Geschäft «Digitales Kundenportal Stadtwerk Winterthur». Ich habe den Antrag zuvorderst, der simpel und ergreifend lautet: 650'000 Fr. zu Lasten des Investitionskredites für dieses Portal. Es handelt sich da um einen Teil des gesamten Kredites, der insgesamt 900'000 umfasst hat. 250'000 davon wurden bereits als gebundene Ausgabe für die Erneuerung der Website, die insgesamt mit der Stadt Winterthur zusammen gemacht wurde, bereits bewilligt und grösstenteils bereits umgesetzt. Die BBK empfiehlt, wie Ihr gesehen habt, dieses Geschäft ebenfalls 9:0 zur Annahme.

Worum geht es, ganz kurz? Es geht um ein personalisiertes Portal (also ein Einstieg via Login), einen Servicebereich für Kunden und Kundinnen, es geht um einen Zugang für mit möglichst allen digitalen Devices, die man heute hat (Computer, Smartphone, was auch immer). Es geht natürlich um einen Zugang für die persönlichen Daten, die entweder einer Firma zugeordnet sind oder einer Privatperson: Energiedaten, Verbrauch, entsprechende Kundendaten usw. Dienstleistungen, die mit den Produkten zusammenhängen, die bestellt und im Einsatz sind. Es geht da um Informationen über massgeschneiderte Produkte, das ist etwas, das v.a. für Gewerbetreibende interessant ist, dass sie gleich erhalten, was sie brauchen, was für sie relevant sein könnte. Es geht natürlich auch um eine Anlaufstelle für Fragen oder Probleme, für die typischen Fragen, die entstehen im Betrieb (Fehlermeldungen oder was auch immer). Diese können dann z.T. über dieses Portal besser und effizienter abgewickelt werden.

Eine Mehrheit von Stadtwerken oder vergleichbaren Institutionen haben heute bereits solche Portale, wie z.B. St. Gallen, Bern, Zürich und auch viele kleinere wie z.B. Uster. Wir sind da in einer grossen Gemeinschaft und wir möchten von Stadtwerk her diese Vorteile natürlich auch einsetzen können. Stadtwerk möchte da vorwärts machen können, möchte auf dieser Digitalisierungsschiene einen Schritt weitergehen zu den individualisierten Dienstleistungen, möchte versuchen, Routinetätigkeiten im Kundencenter ein bisschen zu entlasten. Stadtwerk möchte ein solches 24-Stunden-Portal bringen, das den Kunden ermöglicht, jederzeit Auskunft zu bekommen, ohne dass jemand am Telefon sein muss.

Wichtig ist aber auch, dass der Branchenstandard eingehalten werden kann, und dass die Vorgaben eingehalten werden können, die wir auf Seiten Bundesgesetz haben (Stromversorgungsgesetz und -verordnung schreiben uns eigentlich vor, dass es heute so etwas geben muss). Damit möchten wir auch gegenüber anderen Anbietern auf dem Markt konkurrenzfähig sein.

Ich habe es schon gesagt: Der Nutzen für die Kundinnen und Kunden ist, dass man auf die Daten Zugriff bekommt, die man selber bei Stadtwerk hinterlegt hat, dass man auch auf die Verbrauchsdaten zugreifen kann, dass man sich Statistiken geben lassen kann. Man kann dort auch seine Geschäftsdaten abwickeln, da gibt es dann Möglichkeiten, um das zu erweitern, und in einem Schnittstellenkontext auch für Geschäfte intensiver und noch weiter nutzen. Es geht also auch um Prozessintegrationen von Kundenaktivitäten, das ermöglicht am Schluss natürlich auch, Kosten zu senken. Man kann die eigenen Verbrauchsdaten abfragen, gewisse Statistiken abrufen – das sind alles interessante Dinge, die einem auch helfen können, den Energieverbrauch zu senken. Und ganz wichtig: Von überall her zugreifen und über 24 Stunden einen verfügbaren Service zu haben. Das ist natürlich schon ein grosser Vorteil. All das wurde in der BBK sehr schön und gut präsentiert. Es gab auch nicht zu grossen Diskussionen Anlass.

Ein bisschen zu Diskussionen Anlass gab natürlich wie immer der Kostenpunkt. Wenn man schaut, wie sich die 650'000 in etwa aufteilen, dann sieht man: Software ist eigentlich nur ein Viertel oder noch weniger davon. Ein erheblicher Teil sind Dienstleistungen und Implementierungen, die spezifisch für dieses Portal erstellt werden müssen. Die Gründe dafür sind vielfältig, sie wurden uns eigentlich auch gut aufgezeigt, plausibel aufgezeigt. Es hat eine relativ grosse Zahl von Systemen und Datenbanken, verschiedensten Module im Einsatz, die man miteinander vernetzen muss, die man anzapfen muss, und entsprechend muss man ergänzen und anpassen, damit diese Schnittstellen bedient werden. Es ist kein Standardprodukt «out of the box» für diese Lösung verfügbar. Das hat damit zu tun, dass andere Stadtwerke oder andere Anbieter auch ganz unterschiedliche, andere Arten von Zusammensetzungen von Produkten haben, ganz anders aufgestellt sind mit ihren eigenen Angeboten, so dass man das schlecht über einen Leisten schlagen kann.

Man hat das auch probiert (das war natürlich auch die Frage in der BBK), ob man nicht mit anderen zusammen etwas machen könnte, ob man nicht mindestens mit anderen zusammen ausschreiben könnte: All das ist relativ schwierig, weil wie gesagt unterschiedliche Produktpaletten da sind, ganz unterschiedliche Bedürfnisse vorhanden sind von diesen einzelnen Anbietern auf dem Markt, und das nicht so einfach auf einen Leisten geschlagen werden kann. Auch die Zeitpläne und Umsetzungsphasen sind bei allen ein bisschen verschieden, so dass es im Moment nicht möglich war, mit vernünftigem Aufwand da ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Stadtwerken ermöglichen zu können. Das ist ein bisschen schade, auf der anderen Seite hat man das ja beim Kundenmagazin sehr gut etabliert - aber da ist es halt so, dass der Markt sehr stark getrieben hat. Über einen sehr kurzen Zeitraum hat die Digitalisierung enorm Schwung bekommen. Die einen sind schon aufgesprungen, die anderen kommen jetzt ein bisschen hinterher, und überall sieht es ein bisschen anders aus. Die klare Einheitlichkeit gibt es noch nicht.

Es wurde aber zugesichert, dass man was immer möglich ist macht. Man hat z.B. ein Pflichtenheft oder entsprechende Beschreibungen, was man überhaupt umsetzen will, z.T. übernehmen oder ableiten können von anderen entsprechenden Programmen und schaut auch mit der IDW zusammen, was den Zugang betrifft (der in einer 2. Phase kommt, das ist erst am Entstehen), dass es einheitliche Logins gäbe für alle Produkte, für alle Zugänge in der Stadtverwaltung.

Das wären meine Ausführungen. Die BBK empfiehlt das Geschäft 9:0.

Stadtrat St. Fritschi: Der Informatiker Diener hat das sehr gut vorgestellt, es gibt gar nichts mehr anzufügen. Man muss einfach sagen: Smart City und Digitalisierung ist gerade in diesen Übergangsphasen Zusatzaufwand und ich verstehe, wenn Sie finden, das ist viel Geld. Aber wir müssen auch sehen: Wir haben natürlich alle Kunden und wir können nicht voll auf der digitalen Schiene fahren können. Wir werden natürlich für alle Leute dieser Stadt und der Kundschaft ein offenes Ohr haben (mit Kundentelefon usw.) und auch weiterhin haben müssen.

Es ist so, dass wir mit dieser Digitalisierung etwas machen, das die Banken schon vor einigen Jahren gemacht haben, dass nämlich die Kundschaft mit ihren Daten selber nachschauen kann, was es gibt. Gerade in dieser Zeit, in der es viel mehr Eigenverbrauch geben wird in

den einzelnen Häusern, in den einzelnen Firmen, ist es wichtig, dass man direkt Einfluss nehmen kann auf sein Produkt, dass man schauen kann, was man produziert, was man konsumiert. So nehmen wir Rücksicht auf die geänderten Konsumbedürfnisse unserer Kundschaft. Ich danke Ihnen da auch im Voraus für die Unterstützung und ich glaube, das ist wichtig für die Zukunft von Stadtwerk.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir diesem Kredit von 650'000 Fr. für das digitale Kundenportal zugestimmt.

Traktandum 6 ist die Fragestunde, die um 20.00 Uhr in der Abendsitzung beginnt. Wir überspringen das entsprechend und kommen zum Traktandum 7.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2018.85: Fragestunde (Beginn 20.00 Uhr)

1. Frage: B. Huizinga (EVP): Bei Scheidungen wird zum Wohle der Kinder vermehrt die alternierende Obhut zugesprochen. Wohnsitz können sie indes nur einen haben. Dies führt bei Sozialhilfebeziehenden zu einer Ungleichbehandlung, insofern nur bei einem Elternteil, am Wohnsitz des Kindes, für jenes Sozialhilfe bezogen werden kann. Ist in der Stadt Winterthur dieses Problem bekannt und sind diesbezüglich Lösungen angedacht?

Stadtrat N. Galladé: Uns ist dieses Problem nicht bekannt, weil es das so nicht gibt. Das befürchtete Problem, das da zum Ausdruck kommt, das trifft nicht zu. Das hat damit zu tun, wie die rechtlichen Grundlagen und Praxis in der Sozialhilfe sind. Das als erste Voraussetzung. Kinder sind nicht ein eigenständiger Fall in der Sozialhilfe, sondern sie werden eigentlich den Eltern als Fall zugerechnet, und zwar bei den Eltern, bei denen sie wohnen. Das aber ganz unabhängig von der Modellwahl, ob man alternierende Obhut hat oder ob man eine wie auch immer geregelte Vereinbarung hat (50:50, 75:25, 25:75). Es wird unabhängig davon jede Elternseite getrennt, individuell und differenziert angeschaut. D.h. man nimmt den sozialhilfe-rechtlichen Grundbedarf des Kindes, und dieser wird dann aufgrund der vereinbarten (und ich hoffe auch gelebten) Situation dann auf der Aufwandseite anteilmässig angerechnet. Also wenn man gleichermassen die Kinder betreut, dann fifty-fifty, und sonst in den Proportionen, wie sie beim einen oder beim anderen Elternteil sind.

Und auf der Einnahmenseite wird dann das gesamte Einkommen des jeweiligen Elternteils berechnet: Wenn man noch Unterhaltszahlungen einberechnet, werden diese auf beiden Seiten einbezogen (bei der Partei, die die Unterhaltszahlungen bezahlt, ist es quasi eine Einkommensreduktion; bei der Partei, die die Unterhaltszahlungen bekommt, wird es dem Einkommen angerechnet).

Wenn dann zwischen den so errechneten Einnahmen und Ausgaben ein Fehlbetrag entsteht, so entsteht daraus der Sozialhilfeanspruch, jeweils für den einzelnen Elternteil. Und dafür kommt dann auch die Wohnsitzgemeinde der Eltern auf. Wenn beide in Winterthur wohnen, bei beiden Winterthur. Wenn der eine Elternteil in Winterthur und der andere in einer anderen Gemeinde wohnt, kommt entsprechend für diese Person diese Gemeinde für die sich ergebende Differenz auf.

Von daher ist das eigentlich so gesplittet, geteilt und differenziert zwischen den beiden Elternteilen. Und wenn unterschiedliche Gemeinden da involviert sind aufgrund der Wohnsitze der Eltern, auch zwischen den beiden Gemeinden.

2. Frage: St. Feer (FDP): Die Begeh- und Befahrbarkeit des Neumarktplatzes aufgrund des Kopfsteinpflasters ist für betagte und behinderte Personen mit Rollator oder Rollstuhl auf Grund des holprigen Belages sehr unbefriedigend und führt bei den Betroffenen zu zum Teil grosser Verunsicherung. Die Situation ist besonders für Bewohnende des Alterszentrums Neumarkt unglücklich. Ist dem Stadtrat dieses Problem bekannt und welche Verbesserungsmöglichkeiten sieht er vor?

Stadträtin Ch. Meier: Dem Tiefbauamt sind nur vereinzelt Reklamationen und Rückmeldungen von Angehörigen oder von Bewohnerinnen und Bewohnern des Alterszentrums Neumarkt bekannt. Es ist richtig, dass der Belag für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, nicht zweckmässig ist. Es handelt sich hier aber um eine Abwägung von verschiedenen Interessen. Nämlich einerseits den Interessen an der Gestaltung einer historischen Altstadt, den Interessen an der Funktion einer Fussgängerzone und den individuellen Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer.

Der Neumarkt wurde in den Jahren 2002/2003 baulich neugestaltet. Grundlage der Neugestaltung war ein Gestaltungskonzept, welches stark die Randbedingungen der historischen Altstadtfassade berücksichtigt hat. Dies ist mit der Anordnung einer Natursteinpflasterung betont worden, welche zudem einen Kontrast zu den Gestaltungen mit durchgehenden Asphaltbelägen in der Steinberggasse und in der Obergasse bildet.

Der Neumarkt wurde längs mit einem 70 cm breiten, geschliffenen Natursteinplattenband eingefasst und quer verlaufen 7, ca. 30 cm breite, geschliffene Natursteinbänder. Diese Platten und Bänder ermöglichen einen minimalen Standard der Begehbarkeit für betagte und behinderte Personen. Aber also wirklich nur minimal, das ist uns bewusst.

Eine Verbesserung wäre, wenn ein Teil oder der ganze Neumarkt asphaltiert würde oder die Pflasterung abgeschliffen würde. Dies hätte aber unter anderem unweigerlich zur Folge, dass Velofahrende und Motorfahrzeuge schneller (oder eben noch schneller als heute) über den Platz fahren könnten und das geforderte Schritttempo nicht einhalten würden. Dies wollen wir nicht.

Deshalb ist das bestehende Gestaltungskonzept des Neumarktes für die grösste Fussgängerzone der Schweiz und die historische Altstadt gesamthaft betrachtet nach wie vor zweckmässig.

3. Frage: R. Diener (Grüne): Velorouten und Richtplanung: Im regionalen Richtplan wurden die radialen Achsen der neu geplanten Veloschnellrouten eingelastet und festgesetzt. Dies hat sich jetzt auch als Information im Stadtplan/Richtplan Winterthur niedergeschlagen. Dort fehlt nun aber (gemäss Netzbeschluss Stadtrat aus 2014) noch die Markierung der Ringroute(n) um die Altstadt herum. Wie ist der Fahrplan für deren Aufnahme in die (offensichtlich) kommunale Richtplanung?

Stadträtin Ch. Meier: Alle Abschnitte des City-Rings und des äusseren Rings sind wie auch die Veloschnellrouten als regional klassierte Radrouten im regionalen Richtplan enthalten. Im Richtplantext wird unterschieden zwischen Veloschnellroute, Haupt- und Nebenverbindungen.

Wie in der Frage erwähnt, sind die Veloschnellrouten im Stadtplan zur Information mit einer zusätzlichen Signatur versehen worden.

Davon ist beim City-Ring und beim äusseren Ring aber abgesehen worden, da diese nicht im «Veloschnellrouten-Standard» ausgebaut werden können.

Da der City-Ring und der äussere Ring bereits als regional klassierte Radrouten im regionalen Richtplan enthalten sind, erübrigt sich eine Aufnahme in die kommunale Richtplanung.

4. Frage: K. Gander (AL): Die Verkehrsführung für Velofahrende an der Rosenstrasse ist nicht nur aufgrund der Baustelle alles andere als optimal. Auf einer abgetrennten Fahrbahn fahren die Velos stadtauswärts, stadteinwärts führt der Weg zusammen mit den Fussgängern über das Areal der ZHAW. Neben dem täglichen Konfliktpotential mit den Fussgängern sind auch noch die holprige Unterlage und die beiden engen Kurven bei der Brücke sehr suboptimal. Dies hat zur Folge, dass zahlreiche Velofahrer die falsche Route benutzen, was bei angemessenem Tempo problemlos sogar mit Anhänger möglich ist. Könnte man nicht die stadtauswärts führende Spur, die jetzt schon zwischen 2.05 und 2.15 Meter breit ist, ein wenig verbreitern und damit beidseitig befahrbar machen? Mit entsprechender Signalisation langsam zu fahren, würde dies die Situation, die ja doch noch mit 2019 dauert, massgeblich entlasten und m.E. auch deutlich sicherer machen.

Stadträtin B. Günthard: Ich kenne diese Situation sehr gut, ich komme dort immer wieder vorbei, wenn ich vom Superblock zur SIW hinauffahre. Es geht nicht, das besser zu machen, aus mathematischen Gründen, die ich dann jetzt gleich noch durchrechne. Die Alternative, die man machen könnte, die aufgehen würde, wäre wohl auch nicht viel attraktiver. Von daher das Fazit vorneweg: Es wird wahrscheinlich noch ein bisschen so bleiben und ist wahrscheinlich die beste der verschiedenen weniger guten Lösungen.

Also, ein Veloweg, der auf beiden Seiten befahrbar ist, muss 2 Meter sein. Wenn man rechnet: $1.25 + 1.25$ gibt mehr als 2 Meter, $1.20 + 1.20$ gibt mehr als 2 Meter und $1 + 1$, wenn das eine 1 ein bisschen grösser ist, gibt wahrscheinlich auch mehr. Also, ein Velostreifen muss diese 1.25 Meter breit sein. Wenn man das nebeneinander macht, käme man über die 2.5 Meter. Veloanhänger haben im Normalfall 1.20 Meter, wenn diese aneinander vorbeifahren müssten, hätten wir 2.40. Und dann hätten wir die Velofahrer, die minimal 1 Meter Platz brauchen (wenn man ein E-bike hat, wird es dort wahrscheinlich ein bisschen mehr), also wird es dort auch knapp. Das habe ich mir so sagen lassen von den Fachleuten.

Also hat man sich gesagt, für die Sicherheit fährt man besser einspurig. Und man hat dankbar auf das Angebot der ZHAW zurückgegriffen, die angeboten hat, dass man die eine Spur über das ZHAW-Gelände führen kann. Eine Variante, die man machen könnte, wäre, dass man die eine oder beide Fahrspuren über die Technikumstrasse führen würde. Das finde ich selber, wäre auch nicht so optimal. Also denke ich, wäre die Situation, die wir dort haben, diese, mit der wir noch ein bisschen händeln müssen. Und ich glaube, das können wir auch. Also ich persönlich schaffe es auf jeden Fall, auch wenn es nicht optimal ist.

5. Frage: U. Glättli (GLP): Ausser Spesen nichts gewesen. Entgegen aller eingegangenen Bitten, diese Frage heute Abend zu unterlassen, frage ich gerne wie folgt:

Mit dem Badge der Mitglieder des Gemeinderates für den Eintritt in den Superblock lässt sich ohne Weiteres automobil und barrierefrei ins Parking einfahren und dort – anders als Angestellte der Stadt – gratis parkieren. Wie gedenkt der Stadtrat, diesen Fehlanreiz zu beheben?

Stadträtin Y. Beutler: Urs, ich möchte dich bitten, diese Frage mit der Ratsleitung zu klären. Falls Ihr zum Schluss kommen solltet, dass Ihr künftig wie die anderen auch bezahlen wollt, programmieren wir die Badges gerne um.

6. Frage: R. Keller (SP): Auf dem Bahn Fussweg ist eine gemischte Nutzung durch Fussgänger und VelofahrerInnen vorgesehen. Der Weg ist vor allem zu Pendlerzeiten und vor Schulbeginn der Kantonsschulen Rychenberg und Lee stark frequentiert, Schülergruppen auf der ganzen Breite des Wegs erschweren ein Durchkommen mit dem Velo stark und verursachen gefährliche Situationen. Der Weg ist auch beliebt bei Smartphone-vor-dem-Gesicht-Geher, die sich langsam und oft torkelnd bewegen. Ein Mittelstreifen mit Richtungspfeilen könnte diese Situation wenigstens ein bisschen verbessern. Wäre es möglich, solche Markierungen anzubringen?

Stadträtin B. Günthard: Da habe ich fast die gegenteilige Situation als vorher. Während es bei der vorherigen Situation zu eng ist für zwei Spuren, hätte es da Platz an gewissen Stellen. Aber die Frage ist, würde es dann wirklich Sinn machen? Weil eben $1 + 1$ dann immer noch 2 gäbe und wenn man das ein bisschen frei lässt, dann kommen auch mehr Leute gut durch und es ist gut zu handhaben.

Es ist so, der Bahnhoffussweg ist jetzt nach der Wiedereröffnung sehr gut und sehr viel genutzt. Man hat bei der Erneuerung den Übergang und die Anschlusswege verbreitert. Das lädt einen auch mehr ein, diesen Weg zu benutzen. Und der ganze Weg ist nun übersichtlich bei Tag und bei Nacht.

Man hat bei der Neuplanung eine entsprechende Signalisation geprüft und man sah, dass es möglich sein wird, dass es Begegnungen oder Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzergruppen geben könnte auf diesem Weg. Man sagte dann aber, auch wenn man an gewissen Orten eine solche Trennung hätte machen können (aber nicht auf der ganzen Strecke), wäre

es nicht verhältnismässig und schlussendlich wahrscheinlich nicht hilfreich, wenn man diese Trennung dann gemacht hätte auf diesen Teilstücken. Man weiss auch aus Erfahrung, dass solche Trennungen, wenn es so übersichtlich ist, so gut überschaubar von den Nutzern, dann werden sie gar nicht beachtet. Insofern hat man sich da auf eine pragmatische Miteinander-Lösung entschieden.

7. Frage: M. Wäckerlin (PP): Mir ist aufgefallen, dass sich das Frauenhaus in einer defizitären städtischen Liegenschaft befindet, dies aber nirgends als Subvention ausgewiesen ist. Stimmt das? Ist die Immobilie im Finanz- oder Verwaltungsvermögen? Gibt es weitere versteckte Subventionen durch vergünstigte Mieten?

Stadträtin Y. Beutler: Als Vorbemerkung: Es gibt weder im Gemeindegesetz noch im Handbuch für das Rechnungswesen einen Vermerk über Rendite von Liegenschaften im Finanzvermögen. In den Rechnungen ist ersichtlich, dass jeweils die eigentlichen Liegenschaftens-Portfolio die Rendite erreichen sollen, und die Rendite ist im Vergleich zum Markt nach wie vor angesehen. Es ist wichtig, dass man das grösser sieht, dass die einzelnen Anlagenportfolios insgesamt die durchschnittliche Rendite abwerfen, deshalb ist ja auch als Zielvorgabe ein Durchschnittswert vorhanden, da sich die Rendite der einzelnen Liegenschaften sehr stark unterscheiden kann – das auch von Jahr zu Jahr. Das kann sein, weil Unterhaltsarbeiten vorgenommen wurden, dass man Wertberichtigungen machen musste. Es kann aber auch sein, wenn man eine sehr langjährige Mieterschaft hat, dass diese nach wie vor von ziemlich günstigen Mietpreisen profitieren kann, weil keine Mietzinsanpassungen infolge Mieterwechsel stattgefunden haben oder ähnlichem. Und deshalb kann man nicht sagen, jede einzelne Liegenschaft muss genau diesen Durchschnittswert, der eben ein Durchschnittswert ist, erreichen können.

Wir orientieren uns bei der Vermietung an den statistischen Werten von Wüest Partner. Wir haben sämtliche Liegenschaften, die in den letzten Jahren ein negatives Ergebnis hatten, angeschaut und nachgeschaut, wie es zu den negativen Liegenschaftenergebnissen kam. Das war alleine aufgrund von Unterhaltsarbeiten oder Wertberichtigungen, dass sie so resultiert sind.

8. Frage: G. Stritt (SP): Das Schulhaus Mattenbach wird aktuell saniert und der Schulbetrieb ist ausgelagert. Ich möchte wissen, welche Sanierungen ausser der Fassadenrenovation vorgenommen werden, insbesondere bei den sanitären Anlagen, Bodenbelägen etc.

Stadtrat J. Altwegg: Neben der Fassade werden z.B. die Flachdächer von beiden Primarschultrakten und vom Oberstufentrakt erneuert. Das machen wir nicht, damit es hübsch aussieht, sondern damit diese Teile ihre Funktion wieder wahrnehmen können, im Wesentlichen Witterungsschutz.

Im Oberstufentrakt werden fünf grosse Gruppenräume à je 30 m² dazugebaut. Beim Primarschultrakt sind es vier Gruppenräume à 16 m² und zwei grosse à je 30 m², die wir dazubauen. Im Gebäudeinnern werden die Anforderungen an den Brandschutz, Hindernisfreiheit und Massnahmen bezüglich der Sicherheit von Dächern und Oberlichter nachgeführt. Es werden die bautechnisch notwendigen und dringenden Sanierungsarbeiten ausgeführt.

Im Detail sind das in etwa die folgenden: Wir haben die Auflagen der Hindernisfreiheit, wo wir Lifte einbauen, eine Rampe zum Singsaal, Toiletten und Garderobenanlagen entsprechend ertüchtigen. Dann haben wir Auflagen vom Brandschutz, das braucht eine Sicherheitsbeleuchtung, wir müssen Türabschlüsse machen wegen dem Rauch und die Elektrofolgen entsprechend machen. Bei der Gebäudetechnik machen wir Ventile, Umwälzpumpen und tote Leitungen zurückbauen. Die Kanalisation hat Risse, diese müssen wir flicken. Ein Teilersatz in der Turnhalle, Absturzsicherungen an Dächern und Oberlichtern habe ich schon erwähnt. Dann haben wir minimale Ausbesserungsarbeiten vom Maler an Radiatoren (das kostet aber einiges, notabene). Bei den Bodenbelägen erneuern wir die Räume, die erweitert werden, entsprechend. Und wenn wir Layoutanpassungen machen der Räume, dann erneuern wir dort natürlich auch die Sanitäranlagenbauten.

Ich erlaube mir noch den kleinen Hinweis, dass wir die Bau- und Betriebskommission eingehend über alle diese Details informiert haben.

9. Frage: B. Zäch (SP): In der Stadt Winterthur gibt es eine Rekordzahl von 19 sog. "Busproblemstellen", d.h. Knotenpunkten, bei denen Stadtbus aufgrund der Verkehrsführung im Stau steht und fahrplanrelevante Verspätungen erleidet. Wie ist der aktuelle Planungsstand in Bezug auf die bauliche Sanierung dieser Problemstellen und in Sachen Buspriorisierung?

Stadträtin Ch. Meier: Da muss ich ein bisschen mehr ausholen, ich hoffe, Ihr habt Geduld. Der Grosse Gemeinderat hat am 28. August 2017 die Planungsstudie «Steuerungs- und Dosierungskonzept für den ÖV» zustimmend zur Kenntnis genommen. Die 19 sogenannten «Busproblemstellen» sind mehrheitlich in dieser Studie enthalten. Gleichzeitig hat der Grosse Gemeinderat einen Kredit von 4,6 Mio. Franken für die Umsetzung von Massnahmen auf der Grundlage von dieser Planungsstudie bewilligt.

Gerne gebe ich dem Parlament einen kleinen Überblick über den Planungsstand:

- An den Knoten Lind-/St. Georgenstrasse und Pflanzschul-/St. Gallerstrasse ist eine Aufhebung von Linksabbiegern als Sofortmassnahme vorgesehen. Die Umsetzung sollte noch 2018, also noch dieses Jahr, erfolgen. Diese Massnahmen sind letzte Woche öffentlich publiziert worden.
- Eine weitere Sofortmassnahme, auch mit geplanter Umsetzung noch dieses Jahr, ist die Anpassung von der Steuerung auf der Zürcherstrasse und Technikumstrasse zwischen Talegg und Brühleck.
- Bei der Buswendeschleife und dem neuen Lichtsignal beim Schloss Wülflingen steht der Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen vor dem Abschluss.
- Das Betriebs- und Gestaltungskonzept Zürcherstrasse liegt im Tiefbauamt vor. Es soll bis 2020 realisierungsbereit sein. Die Umsetzung von diesem Konzept führt zu einer Verbesserung für den Bus zwischen Stationsstrasse und Unterer Briggerstrasse.
- Die Massnahmen am Zwingliplatz, am Knoten St. Galler-/Grüzelfeldstrasse und am Ober-/General-Guisan-Strasse müssen durch das Tiefbauamt noch weiter konkretisiert werden.
- Auf den Achsen Schaffhauser-/Lindstrasse und Römer-/Frauenfelder-/Stadlerstrasse werden Massnahmen im Rahmen von einer Ergänzungsstudie zum bisherigen Steuerungs- und Dosierungskonzept geprüft.
- Massnahmen im Bereich Seener-/Tösstalstrasse sind mit dem Ersatz von der Lichtsignalanlage im Jahr 2022 möglich.
- Verbesserungen am Knoten Kloster-/Zürcherstrasse sind nach der Realisierung von einer neuen Lichtsignalanlage in der Auwiesenstrasse/In der Au möglich.

Ausserdem gibt es weitere Massnahmen und Projekte zur Buspriorisierung, die nicht über den 4,6 Millionen-Kredit, sondern separat finanziert werden. Dazu gehören unter anderem:

- Ein Lichtsignal beim Knoten Steig-/Dättnauerstrasse.
- Ein Lichtsignal beim Seemer-Buck (das wäre der Hinweis auf die Frage, die dann später noch kommt).
- Verlängerungen von Busspuren auf der Seenerstrasse mit einer neuen Lichtsignalanlage Hegifeldstrasse und einer neuen Lichtsignalanlage Seener-/Rudolf-Diesel-Strasse. Dafür hat der Grosse Gemeinderat erst vor Kurzem den Ausführungskredit bewilligt.
- Das Tiefbauamt plant zudem eine Busspur und eine bessere Signalisation von der Schosstalstrasse in die Zürcherstrasse. Dieses Projekt wird dann mit dem Betriebs- und Gestaltungskonzept Zürcherstrasse weiterbearbeitet.

Soviel zum jetzigen Zeitpunkt als Überblick.

10. Frage: D. Schneider (FDP): In Kollbrunn trifft man regelmässig auf Flüchtlinge, die offiziell gekennzeichnet in orangen Westen mithelfen den öffentlichen Raum sauber zu halten. Dieser Einsatz wird in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen und gibt den Flüchtlingen auch die Möglichkeit sich nützlich zu machen. Wird dieser sinnvolle Einsatz auch mit den Winterthurer Flüchtlingen durchgeführt? Wenn ja: Wie? Wenn nein: Warum nicht?

Stadtrat N. Galladé: Die Stadt Winterthur verfügt über 90 öffentliche Grünanlagen. Sie ist Besitzerin von 1'910 Hektaren Wald und dem frei zugänglichen Wildpark Bruderhaus auf dem Eschenberg, den wir gerade am Samstag beim Forstungang anschauen konnten.

Seit 9 Jahren sind Teilnehmende der Programme der städtischen Arbeitsintegration Winterthur, vom städtisch mitfinanzierten Projekt HEKS-Visite, in diesen Grünanlagen und im Wald für einfache Tätigkeiten im Einsatz. Darunter hat es auch Personen aus dem Asylbereich, aber durchaus auch andere Personen, z.B. sozialhilfebeziehende Ausländer mit anderem Status oder Schweizer und Schweizerinnen. Seit kurzem engagiert sich auch die Zürcher Fachorganisation AOZ (Asylorganisation Zürich) mit Asylsuchenden aus dem Bundesasylzentrum Embrach in der Pflege der Grünräume in der Stadt Winterthur.

Was ich jetzt vorgelesen habe, ist ein Auszug aus der Medienmitteilung der Stadt Winterthur vom DTB Stadtgrün in Absprache mit der Arbeitsintegration DSO vom 29. Januar dieses Jahres, die damals publiziert wurde. Den vollständigen Text können Sie im Internet einsehen.

Kurz und gut: Ja, vergleichbare Einsätze wie der in der Anfrage beschriebene gibt es schon seit längerem auch in Winterthur.

11. Frage: F. Helg (FDP): Qualität des Badewassers in den Schwimmbädern: Über den Sommer war die Qualität des Badewassers Thema in den Medien (so im "Tages-Anzeiger" vom 30. Juli 2018). Es wird festgehalten, dass im Vorjahr 85 % der Proben aus den kontrollierten Schwimmbecken im ganzen Kanton beanstandet werden mussten. Dieser hohe Wert erstaunt. Daher die Frage: Wie steht es um die Qualität des Badewassers in den Winterthurer Schwimmbädern?

Stadtrat J. Altwegg: Man kann grundsätzlich sagen, die Badewasserqualität in den Winterthurer Schwimmbädern ist im Allgemeinen sehr gut. Die Vorgabe verlangt, dass täglich 2 x Qualitätsmessungen durchgeführt werden, durch den Betrieb, also uns, die Stadt Winterthur. Und das wird auch in allen Winterthurer Schwimmbädern so umgesetzt und bei Abweichungen werden umgehend Massnahmen eingeleitet.

1 x pro Saison kommt das kantonale Amt vorbei und macht umfangreiche Qualitätsmessungen. Im Freibad ist es 1 x und im Hallenbad sogar mehrmals pro Jahr. Die Kontrollen 2018 haben ergeben, dass im Hallenbad keine Beanstandungen sind. In den Freibädern wurde bei allen leicht erhöhte Werte bei den Chloratwerten gemessen. Im Wolfensberg und in Wülflingen zusätzlich leicht erhöhte Harnstoffwerte (woher die kommen, wisst Ihr ja). Alle diese Abweichungen bedeuten keinerlei Gesundheitsgefährdung für die Badegäste.

Die Empfehlung der kantonalen Labors lautet in allen Fällen, mehr Frischwasser zuzuführen und damit eine Verdünnung dieses Wertes zu erreichen. Dabei ist anzumerken, dass die Grenzwerte beim Chlorat auf die Saison 2017 gesenkt wurden. Die Einhaltung dieser Grenzwerte macht sehr vielen Bädern Mühe und sie kann nur durch ein neues Wasseraufbereitungssystem oder durch extreme Frischwasserzufuhr erreicht werden.

Zudem haben wir bei diesen langanhaltenden sehr hohen Temperaturen das Problem, dass wir dann in gewissen Bädern über doppelt so viel Frischwasser zugeführt haben. Z.B. Töss, da kaufen wir normalerweise für ca. 40'000 Fr. Frischwasser ein, dieses Jahr haben wir für 80'000 Fr. Frischwasser eingekauft.

Wenn man das Wasseraufbereitungssystem erneuert, dann hat man das Problem auch gelöst. Das Freibad Töss ist noch das letzte, wo wir das machen, das machen wir nächstes Jahr. Die anderen Bäder (Geiselweid 2008, Oberwinterthur 2012, Hallenbad 2016, Wolfensberg 2017, Wülflingen 2018) hat man bereits gemacht.

Eine kleine Empfehlung meinerseits: Sie selber duschen selbstverständlich immer, bevor Sie in das Bad gehen. Aber wenn Sie jemanden kennen, der das nicht macht, dann weisen Sie ihn doch darauf hin, denn Sonnencreme sorgt auch für höhere Harnstoffwerte. Oder wenn Sie einen jungen Mann kennen, der in Unterhosen unter den Badehosen baden gehen möchte, weisen Sie doch auch diesen darauf hin, dass das nicht eine sehr hygienische Praxis ist.

12. Frage: I. Kuster (CVP): Wir sind seit rund einem Jahr zufriedene Besitzer eines Elektroautos und stellen aus eigener Erfahrung fest: In den städtischen Parkhäusern stehen nur wenige Parkfelder mit Auflademöglichkeiten zur Verfügung. Im Parkhaus Technikum-Nord nur eines, und dieses ist leider oft von Autos besetzt, die entweder nicht aufladen oder gar keine Elektroautos sind. Wo und bis wann will der Stadtrat mehr Parkplätze für Elektroautos schaffen?

Stadträtin B. Günthard: Ich verstehe das Anliegen, ich bin mittlerweile auch ziemlich Fan dieser eMobility-Fahrzeuge, sofern sie dann auch grünen Strom brauchen. Wie man weiss und lesen konnte, war ich in den Sommerferien in Kopenhagen und dort hat es wirklich auf sehr vielen öffentlichen Plätzen solche Ladestationen.

Man hat sicher noch Verbesserungspotential, sagen wir es so. Aber die Stadt Winterthur macht auch nicht Nichts. Es gibt drei Dinge, die wir machen: Stadtwerk Winterthur betreibt in Töss einen Parkplatz mit einer öffentlich zugänglichen «Schnellladestation», wo man also schnell zu viel Strom kommt. «Schnell» ist auch das Stichwort für die zweite Massnahme, die wir machen, das ist das Förderprogramm Energie von Stadtwerk, das Fördergeld gibt für Parkplätze, die entweder öffentlich zugänglich sind oder in Mehrfamilienhäusern, aber von Privaten, wo man diese Autos laden kann (aber was dann etwas länger dauert, also über Nacht – deshalb auch auf Privatgrund, bei Privathäusern). Das dritte, in ein bisschen fernerer Jahren sind tatsächlich Investitionen geplant für die Parkhäuser Technikum und Theater, also für die beiden städtischen, um dort auch Elektroladestationen zu machen.

13. Frage: M. Nater (GLP): Die Stadt Winterthur hat erneut einen Hitzesommer und einen der trockensten Sommer der letzten 100 Jahre hinter sich. Hat der Stadtrat schon erste Erkenntnisse über die positiven und negativen Auswirkungen des Hitzesommers in der Stadt Winterthur?

Stadträtin B. Günthard: Eine ganz fundierte Analyse oder ein Fazit kann ich noch nicht geben, weil daran erst gearbeitet wird. Diese habe ich also noch nicht vor mir. Aber ich sage ganz grob: Klar gibt es positive und negative Aspekte, die wir z.T. auch selber erlebt haben. Positiv haben sicher viele erlebt: Italien in der Schweiz ist ja schön, wenn man einmal so viel Sonne hat und so oft in das Schwimmbad kann. Das darf man vielleicht auch einmal sagen, das ist ja schön und das konnte man geniessen.

Negativer sind sicher höhere Ozonwerte (dazu kommt nachher auch noch eine Frage). Der Stadtrat ist sich selbstverständlich auch bewusst, dass er mit dem Klimawandel und den zu erwartenden mehreren oder häufigeren Hitzesommern, die auf uns zukommen, sich in dieser Legislatur Gedanken machen wird, wie man diesem sinnvollerweise begegnet. Allzu viel möchte ich dazu noch nicht sagen. Es sind stadtplanerische, städtebauliche Aspekte, z.B. wenn man eben in diesen Strassen mit diesen Pflastersteinen keine Bäume hat, nur Häuser-schluchten, ist das nicht so sinnvoll. Eher da und dort einmal Bäume, beispielsweise, die etwas beitragen, um das Klima zu regulieren.

Also das ganz einfach gesagt. Vielleicht noch schnell: Wie haben wir jetzt diesen Hitzesommer bewältigt? Das haben Sie ja beobachtet. Wir haben das Feuerverbot gehabt, das ganz kurz vor dem 1. August noch durchgegeben hat, dass man auch bei uns im Siedlungsgebiet nicht anfeuern sollte. Man hat Kontrollen gemacht, damit das auch eingehalten wird, gerade zu Beginn, und hat auch die Öffentlichkeit laufend informiert.

Was uns eigentlich beeindruckt hat, war wirklich die hohe Disziplin. Man hat sich sehr gut daran gehalten, in dem Sinn auch öffentlich ein Dankeschön, dass man das so gemacht hat. Da gibt es jetzt dann einen Schlussbericht mit Empfehlungen, wie es weitergeht.

14. Frage: Th. Leemann (FDP): Die Sanierung der Burgruine Alt Wülflingen geht in die Endphase der Fertigstellung, was alle sehr freut. Wurde der Kostenvoranschlag für die Sanierung der Burgruine eingehalten? Wie verteilen sich die Kosten für Handwerker (Unternehmer), die Planung und Leistungen, die durch die Stadt Winterthur erbracht wurden?

Stadträtin Ch. Meier: Die Sanierung ist nicht in der Endphase, sondern sie ist fertig. Und ich freue mich sehr darauf, am Freitag bei der Einweihung und bei der Übergabe das sanierte Bauwerk an den Kollegen Fritschi übergeben zu dürfen. Der Kredit war bei 2.4 Mio. Laut aktueller Endkostenprognose gehen wir von Kosten von 2.1 Mio. aus, d.h. wir werden aller Wahrscheinlichkeit nach unter dem Kredit sein. Es ist aber zum jetzigen Zeitpunkt schlicht noch zu früh, über eine Verteilung zu sprechen. Wir gehen davon aus, dass wir die definitive Abrechnung ca. in einem halben Jahr, also im Frühling 2019, haben werden. Wir haben schlicht noch nicht alle Rechnungen und deshalb ist es im Moment noch nicht wirklich möglich, diese Aufteilung genau zu beziffern. Aber wir sind unter dem Kredit.

15. Frage: M. Steiner (SP): Diesen Sommer wurde an der Breitestrasse erstmals in Winterthur ein lärmarmere Belag eingebaut. Die stark frequentierte Durchgangsstrasse soll so weniger Lärm produzieren & die Anwohner entlasten. Plant der SR auf weiteren Abschnitten lärmarme Beläge als zusätzliche Massnahme zur Lärmreduktion einzubauen?

Stadträtin Ch. Meier: Ich setze mich besser gar nicht mehr hin...

Das Tiefbauamt hat in der Breitestrasse erstmals einen lärmarmen Belag eingebaut. Im Vorfeld von diesem Entscheid hat sich das Tiefbauamt detailliert über die Vor- und Nachteile von dem Belag erkundigt. Es ist dem Tiefbauamt nämlich bewusst gewesen, dass der Belag in der Breitestrasse aus diversen Gründen nicht die volle Wirkung entfalten kann. Eigentlich ist die Wirkung bei einem höheren Tempo als Tempo 40 eher grösser, zweitens hat es kaum Schwerverkehr an dieser Breitestrasse, es hat viele Schachteinbauten und diverse Übergänge bei Bushaltestellen etc.

Trotz dieser Randbedingungen hat sich das Tiefbauamt entschieden, den Belag auf einem längeren Abschnitt einzubauen, damit eben eigene Erfahrungen gesammelt werden können. Es soll damit die Langzeitwirkung von der Lärmreduktion und von der Lebensdauer unter Gebrauch beobachtet werden. Darum führt das Tiefbauamt in den nächsten Jahren auch ein entsprechendes Monitoring durch. Die ersten Messungen durch die Lärmfachstelle von der Stadt Winterthur sollten in den nächsten Wochen durchgeführt werden.

Das Thema Lärmreduktion auf stark befahrenen Strassen wird zukünftig noch stärker an Bedeutung gewinnen. Darum werden wir bei den anstehenden Strassenbauprojekten diesem Thema erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Das Tiefbauamt wird fallweise entscheiden, auf welchen Abschnitten sich lärmarme Beläge eignen und diese dann auch aufgrund von den Erfahrungen, die wir an der Breitestrasse jetzt machen können, auch gezielt einsetzen.

Die bisherigen, kurzen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Belag zu einer erheblichen Lärmreduktion führt. Die Oberfläche vom neuen Belag wird durch starke Lenkmanöver von Lastwagen aber erheblich strapaziert. Körner wurden herausgerissen und fehlen z.T. Bis jetzt sind das jedoch nur optische Auswirkungen, die an der Oberfläche sichtbar sind. Es ist nicht ganz auszuschliessen, dass auch die Hitze dieses Sommers da noch ein bisschen mitgespielt hat.

Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung sind jedoch rundum positiv.

16. Frage: U. Hofer (FDP): Im Frühling 2018 hatte der Stadtrat bekanntlich erste Ergebnisse der von ihm in Auftrag gegebenen Leistungs- und Potentialstudie (RPC Studie) vorgestellt. Die veröffentlichten Ergebnisse betrafen jedoch nur den Bereich der Leistungsanalyse. Die Ergebnisse der Potentialanalyse (die wohl schon rein aufgrund der Fragestellung viel interessanter bzw. überraschender sein dürften) wollte der Stadtrat zunächst über den Sommer intern diskutieren und erst hernach veröffentlichen. Da nun bereits Herbst ist, wollte ich mich noch einmal darüber erkundigen, wann wir die Veröffentlichung der Potentialanalyse erwarten dürfen?

Stadträtin Y. Beutler: Ich habe Urs Hofer im Vorfeld gefragt, ob er sich tatsächlich dem allfälligen Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung aussetzen möchte. Es ist nämlich weder bekannt, dass diese Ergebnisse vorliegen, noch wurden sie vorgestellt und schon gar nicht veröffentlicht.

Der Stadtrat hat wirklich unter dem Siegel der Vertraulichkeit die AK über den Stand des Projektes informiert. Diese Vertraulichkeit wurde explizit festgehalten und das ist auch der Grund, weshalb die Studie resp. die Präsentation nicht dem Protokoll beilag. Es hätte wirklich eine vertrauliche Information sein sollen, wo wir mit dieser Studie stehen, und die nicht für die Öffentlichkeit gedacht war.

Die Ergebnisse, die wir bisher haben von der RPC-Studie, das ist nach wie vor ein internes Arbeitspapier und dient dem Stadtrat zur Entscheidungsfindung und untersteht aufgrund dessen auch nicht dem Öffentlichkeitsprinzip. Ich werde deshalb hier drinnen auch keine weiteren Aussagen machen zu diesem Thema.

Wir werden uns jetzt im Stadtrat darüber unterhalten müssen, ob wir die transparente Information bezüglich dieser Studie gegenüber der AK so aufrechterhalten möchten. Was ich sagen kann: Dass die AK spätestens mit der Öffentlichkeit über die Ergebnisse in geeigneter Form informiert werden wird.

17. Frage: D. Oswald (SVP): Beim Kindergarten an der Lindstrasse hat es ein Kiesparkplatz, auf welchem keine Parkfelder eingezeichnet werden können. Die Berechtigten wurde aber über die Parkordnung informiert. Diese wird aber verschiedentlich nicht eingehalten. Als ein Beobachter die Polizei auf ein regelmässiger Falschparkierer aufmerksam machte, bekam er die Auskunft, dass er hier keine Bussen verteilen dürfe. Es sei die Firma Alphaplan zuständig. Beim Anruf bei Alphaplan wurde dem Beobachter mitgeteilt, dass an diesem Ort nur speziell ausgebildete Kollegen dort Parkbussen verteilen dürfen. Der regelmässige Verstoss findet während den Unterrichtszeiten statt. Wie der Beobachter aus dem Verhalten des Falschparkierers entnehmen kann, wurde der Falschparkierer noch nie gebüsst. Wenn aber am Abend Besucher der Quartierbeiz oder des Petanqueclubs dort parkieren, hängen in kurzer Zeit Parkbussen an den Autos. Wie erklärt sich der zuständige Stadtrat diese unhaltbare Situation?

Stadtrat J. Altwegg: Eine klassische Suggestivfrage, sie unterstellt nämlich, dass die Situation dort tatsächlich unhaltbar ist. Wie Ihr den Ausführungen jetzt dann gleich entnehmen könnt, werdet Ihr sehen, dass sie absolut haltbar ist.

Auf dem Areal des Kindergartens an der Lindstrasse hat es drei Parkfelder. Ein Parkplatz ist einer mitarbeitenden Person vermietet. Die Miete wird dieser Person monatlich vom Lohn abgezogen. Der Petanque-Club mietet am Donnerstagabend und am Samstag den Kiesplatz ohne Parkplätze. Gemäss Reglement werden dem Club zwei Gratisparkbewilligungen für die Funktionäre zur Verfügung gestellt. Die reguläre Parkgebühr kann mit dem System Parkingpay, wie wir das bei allen Schulhäusern, Kindergärten und Sportanlagen haben, bezahlt werden. Die Clubmitglieder und auch Restaurationsbesucher können die Parkplätze gemäss dem Parkreglement gegen Bezahlung nutzen.

Unsere Nachforschungen bei der Hauswartung und bei den Kindergartenlehrpersonen haben ergeben, dass man keine Kenntnis von unberechtigt Parkierenden hat. Die Firma Alphaplan ist mit Kontrollen in unregelmässigen Abständen auf allen Schulanlagen beauftragt. Bei Bedarf werden durch das Departement Schule und Sport zusätzliche Kontrollen in Auftrag gegeben. Die Firma Alphaplan nimmt keine Aufträge von Drittpersonen entgegen. Diesbezügliche Personen können sich gerne an das Departement Schule und Sport wenden und sie werden normalerweise auch durch Alphaplan entsprechend instruiert, dass sie sich bei uns melden können.

Das Departement nimmt selbstverständlich alle diese Hinweise seriös entgegen und klärt diese ab.

Noch kurz bezüglich dieser vielen Bussenzettel, die da gehängt worden sein sollen: Im Jahr 2017 wurde an diesem Standort beim Kindergarten Lindstrasse genau eine einzige Umtriebsentschädigung eingefordert. Dieses Jahr, 2018, bis heute, sind es gerade einmal zwei. Die

Aussage, dass Besucher und Mitglieder des Petanque-Clubs mit Parkbussen eingedeckt sind, wäre damit widerlegt.

18. Frage: M. Bänniger (EVP): Räume im Rathaus: Das Museum Briner und Kern wurde im 2014 aufgelöst und die Sammlung in das Kunstmuseum Winterthur Reinhart am Stadtgarten integriert. Die Räume im Rathaus wurden in der Folge frei. Wie werden die ehemaligen Räume des Museums zurzeit genutzt? Welche Pläne hat die Stadt in Zukunft mit diesem Teil des Rathauses?

Stadträtin Y. Beutler: Seit das Museum ausgezogen ist, haben wir diese Räume auf dem Markt und versuchen auch, diese zu vermieten. Das ist aber eine schwierige Angelegenheit, diese vermieten zu können. Das hat auch mit der Beschaffenheit dieser Räumlichkeiten zu tun, insbesondere auch mit der Belichtung, die Schwierigkeiten bietet, um dort Arbeitsplätze machen zu können.

Wenn es eine externe Vermietung gibt, müssen auch noch Brandschutzmassnahmen getroffen werden und das würde noch zusätzliche Kosten mit sich bringen.

Es ist uns wichtig, dass in diese Liegenschaft eine passende Mieterschaft kommt. Sprich: Im Moment sind wir noch nicht so weit, dass wir jemanden gefunden hätten, der diese Räumlichkeiten mieten wollen würde und bei dem wir auch finden, das ist auch passend für in das Haus.

Du könntest es also mieten, nach wie vor.

Was aber wichtig zu sagen ist: Die Integration von Briner und Kern in das Kunstmuseum war eigentlich das Zentrale und das war ein wichtiger Schritt.

Das DKD hat vorher quasi interne Miete gezahlt, diese fällt nun weg und wir können noch keine externen Erträge generieren. Das ist bedauerlich, aber insgesamt haben wir dadurch keine schlechtere Situation als vorher.

19. Frage: F. Steger (SP): Einer Bürgerin ist auf mich zugekommen und beschwerte sich, dass sich an vielen Haltestellen der Fahrplan ausserhalb des Wartehäuschens befindet. Eine kurze Recherche auf Google Maps zeigte, dass explizit neue Wartehäuschen davon betroffen sind, wie z.B. stadtauswärts Obertor, Gaswerk oder Ohrbühl. Das Problem daran: Bei schlechter Witterung ist der Fahrplan-Schutz (Plexiglas) nass ist und der Fahrplan ist nicht lesbar wird. Warum ist der Fahrplan ausserhalb des Wartehäuschens befestigt? Und liesse sich das bei Neuplanungen ändern?

Stadtrat St. Fritschi: Man hört aus der Frage, dass die Frage schon älter ist als dieser Sommer. Es tut mir leid, dass wir sie intern noch nicht beantwortet haben. Sie wurde vor diesem trockenen Sommer gestellt, in diesem Sommer hatten wir da eigentlich keine Probleme mit nassen Haltestellen.

Aber es ist wirklich so, dass bis vor kurzem die Mehrheit der Fahrpläne der Witterung ausgesetzt waren. Zurzeit montiert Stadtbuss in den 28 Wartehallen die Fahrpläne auf die Glasrückwand, so dass man auch bei Regen trocken den Fahrplan lesen kann. Und es ist auch besser beleuchtet dort.

Zurzeit sind von diesen 28 neuen Wartehallen 20 bereits umgerüstet worden und dazu gehört auch die angesprochene Wartehalle im Ohrbühl. Bis Ende Oktober werden die Fahrpläne auch in den verbleibenden 8 neuen Wartehäuschen unter das Dach versetzt.

Bei 68 von 70 neu renovierten alten roten Wartehallen sind die Fahrpläne innerhalb der Wartehallen montiert. Es hat da aber trotzdem noch zwei Ausnahmen: Und zwar die Wartehallen an den Haltestellen Hinterdorf und Dorfstrasse. Dort haben die Fahrpläne zwischen den APG-Reklamekasten keinen Platz gehabt und mussten deshalb unmittelbar neben der Wartehalle an der Infotafel befestigt werden müssen. Die Haltestelle Schöntal (der Vollständigkeit halber) wird im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Zürcherstrasse stark verändert werden und deshalb haben wir dort die Neumontierung der Fahrpläne noch nicht gemacht.

20. Frage: M. Wenger (FDP): Durchsetzung der Sicherheitsbedürfnisse am Merkurplatz (Zwischen Stadtgarten in dem Einkaufszentrum am Stadtgarten) in den Abend- Nachtstunden: Mitarbeiterinnen und Kundinnen von Manor und Coop, Gäste des Casinos die zum Parkhaus wollen etc. überqueren in den Abendstunden wieder mit zunehmenden Unbehagen den Merkurplatz. Alkohol konsumierende und wenig vertrauenswürdige Personen, bevölkern in Gruppen den Platz. Es stinkt, die Gerüche sind wirklich übel.

Was unternimmt der Stadtrat um die Sicherheitsbedürfnisse vor allen in den Abendstunden wieder deutlich zu verbessern?

Stadträtin B. Günthard: Der Merkurplatz ist tatsächlich ein Ort, wo es immer wieder ein auf und ab gibt und dieser Gestank, den Du dort wahrgenommen hast, ist ebenfalls eine Folge des Hitzesommers, der gewisse Gerüche noch etwas intensiver riechen lässt. Insgesamt gehen wir die Situation vernetzt mit drei beteiligten Departementen und Bereichen an: Mit der Stapo selbstverständlich von meinem Departement, mit dem DSS (z.B. Drogenanlaufstelle) und mit dem DTB Stadtgrün, das Hecken schneidet und einen Beitrag leistet.

Ja, es ist so, auf dem Merkurplatz hat es immer wieder sogenannte Randständige oder suchtkranke Leute. Die Suchtkranken, wenn sie nicht z.B. in der Drogenanlaufstelle sind tagsüber. Es hat auch Asylbewerbende, die sich dort aufhalten. Und es ist so, dass dann allenfalls zu einem Unsicherheitsgefühl bei den Leuten führen kann. Und es ist so, dass dann das Element dieses Gestankes noch dazu kam. Die Stapo hat die Präsenz über die Sommerwochen intensiviert, sie war dort noch mehr vor Ort als sonst. Und man hat mit Stadtgrün das Gespräch aufgenommen, dass man dort eine Hecke um die Ecke stutzen könnte, damit man sein Geschäft nicht mehr so unbeobachtet durchführen kann.

Abgesehen von den Akutsituationen ist die Stapo immer dort präsent mit uniformierter Polizei und mit ziviler Polizei. Die Bike-Polizei geht regelmässig vorbei. Sie spricht auch immer wieder mit den Leuten vor Ort und das Ziel ist eigentlich, dass diese Gruppen nicht allzu viel, nicht allzu gross werden, weil man weiss, ab einer bestimmten Grösse löst das dann das Unsicherheitsgefühl aus. Das sind dann auch z.T. schon richtiggehend Bekannte, wenn sie da miteinander sprechen.

Und was doch auch wichtig ist zu sagen: Dieser Platz ist ein öffentlicher Platz. Grundsätzlich darf jeder dort sein und sich dort aufhalten, sofern er nicht gegen Regeln oder Gesetze verstösst. Das müssen wir als Gesellschaft einfach auch respektieren.

21. Frage: Y. Gruber (FDP): Wie viele Altstadtgeschäfte wurden in den letzten 10 Jahren geschlossen? Wie viele Neueröffnungen gab es in dieser Zeit? Wie viele Ladenflächen sind derzeit in der Altstadt leerstehend und seit wann? Gibt es zu diesen Fragen Statistiken, welche durch die Stadt erhoben werden?

Stadtpräsident M. Künzle: Leider kann ich für die letzten 10 Jahre keine Zahl präsentieren. Es handelt sich bei diesen Altstadtliegenschaften vornehmlich um Privatgrundstücke. Mindestens eine Neueröffnung gab es, das ist Gruber Schmuck Atelier, Obergasse 26.

Zurzeit stehen, bestätigt durch die Junge Altstadt, 5 grössere Ladenflächen leer. Wenn man die kleineren Ladenflächen auch noch dazu nimmt, sind es insgesamt 12 und das deckt sich auch mit den Informationen, die der Landbote auf einer Karte dargestellt hat am 8. September dieses Jahres.

Die Mietpreise für diese Ladenflächen, um das noch zu ergänzen, in der Altstadt sind zurzeit - man kann es nicht anders sagen - horrend. Ein Ladenlokal in der Altstadt von 60 m², da verlangt die Eigentümerin monatlich 10'000 Fr. Ein anderes von 150 m² monatlich 28'000 Fr.

Statistiken dazu haben wir nicht. Wir haben im Zusammenhang mit einem neuen Faktenblatt Wirtschaft besseren Zugang zu Informationen, wir werden da also auch betreffend Läden in der Altstadt hoffentlich einen Informationsgewinn haben. Und ich kann auch versichern (auch das ist die Aufgabe des Stadtrates, des Stadtpräsidenten): Wir klinken uns immer wieder ein in Diskussionen mit Grundeigentümern, um zu überzeugen, dass man eine gute Nutzung in der Altstadt umsetzen kann. Aber letztendlich ist halt die Lust an einem hohen Mietzins meistens grösser.

22. Frage: Z. Dähler (EDU): Als Vertreter einer Bauernpartei, der grössten Bauerngemeinde des Kantons Zürich, würde ich gerne von Yvonne Beutler wissen:

Dem Winterthurer Glossar ist zu entnehmen, dass der Bauernhof Felsenhof zum Zeitpunkt der Pensionierung des Pächters aufgelöst werden soll. Das Kulturland soll gemäss unserer Strategie anderen städtischen Bauernbetrieben zugeteilt werden. Die Pensionierung des Pächters ist in absehbarer Zeit.

Ich würde gern wissen, ob bereits bekannt ist, wie das Land verteilt wird, zusätzlich interessiert mich, was mit dem Gebäude geplant ist?

Stadträtin Y. Beutler: Jetzt hast Du mich irritiert. Ich habe gemeint, Du seist Mitglied der EDU. Ich weiss nicht, was Du für eine Bauernpartei vertrittst, aber ich kann Dir sagen, dass wir das tatsächlich bereits so geregelt haben, dass die drei städtischen Betriebe an der Weierstrasse, Binzenloo und Eschenberg dieses Land erhalten. Die Gespräche haben bereits stattgefunden, man ist sich da auch einig. Das Wohngebäude, das es hat, werden wir sanieren und dann wieder vermieten. Und dann hat es dort ja auch noch das Ökonomiegebäude. Dort ist beabsichtigt, dass man das auch weiterhin landwirtschaftlich nutzen wird.

23. Frage: F. Landolt (SP): Seit einiger Zeit und eindeutig zunehmend kann ein Stau auf der Wülflingerstrasse direkt wo ich wohne (Wülflingerstrasse 343) beobachtet werden. Er dauert am Abend ca. eine halbe Stunde bis drei viertel Stunden und ereignet sich mittlerweile fast täglich. Wie ersichtlich - die Fotos wurden am 12.9.2018, 17.45h gemacht - bleiben natürlich zahlreiche Busse stecken. Dazu stellt sich die Frage an den Departementsvorsteher von Stadtbus, ob diese Situation bekannt ist, welche finanziellen Konsequenzen die Warterei hat, ob Reputationsschäden wegen Unpünktlichkeit zu befürchten sind und vor allem, ob und wenn ja, was der Stadtrat dagegen zu unternehmen bereit ist. Die Staus werden ohne Massnahmen einfach nur länger - mitten in einem Wohnquartier.

Stadtrat St. Fritschi: Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ganz einfach, aber ich versuche sie trotzdem zu beantworten. Was wir sehen, ist eine Auswertung, die wir von allen Linien, von allen Bussen machen. Wir werten das die Verspätungen aus, in diesem Fall die Verspätungssituation der Linie 667, die Linie, die vom Hauptbahnhof bis Neftenbach fährt. Verspätung ist bei uns in der ÖV-Branche gemäss Definition, wenn ein Bus über 3 Minuten neben dem Fahrplan kommt, also über 3 Minuten später als im Fahrplan angezeigt ist. Dann ist es eine Verspätung.

Man wertet das jede Woche aus, in diesem Fall ist es die Kalenderwoche 34. Die Kalenderwoche 34 war die 1. Woche nach den Sommerferien, wo wieder Schule war. Da sehen wir: Wir haben da 4 Werte und den Wert der Kalenderwoche vor zwei Jahren und den Mittelwert über das ganze Jahr. Da sieht man, dass 2018 bei dieser Linie 12,8% aller Busse verspätet waren. Man muss natürlich auch noch sagen, dass der 667er v.a. in den Hauptverkehrszeiten fährt und nicht den ganzen Tag. Deshalb ist es wirklich der Bus, der es am meisten zeigt, dass man auf dieser Achse sehr viele Verspätungen hat. In der Kalenderwoche nach den Sommerferien hatte also jeder 4. Bus, der nach Neftenbach fuhr, eine Verspätung von mehr als 3 Minuten, deshalb hat es da den Wert von 24,4%. Das ist gegenüber dem Vorjahr um 8% gestiegen. Das sind wirklich keine guten Zahlen und es zeigt deutlich, dass die Beobachtung des Anwohners Felix Landolt korrekt ist, dass das nicht einfach eine optische Täuschung war.

Das haben wir auch im Stadtrat schon länger bemerkt, dass diese Verspätungssituation nicht gut ist, und dass sich diese in den letzten Wochen sogar noch verschlechtert hat. Und deshalb werden wir da Massnahmen ergreifen müssen.

Die Ursache, weshalb das so ist, ist die Verkehrszunahme, die auf dieser Achse gewachsen ist. Es hat einfach mehr Verkehr gegeben. Die Behebung dieser Problematik ist aber schwieriger als die Ursache zu erkennen.

Dem Gemeinderat können wir sie erst unterbreiten, wenn vom Bund eine erste Zusage für Unterstützung vorliegt, z.B. die Wendeschleife Schloss, die vorhin Christa Meier erwähnt hat.

Weitere Projekte, insbesondere die regionale Verkehrssteuerung RVS brauchen auch die volle Unterstützung der Nachbargemeinden und vom Kanton und auch von anderen politischen Behörden.

Die grundsätzlichen Probleme, die wir da haben auf dieser Hauptverkehrsachse mit dem Verkehr, können wir nur gemeinsam mit einer Kompromissbereitschaft von allen gelöst werden. Die Verkehrszunahme beim Autoverkehr wird kurzfristig mit einer attraktiven Verbesserung des Verkehrs auf Neftenbach und in die andere Richtung von Neftenbach auf Winterthur reduziert werden. Dazu wird das Verkehrsangebot von Stadtbus und Postauto ab dem 9. Dezember sehr gut ausgebaut. Diese Massnahme reicht aber noch lange nicht. Ohne begleitende Massnahmen reicht diese nicht. Und diese Situation muss wirklich wesentlich verbessert werden.

Ich wiederhole nochmals die 4 Punkte, die wir brauchen, damit wir da eine Verbesserung haben: Das neue Angebotskonzept ab Dezember, die Wendeschleife Schloss, die Umsetzung der regionalen Verkehrssteuerung und weitere Buspriorisierungsmassnahmen, die wir auch schon gehört haben vom Baudepartement, die nötig sind, dass es auf dieser Achse weniger Verspätungen geben wird.

24. Frage: L. Jacot (SP), vertreten durch A. Erismann (SP): Im Jahr 2018 wurde der erlaubte Grenzwert für die Belastung mit Ozon von 120 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft bereits an 81 Tagen zum Teil massiv überschritten. Erlaubt wäre eigentlich nur 1 Tag im Jahr mit Grenzwertüberschreitungen. Offensichtlich haben die bisherigen Massnahmen zu Verbesserung der Luftqualität noch nicht genügend gegriffen. Welche Massnahmen hat der Stadtrat geplant, um die Ozonkonzentration in der Stadtluft zu senken und warum wurden trotz extremer Belastung der Bevölkerung durch Ozon in diesem Sommer keine kurzfristigen Massnahmen beschlossen, um die Luftqualität wenigstens temporär zu verbessern?

Stadträtin B. Günthard: Ich kann die Fakten bestätigen. Wir haben da noch Handlungsbedarf, was die Luftreinhaltung betrifft. Wir haben auch verschiedene Instrumente, die da greifen, langfristig greifen. Wir haben den Massnahmenplan Luft, wir haben den Massnahmenplan Energie, wir haben das Verkehrskonzept und wie ich in einer Antwort vorher schon angetönt habe, wird der Stadtrat auch den Klimawandel als Thema nochmals genauer anschauen, der auch eine Rolle spielt.

Eine Rolle spielte der Hitzesommer, die viele Sonneneinwirkung, die die Bildung von Ozon begünstigt hat. Die Auswirkungen und die Durchführung von Massnahmen sind kompliziert, komplex miteinander verstrickt. Einerseits wissen wir, nur lokale Massnahmen reichen nicht. Sie sind ein Teil, aber sie reichen nicht. Es braucht auch grössere Gebiete betreffende Massnahmen. Es reichen auch nicht Massnahmen mit nur einem Verursacher, es müssen Massnahmen sein bezüglich Schadstoffen aus dem Verkehr, bezüglich Feuerungen und allgemeine Massnahmen für die Durchlüftungssituation.

Winterthur hat einen Massnahmenplan Luft, der auch die Ozongrenzwerte beinhaltet sind. Dieser wird aktuell auf die Aktualität überprüft und es wird angeschaut, ob oder welche Massnahmen dort noch ergänzt werden müssen. Sofortmassnahmen in diesem Sommer, zu diesem Schluss kam man, machen wenig Sinn, denn hoher Aufwand mit wenig Wirkung würden sich gegenüberstellen, denn viele Massnahmen kann man nicht alleine als Gemeinde isoliert anzetteln, sondern der Bund und Kantone müssten mit an Bord sein oder müssten bestimmen.

Ein Teil von Massnahmen ist im Massnahmenplan Energiekonzept. Dann haben wir Massnahmen im Bereich des Verkehrs, die umgesetzt werden. Und wie gesagt wird der Klimawandel ein Thema, bei dem wir den Fokus genau auf diese Ozonwerte legen werden.

25. Frage: P. Rütsche (SVP): Der Müll, welcher überall liegen gelassen wird ist kein neues Thema. An Standorten wie zum Beispiel am Reitplatz an der Töss findet man immer wieder eine Deponie voller Müll (siehe Bild). Da frage ich mich doch, ob das Schild («Abfall und Schutt deponieren verboten!») falsch verstanden wird? Deshalb meine Frage an den Stadtrat:

Ist es möglich, dieses Schild schärfer zu gestalten, zum Beispiel durch Androhung einer hohen Busse und/oder durch Ergänzung mit Bildern? So dass es endlich auch der letzte Mensch kapiert.

Stadträtin Ch. Meier: Das Problem Reitplatz ist dem Tiefbauamt durchaus bekannt. Insbesondere auch der Ort, an dem dieses Bild gemacht wurde. Es handelt sich um Abfall, der von den Püntikerinnen und Püntikern dort illegal deponiert wird. Besuchende von der Töss legen dann ihren Abfall noch dazu.

Jetzt ist es aber so, dass Prüfungen vom Inhalt dieser Säcke, die durch das Tiefbauamt und die Umweltpolizei gemacht wurden, leider nicht zu einer Identifizierung der Verursachenden geführt haben. D.h. diese sind clever genug, nicht irgendetwas in diese Abfallsäcke zu stecken, das zu ihrer Person einen Hinweis geben würde. Deshalb ist es auch nicht unbedingt zielführend, wenn man mit Strafen droht, denn erwischt die Leute dann eben nicht, weil sie leider nicht ihre Visitenkarten im Abfall liegen lassen.

Was hingegen etwas bringen würde, wären Eimer mit einer Presse, die mehr aufnehmen könnten. Das Tiefbauamt ist im Moment daran, eine entsprechende Umsetzung von solchen «Press-Eimern» zusammen mit den Verantwortlichen von Stadtgrün zu prüfen.

26. Frage: Ch. Leupi (SVP): Als ich letztens nach dem Physiotraining meinen Tagesbatch im Fitnesscenter am Empfang abgeben wollte, hörte ich eine Interessentin und eine Instruktorin miteinander über Abopreis und Kostenübernahme diskutieren. Nach den Erklärungen der Instruktorin über Bescheinigung für Krankenkasse und eigene Kostenübernahme hörte ich die interessierte Kundin sagen «ist mir egal wie viel das Abo kostet, die Kosten übernimmt ja sowieso das Sozialamt». Da die Kundin ein Probetraining absolvierte und nicht verletzungsbedingt im Fitnesscenter war (ersichtlich an der Farbe des Badges und der Art der Beratung), stellen sich mir folgende Fragen:

Bezahlt das Sozialamt wirklich solche Fitnesscenterabos und falls ja, muss nicht das billigere Fitnesscenter bevorzugt werden?

(Anmerkung: nach Recherche hat das besagte Fitnesscenter nicht gerade das billigste Angebot in Winterthur)

Stadtrat N. Galladé: Aufgrund der geltenden Regelungen gehe ich nicht davon aus, dass es sich um eine Sozialhilfebeziehende aus der Stadt Winterthur gehandelt hat – oder dann sicher eine, die offenbar die Regelungen nicht kennt. Denn die Regelungen in diesem Bereich, die Praxis, die die Sozialberatung zusammen mit der Sozialhilfebehörde, in der ja auch alle Parteien vertreten sind, in diesem Bereich erarbeitet hat, die sehen folgendermassen aus: Die Voraussetzung ist, dass die Sozialhilfe überhaupt einen Teil daran zahlen könnte, dass es eine ärztliche Indikation gibt, dass also eine ärztliche Begründung (und zwar eine detaillierte) vorliegt. Wenn diese Voraussetzung gegeben ist, bezahlt die Sozialhilfe im Einzelfall einen Anteil daran. Dieser Anteil beträgt nach Abzug von allfälligen Krankenkassenbeiträgen maximal 60% der verbleibenden Kosten und darf allerhöchstens 360 Fr. pro Jahr betragen. Das heisst, die Klientinnen und Klienten müssen die restlichen Kosten (mindestens 40% des verbleibenden Betrages) selber bezahlen und haben damit einen klaren Anreiz, ein günstigeres Angebot zu suchen.

Wenn ich da auch ein bisschen im Internet gesurft habe, dann bleibt (vorausgesetzt, dass es nicht ein riesiger Krankenkassenbeitrag ist) in der Spanne, die es in Winterthur gibt, bei diesen Jahresabos doch ein relativ grosser Betrag übrig, wo man anhand des Grundbedarfs, der Ihnen allen bekannt ist, gut daran tut, nicht zu sehr von diesem abzusparen.

Die Interna der Regelung: Die Bewilligungen für derartige Kosten erfolgen auf schriftlichen Antrag der Sozialberaterin/des Sozialberaters, also der fallführenden Person, die dann aber auf der nächsthöheren Stufe, also Stufe Abteilungsleitung (relativ hoch angesiedelt) bewilligt werden müssen. Das sind relativ wenig Kaderpersonen, die einen solchen begründeten Antrag gemäss den Richtlinien auch sprechen können. Das ist die Praxis, die wir in Winterthur im Abgleich mit der Sozialbehörde haben.

Über die diesbezügliche Praxis von anderen Gemeinden, deren Klientinnen und Klienten vielleicht auch in Winterthur in Fitnesscentern verkehren, kann ich Ihnen nichts sagen, das ist mir nicht bekannt.

27. Frage: Ch. Griesser (Grüne): Veloschnellroute Rennweg: Veloschnellroute Abschnitt Rennweg. Warum wird die Einmündung in die Wartstrasse (vom Hauptbahnhof her/vgl. Bild) für die Velofahrer nicht priorisiert? Gibt es dazu rechtliche Hindernisse?

Stadträtin Ch. Meier: Vermutlich nicht. Das Projekt Veloschnellroute Rennweg liegt zurzeit für das Mitwirkungsverfahren gemäss § 13 Strassengesetz auf.

Weil es sich im Moment um ein laufendes Verfahren handelt, kann ich jetzt in der Fragestunde nicht im Detail zu rechtlichen und technischen Anliegen Stellung nehmen. Aber es ist davon auszugehen, dass aufgrund von den Einwendungen aus der Bevölkerung und von Verbänden das Thema der Einmündung in die Wartstrasse durch das Tiefbauamt und die Stadtpolizei nochmals detailliert untersucht werden.

In diesem Sinn lade ich Dich ganz herzlich ein, Deine Frage nicht hier zu stellen (wobei, das hast Du schon gemacht), sondern als Einwendung bis am 1. Oktober per Briefpost dem Tiefbauamt einzureichen.

28. Frage: K. Cometta (GLP): Kürzlich fuhren die Bagger auf beim Fussgängerstreifen zum Kindergarten Äusseres Lind. Dieser liegt an der viel befahrenen Lindstrasse und es hat einen Lotsenposten. «Aha, endlich die baulichen Massnahmen, die mit dem Entscheid, die Lotsen abzuschaffen versprochen wurden» dachte ich. Eine Woche später: der Fussgänger ist rund zwei Meter verschoben, jetzt wohl rechtskonform, aber immer noch keine Mittelinsel oder Ampel, also immer noch ein Übergang, den Kindergartenkinder nicht alleine bewältigen können. Frage: werden nun – nachdem die Kosten der Lotsen erfolgreich vom Departement Sicherheit in die Schule abgeschoben wurden – die baulichen Massnahmen zur Erhöhung der Schulwegsicherheit in der Minimalstvariante ausgeführt? Ist das an der Lindstrasse das Ende der Fahnenstange oder wird in Kürze der Boden wieder aufgerissen, um eine echte Verbesserung zu erzielen?

Stadträtin B. Günthard: Ich bin jetzt ein bisschen irritiert über Deinen Ton, liebe Katrin. Ich weiss nicht so recht, was Du mit Deinen Unterstellungen möchtest. Erstens habe ich zu keinem Zeitpunkt irgendwelche baulichen Massnahmen versprochen. Ich verspreche nie etwas, seit ich in der Politik bin, denn ich weiss, wie langsam das geht. Ich kann da auch sagen, dass ich daran zweifle, ob da einmal wirksame bauliche Massnahmen kommen. Ich kann anschliessend gleich noch sagen, weshalb. Ich habe auch zu keinem Zeitpunkt irgendetwas an das DSS «abgeschoben», wie Du das schreibst und jetzt auch gesagt hast. Wir stellen da schlicht und einfach einen rechtlich korrekten Zustand her, der in allen anderen Zürcher Gemeinden bereits so gehandhabt wird. Und es ist auch nicht so, dass wir da irgendetwas gegeneinander handhaben würden, sondern wir arbeiten konstruktiv zusammen, wie man das bei diesem Beispiel dann gleich wieder sieht.

Damit jetzt zum Inhalt Deiner Frage oder meiner Antwort: Wie gesagt, ich habe nicht den Eindruck, dass es da sehr schnell eine bauliche Lösung geben wird, sondern ich gehe davon aus, dass es da auch in nächster Zeit noch menschliche Begleitung für diese Kinder über diese Strasse brauchen wird. Die Situation an der Lindstrasse ist und bleibt nicht optimal gelöst. Die Mittelinsel, die man machen wollte, die eben genau eine geeignete bauliche Massnahme wäre, musste man abbrechen, weil die Strasse einfach zu schmal ist. Was man jetzt gemacht hat, in Zusammenarbeit mit dem Departement, in Absprache mit Angestellten vom DSS (mit Leuten vom Kindergarten, mit der Verkehrsinstruktion der Stadtpolizei) und was man auch weiter beobachtet und gemeinsam weiterdenkt, ist die Verschiebung dieses Fussgängerstreifens.

Diese Verschiebung hat drei Gründe oder drei Zwecke verfolgt: Es geht einerseits darum, dass die Kinder einen besseren Sichtwinkel haben. Dann geht es darum, dass sie nicht direkt aus dem Schulgelände einfach gleich auf den Fussgängerstreifen gehen und man hat eine

Umlaufschranke montiert, die sie auch davon abhält oder nochmals zurückhält, um direkt auf die Strasse zu gehen. Das ist nun einmal ein erster Schritt. Wie gesagt, es ist noch nicht die definitive Lösung. Es werden noch Lösungen geprüft, aber ob es jemals etwas Bauliches mit Mittelinsel in dieser engen Strasse gibt, wage ich zu bezweifeln. Eine Möglichkeit ist ein Lichtsignal, aber auch da verspreche ich jetzt nichts. Diese Massnahmen werden geprüft mit allen Beteiligten.

29. Frage: S. Gyax (GLP): Parkieren mit Veloanhänger ist schwierig, insbesondere bahnhofsnahe an der Stadthausstrasse. Wo kann die Stadt zentrale Velo-Anhänger-Veloparkplätze schaffen und wo ist sie gewillt, dies auch zu tun?

Stadträtin Ch. Meier: Ich kann mich noch lebhaft an Zeiten erinnern, in denen ich auch mit Velo-Anhänger unterwegs war... In bestehenden und neuen Velostationen steht immer ein gewisser Anteil von der Fläche für Velos mit Anhänger oder eBikes oder Liegevelos zur Verfügung. Dort, wo das Veloabstellen aber gratis ist im öffentlichen Raum, ist es hingegen schwierig, Flächen für solche Spezialvelos frei zu bekommen, weil der Druck seitens der Velofahrenden sehr hoch ist. Vor allem, wenn sich die Veloabstellplätze an so attraktiver, bahnhofsnahe Lage, wie z.B. an der unteren Stadthausstrasse, befinden.

Das Ausscheiden von Flächen für Spezialvelos in der Stadthausstrasse in der Nähe vom Bahnhof ist für die Verkehrsplanung im Tiefbauamt aus folgenden vier Gründen nicht zweckmässig und kaum praktikabel:

Erstens: An attraktiven Lagen muss der Fokus auf der Bereitstellung von möglichst vielen Veloabstellplätzen mit wenig Raumbedarf liegen. Dafür bieten sich dann auch platzsparende Parksyste-me an, wie zum Beispiel Doppelstöcker. Diese sind für Spezialvelos nicht geeignet. Zweitens: Die Verkehrsplanung ist überzeugt, dass eine ausgeschiedene Fläche für Spezialvelos auch durch Velofahrerinnen und Velofahrer mit «normalen» Velos belegt würde. Das würde sicher nicht aus bösem Willen geschehen, aber es ist nachvollziehbar, wenn rundherum alles schon belegt ist.

Drittens: Das «Zuparken» oder diese Art von «Zuparken» würde von den Velofahrenden mit einem Spezialvelo zu Recht als ungerecht empfunden.

Viertens: Die Stadt wäre dann in der Pflicht, das Parkierungsregime durchzusetzen. Es gäbe einen grossen Kontrollaufwand, dieser wäre erheblich für die Stadt, und kaum zur Zufriedenheit von den Nutzerinnen und Nutzer.

Die Verkehrsplanung weist deshalb darauf hin, dass das Abstellen von Spezialvelos, durchaus immer noch in der Nähe des Bahnhofs, zwar möglich ist, aber halt nur, wenn man den Perimeter ein bisschen ausdehnt und bereit ist, ein paar Minuten und ein paar Meter mehr zu investieren.

Das ist die momentane Haltung von der Verkehrsplanung zum Abstellen von Spezialvelos beim Bahnhof. Diese Haltung stützt sich auf ein Bewirtschaftungskonzept aus dem Jahr 2011, das in der Verkehrsplanung zurzeit aber überarbeitet wird.

30. Frage: S. Kocher (GLP): Bis anhin durften Kinder, welche in einer Privatschule sind, die städtische schulergänzende Betreuung besuchen. Es ist korrekt, dass Kinder, welche eine Privatschule besuchen, keinen Anspruch auf den Besuch der schulergänzenden Betreuung haben. Bis anhin wurden diese Kinder in der schulergänzenden Betreuung betreut. Nun hat die Stadt einfach beschlossen, dass ab Februar 2019 Kinder, welche eine Privatschule besuchen, dies NICHT mehr dürfen. Warum hat der Stadtrat die gängige Praxis geändert? Warum hat der Stadtrat das Prinzip der Gleichbehandlung abgeschafft?

Stadtrat J. Altwegg: Es ist tatsächlich so, dass wir diesen Frühling aufgrund von vereinzelten, wirklich nur ein paar wenigen, Elternanfragen beim Volksschulamt abgeklärt haben, wie die Situation von der Betreuung von Kindern ist, die in Privatschulen gehen, und wie das ist mit den städtischen Betreuungseinrichtungen.

Die Antwort war, dass Privatschülerinnen und -schüler grundsätzlich keinen Anspruch auf schulergänzende Betreuung, wie Du das richtig kommentiert hast. Um Rechtsgleichheit herzustellen, wurde gleichzeitig abgeklärt, ob es Privatschulkinder gibt, die unsere öffentliche schulergänzende Betreuung überhaupt besuchen. Es wäre eine Ungleichbehandlung, wenn bisherige Kinder die Betreuung weiterhin besuchen könnten, neu angemeldete aber abgewiesen würden. Es zeigte sich, dass tatsächlich 3 Familien betroffen sind. Von denen hat eine die Betreuung bereits auf Ende Schuljahr gekündigt. Mit den anderen zwei wurde eine grosszügige Übergangsfrist vereinbart.

Die rechtliche Situation ist wie folgt: Im Volksschulgesetz §71 haben PrivatschülerInnen grundsätzlich keinen Anspruch auf schulergänzende Betreuung. Ein Anspruch besteht nur dann, wenn die Unterbringung eines Kindes in einer Privatschule nicht auf Wunsch der Eltern, sondern auf Anordnung der Schulpflege erfolgt. In Winterthur ist das eine Verfügung der Kreisschulpflege, die ausgestellt wird, wenn ein Kind mit Sonderschulstatus nicht eine Sonderschule, sondern eine Privatschule besucht. Von diesen haben wir eine Handvoll. Um Privatschulkinder ohne Sonderschulstatus in einer städtischen schulergänzenden Betreuung betreuen zu können, bräuchte es eine kommunale Rechtsgrundlage, weil es sich da um eine rein freiwillige Leistung handelt, die über das vom Kanton geforderte hinausgeht. Wir haben in Winterthur keine solche Rechtsgrundlage.

Die staatlichen Leistungen für Privatschülerinnen und -schüler sind kantonal abschliessend geregelt. Wenn Eltern sich für eine Privatschule entscheiden, haben sie keinen Anspruch auf Gleichbehandlung mit Eltern von Kindern, die in die öffentliche Schule gehen. Das ist in dem Sinn eine falsche Annahme, dass es ungleich wäre, sondern es ist so, dass man das unterschiedlich handhabt. Es ist tatsächlich so, dass in Zukunft keine Eltern mehr ihre Kinder in die öffentliche Betreuung schicken können werden, die ihre Kinder in Privatschulen haben. Das haben die drei betroffenen Familien dementsprechend zur Kenntnis genommen.

31. Frage: P. Schoch (SP): In Winterthur sind Veloparkplätze rund um den Bahnhof heiss begehrt! Die vielen zusammengepferchten Fahrräder entlang der Rudolfstrasse veranschaulichen dies jeden Tag. Seit längerem frage ich mich, warum auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofs, direkt entlang des Bahnhofgebäudes keine Fahrräder abgestellt werden dürfen? Der breite Gehsteig und die leere Fassade würden sich doch perfekt dafür eignen und die Rudolfstrasse entlasten. (Zur Veranschaulichung siehe Bild im Anhang).

Stadträtin Ch. Meier: Das schätzen wir ein bisschen anders ein. Die Erhöhung von der Anzahl Veloabstellplätze rund um den Bahnhof ist ein Auftrag, den Stadtrat aus dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Endlich genügend Veloparkplätze am Hauptbahnhof» hat.

Das langfristige Ziel ist es, 7'200 Veloabstellplätze anzubieten. Bezüglich der Anzahl Veloabstellplätzen ist man mit den Projekten Velostation Rudolfstrasse, Esse-Areal und Milchküche/Stellwerk auf gutem Weg, hat aber das Ziel damit noch nicht erreicht.

Eine Herausforderung wird es sein, die Veloabstellplätze rund um den Bahnhof einigermaßen gleichmässig zu verteilen.

Das Abstellen von Velos ist dort auf dem Bild, vor dem denkmalgeschützten Bahnhofgebäude, ist aber nicht gestattet, weil dort der Boden nicht der Stadt sondern der SBB gehört. Andererseits darf man nicht vergessen, dass der Bahnhofplatz verkehrstechnisch und -planerisch eine richtig grosse Herausforderung ist. Es geht darum, Veloverkehr, Fussverkehr, ÖV und Taxis möglichst konfliktfrei aneinander vorbei zu bringen und aneinander vorbei zu organisieren.

Aus diesem Grund sieht das Konzept für die Veloparkierung aus dem Jahr 2011, das ich vorher bei der Frage von Silvia Gyax bereits erwähnt habe, vor, dass der Bahnhofplatz auf dieser Seite velofrei sein soll. «velofrei» vor.

Wie ich aber in der Antwort vorher schon gesagt habe, wird das Konzept zurzeit überarbeitet. Ich gehe aber nicht davon aus, dass man sich vom «velofreien» Bahnhofplatz verabschieden wird.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu den Fragen, die im Nachgang eingereicht wurden.

1. Frage: S. Müller (EVP): Das Lichtsignal Tösstalstrasse / Kanzleistrasse, welches je nach Verkehrsaufkommen die Rotphasen verlängert oder verkürzt (Verkehrssteuerung Stadteinwärts), verursacht regelmässig Stau bis auf den Seemer Buck. Pikant: Der Bus, welcher vom Eidberg/Iberg/Gotzenwil auf die Tösstalstrasse einbiegt, steht voll im Stau. Laut Verkehrskonzept sollte dieses Problem angegangen werden, indem die Verkehrssteuerung auf den Seemer Buck zurückversetzt wird. Wann ist mit der Umsetzung und Inbetriebnahme zu rechnen?

Stadträtin Ch. Meier: Ich habe bei der Frage nach den Busproblemstellen bereits gesagt, dass der Seemer Buck eine dieser 19 Problemstellen ist. Es ist richtig, dass vorgesehen ist, das Problem mit einem Lichtsignal auf dem Seemer-Buck zu lösen.

Das Projekt ist ein separates Projekt in der Investitionsplanung, es ist also nicht Teil dieses 4,6 Millionen-Kredit.

Das Tiefbauamt ist an der entsprechenden Planung und Projektierung dran und wir gehen im Moment von einer Realisierungsbereitschaft im Jahr 2020 aus, d.h. dann sollte man mit der Umsetzung anfangen können.

2. Frage: R. Dürr (Grüne): Wir haben letzten Donnerstag beim Bahnhof Flyer verteilt für die Abstimmung. Gemäss Katasterplan geht der öffentliche Grund, wo man sich aufhalten und auch Flyer verteilen darf, genau bis zu den Nischen des Bahnhofgebäudes. Sicherheitsmitarbeitende beim Hauptbahnhof haben uns vom Bahnhofsareal vertrieben mit folgender Begründung: Die SBB beim Bahnhof macht beim Stadttor geltend, dass der Raum ausserhalb des SBB-Areals (siehe Plan Gebäudelinie) von ihr "gemietet" (von wem?, von der Stadt) sei und wir deshalb eine Bewilligung bräuchten, wenn wir auf dem öffentlichen Grund ausserhalb des roten Striches Flyer verteilen. Stimmt das?

Stadträtin B. Günthard: Das ist nun eine Frage, bei der ich befürchte, dass ich sie nicht heute Abend abschliessend beantworten kann. Das müssen wir dann vielleicht noch per Mail genau bei den SBB-Leuten nachfragen. Mir erschliesst es sich noch nicht ganz, was da genau vorgegangen ist.

Was ich einmal sagen kann: Ja, der Bahnhof ist Privatgrund, Eigentum der SBB. Die Leute, die Dich angesprochen haben, sind in diesem Fall auch von der SBB oder irgendwie so gewesen. Und weshalb die auf diese Aussage gekommen sind, kann ich jetzt nicht beurteilen. Das muss ich nochmals entgegennehmen und allenfalls dort nachfragen.

Was ich Dir aber bestätigen kann: Ausserhalb eines bestimmten Punktes (wir können unsere Pläne anschliessend abgleichen) fängt der öffentliche Grund. Auf dem öffentlichen Grund ist es grundsätzlich so, dass nicht jeder, der möchte, einfach Flyer verteilen. Marketing-Flyer z.B. kann man nicht einfach verteilen, da braucht es an bestimmten Orten eine Bewilligung. Aber Ausnahmen sind es zwei: Wenn es einzelne Leute sind, die umhergehen, dann dürfen sie das machen. Und für religiöse und politische Zwecke gibt es Ausnahmen. Von daher sehe ich auch eine gewisse Diskrepanz oder Nicht-Kongruenz dieser Aussagen, die wir noch genauer an den richtigen Stellen nachfragen müssten, wie sie auf diese Aussagen kommen. Ich kann es jetzt noch nicht abschliessend beantworten.

3. R. Kappeler (SP): Der Fussgänger- und Veloverkehr auf dem Kesselhausplatz wird immer dichter. Zunehmend kommt es zu gefährlichen Situationen – insbesondere im Bereich der Treppen-Auf- und -abgänge. Potenzielle Unfälle mit Velos und Fussgängern zeichnen sich leider ab. Nach meiner Einschätzung könnten (zurückhaltende) Bodenmarkierungen für Velos zu einer gewissen Entflechtung führen. Kann sich der Stadtrat vorstellen, auf dem Kesselhausplatz gewisse Markierungen anzubringen, um den Veloverkehr etwas zu kanalisieren und vom Fussgängerverkehr zu entflechten?

Stadträtin Ch. Meier: Wir haben das ganz friedlich ausgehandelt und ich habe diese Frage erhalten.

Der Kesselhausplatz ist ein hochwertig gestalteter, öffentlicher Raum. Er ist als Fussgängerzone signalisiert, d.h. Velos dürfen durchfahren, aber im Schritttempo, wie auch in der Altstadt. Die Praxis zeigt, dass der Mischverkehr aufgrund von der Dichte von Fuss- und Veloverkehr zu gewissen Zeiten problematisch ist. Es besteht daher sicherlich ein Bedürfnis aus Gründen der Verkehrssicherheit, die Velofahrenden besser darauf hinzuweisen, dass im Schritttempo über den Platz gefahren werden muss.

Wir wollen aber am Konzept, diesen attraktiven Stadtraum gemeinsam und tolerant zu nutzen, allerdings mit klarem Vortritt für die Fussgängerinnen und Fussgänger, weiter festhalten. Das auch deshalb, weil wir jeden Tag auch viele Situationen beobachten können, bei denen Rücksichtnahme und Toleranz zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmenden durchaus funktioniert.

Eine Umgestaltung mit Massnahmen wie Bodenmarkierungen oder ähnlichem steht deshalb im Moment nicht zur Diskussion. Solche Bodenmarkierungen würden wahrscheinlich ausserdem die Situation eher noch verschärfen, weil sich Velofahrende dann nämlich im Recht fühlen würden und das Gefühl hätten, sie könnten schneller fahren als sie eigentlich sollten.

Der Verkehrsplanung und der Polizei ist die Situation aber durchaus bewusst und es wird weiterhin genau beobachtet und bei Bedarf müsste man das dann allenfalls doch machen. Es ist aber im Moment nicht vorgesehen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wären wir am Schluss der eingereichten Fragen. Gibt es noch eine Frage sonst? – Nein.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2018.70: Begründung der Parlamentarischen Initiative U. Glättli (GLP), U. Hofer (FDP) und T. Brütsch (SVP) betr. Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben das erste Mal eine Parlamentarische Initiative da im Rat. Heute stimmen wir darüber ab, ob diese Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt werden soll. Das braucht mindestens 20 Stimmen.

Urs Glättli stellt die Parlamentarische Initiative vor und begründet sie.

U. Glättli (GLP): Als Erstinitiant begründe ich die Parlamentarische Initiative «Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben». Worum geht es? Rund 80% der städtischen Ausgaben werden gebunden bewilligt. Gebundene Ausgaben bewilligt die Exekutive, also v.a. der Stadtrat und ein bisschen auch andere Exekutivbehörden. Die Macht des Stadtrates ist dabei riesig, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass kommunales Regieren v.a. heisst, für bestimmte Zwecke Ausgaben zu tätigen. Das Thema der Parlamentarischen Initiative ist also von zentraler Bedeutung.

Kann eine Ausgabe als gebunden bewilligt werden, ist die Höhe der Ausgabe egal – zuständig bleibt der Stadtrat. Das Parlament, das Referendum und das Volk spielen nur bei neuen, also ungebundenen Ausgaben, eine Rolle. Und wer entscheidet, ob eine Ausgabe als gebunden oder neu gilt? Der Stadtrat ganz alleine. Und wie erfahren wir davon, wenn er das unabhängig vom Budget macht? Per Medienmitteilung und Presse. Und in diesen Medienmitteilungen wird die Gebundenheit regelmässig nicht besonders begründet, sondern (immerhin) schön dargelegt, für welchen schönen Zweck jetzt in diesem Fall viel Geld ausgegeben wird. Es kommt immer wieder vor, dass man sich getrost fragen kann, ob die kommunizierte Ausgabe tatsächlich als gebunden betrachtet werden muss oder nicht.

Erinnern wir uns z.B. an den Heiligbergstollen. Die Ausgabe dort wurde vom Stadtrat als gebunden erklärt. Notabene nicht vorgängig, sondern auch noch erst nachträglich. Was stört ist

die Intransparenz und die Machtkonzentration, wie das da so zu und her geht. Das will die Parlamentarische Initiative ändern.

Sie verlangt nicht mehr und nicht weniger als eine anständige, publik zu machende Begründung für solche Ausgaben. Und zwar nicht für jede kleine und mittlere Ersatzbeschaffung, sondern nur für Ausgaben ab einer Höhe von über 1 Mio. einmalig und ab einer Viertelmillion wiederkehrend. Es soll einfach klar sein, dass solche Bewilligungen angefochten werden können. Das geht mit Stimmrechtsrekurs wegen Verletzung des Referendumsrechtes. Man muss das innert kürzester Frist (5 Tage) beim Bezirksrat tun, wenn man das machen will. Heute wird das faktisch verunmöglicht, weil die Ausgabenbewilligung nicht ordentlich publiziert werden muss und wie gesagt die Gebundenheit nicht wirklich begründet wird.

Etwas will noch betont werden: Solche Publikationen machen nicht unbedingt einen Mehraufwand. Der Stadtrat muss ohnehin immer prüfen, ob er eine Ausgabe als gebunden erachtet oder nicht. Das muss dann bloss noch richtig begründet werden und dann, wie bereits in der Antwort zur Schriftlichen Anfrage von unserer GLP-Gemeinderätin Cometta-Müller zur elektronischen Publikation von Stadtratsbeschlüssen angekündigt, vom Stadtrat nur noch elektronisch aufgeschaltet werden.

Stimmen wir der Überweisung dieser Parlamentarischen Initiative an die Aufsichtskommission also zu. Stehen wir ein für Transparenz und Governance und Rechtsschutz. Und ja, freuen wir uns, erstmals das neue Instrument der Parlamentarischen Initiative wirksam werden zu lassen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Ablehnungsantrag, Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Urs Glättli hat die Macht des Stadtrates als erstes Argument gebracht. Nein, das ist keine Machtsituation. Gebundene Ausgaben sind dann, wenn kein erheblicher sachlicher, örtlicher und zeitlicher Entscheidungsspielraum da ist. Häufig ist es ein Feuerwehreinsatz. Und wenn man bei einem Feuerwehreinsatz zuerst eine Publikation mit Rechtsmittelbelehrung und 5 Tagen Einsprachefrist machen will – dann «Gute Nacht, Winterthur». Das Ganze ist ein Bürokratiemonster.

Der Stadtrat hat, Urs hat das erwähnt, bereits angekündigt, dass er im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips sowieso die Stadtratsbeschlüsse im Grundsatz öffentlich machen will. Das Monster führt wahrscheinlich zu einer Flut von mindestens möglichen Einsprachen. Ich weiss nicht, ob es bei einem Mitinitianten berufliche Gründe sind, es gibt ein gutes Geschäft für Anwälte, aber v.a. gibt es einen aufgeblähten Justizapparat, den wir wirklich nicht wollen. Die Situation heute ist die, dass die AK die nötigen Informationen bekommt und das funktioniert gut und recht so.

Ich stelle die Tendenz fest, dass die Bürgerlichen je länger je mehr vom Parlament aus in exekutive Aufgaben eingreifen wollen. Und jetzt wollen sie wahrscheinlich das Instrument, das eine parlamentarische Kommission heute gut wahrnimmt, dem Volk übergeben. Diese Verschiebung führt meines Erachtens zu einer zusätzlichen Abstumpfung der Bevölkerung und überhaupt nicht zu einer zusätzlichen Demokratisierung. Deshalb lehnen wir diese Parlamentarische Initiative ab.

U. Hofer (FDP): Ich kann mich weitgehendst dem Vor-Vorredner Urs Glättli anschliessen und muss auch weitgehendst Roland widersprechen. Ich glaube, gebundene Ausgaben sind ein ewiges Thema, aber ich kann die Protokolle dieses Rates oder eines anderen Rates beliebig weit zurückblättern: Wir streiten immer wieder über gebundene Ausgaben. Ist es ein wichtiges Thema? Ja, wir haben es gehört: Rund 80% der Ausgaben sind als gebunden erklärt. Aus Sicht des Stadtrates verstehe ich das. Ausgaben, gebundene Ausgaben, sind ein wichtiges und unbestritten auch notwendiges Instrument. Wenn klar ist, dass gar kein Handlungsspielraum besteht und es dringlich ist, dann muss er reagieren können und kann nicht den normalen politischen Prozess gehen.

Für den Gemeinderat aber sind potentiell zwei Dinge störend. Erstens: Er wird umgangen (es ist ja der Sinn der Sache, das hinzunehmen). Und zweitens aber, das ist das Problem: Wenn er die Einschätzung nicht teilt, dass das überhaupt gebunden ist und dass es gar keinen

Handlungsspielraum gibt für diese Ausgabe, dann hat er gar nicht die Informationen, die Begründung und die Mittel, um irgendwie innerhalb einer Rekursfrist reagieren zu können, sondern der Stadtrat kann einfach Fakten schaffen. Das Einzige, das er riskiert, ist ein verbaler Rüffel - und das ist nicht Rechtsstaatlichkeit.

Ich sage nicht, dass der Winterthurer Stadtrat in dieser oder früheren oder in zukünftigen Besetzungen dieses Instrument besonders häufig missbraucht oder bewusst für Missbrauchszwecke nutzen möchte. Aber dass das Instrument per se eines ist, mit dem er das Parlament umgehen kann, ist per se heikel.

Deshalb geht meines Erachtens die vorliegende Parlamentarische Initiative mit dieser Situation, bei der auf beiden Seiten berechnete Interessen sind, einen wirklich vernünftigen Mittelweg. Erstens (und das ist wichtig): Sie setzt eine Relevanzschwelle. Unter 1 Mio. wäre es tatsächlich ein unnötiger Bürokratismus, ein Leerlauf, wenn man alles begründen und vielleicht auch auf einem anderen Weg publizieren müsste. Darüber finde ich, wenn man bedenkt, was wir für einen Aufwand betreiben für viel tiefere Beträge, dann liegt eine Begründung und eine anständige Veröffentlichung tatsächlich drin. Da widerspreche ich Dir auch: Wir sprechen von Beträgen von über 1 Mio., das ist auch im Stadtrat keine Feuerwehrrübung über Nacht. Dann ist eine Begründung durchaus möglich, es geht um Rechtsstaatlichkeit.

Noch zu einem anderen Punkt: Ich verdiene mein Geld nicht im öffentlich-rechtlichen Bereich und habe da auch keine besonderen Kompetenzen. Das hört man vielleicht auch meinem Votum an. Ich werde davon nicht profitieren und auch niemand sonst in meiner Kanzlei, falls das wirklich ein Problem ist.

Und der zweite Punkt, in dem es ein vernünftiger Mittelweg ist: Sie schafft Transparenz und Rechtssicherheit. Die Art und die Veröffentlichung der gebundenen Ausgaben heute sind wirklich intransparent. Man hat Verbesserungsbedarf, das ist aus meiner Sicht klar. Es geht absolut den richtigen Weg, ich sehe kein, wirklich kein nachvollziehbares Argument dagegen. Besten Dank dem Vor-Vorredner und ich bitte alle, das zu unterstützen.

T. Brütsch (SVP): Ich habe kürzlich im Rat bereits einen anderen Vorstoss als «parteilich unverdächtig» bezeichnet, als es um die Revision der Verordnung über das Wahlbüro ging. Nicht anders ist es meines Erachtens bei dieser Vorlage.

Gebundene Ausgaben sind letztlich der Stachel im Fleisch der Finanzhoheit des Parlaments. Sie schränken unseren Spielraum massiv ein, zugunsten der Exekutive und der Verwaltung. Wir haben es gehört: Bereits heute sind rund 80% der Ausgaben gebunden und wir haben letztlich diesbezüglich nichts dazu zu sagen. Der Stadtrat bestimmt letztlich in Eigenregie resp. zumindest mit einem grossen Ermessensspielraum darüber, welche Ausgaben von ihm selber bewilligt werden können und welche nicht und damit dem Gemeinderat vorgelegt werden müssen. Dass es damit im Zweifelsfall beim Ermessen eher in Richtung pro gebundene Ausgabe geht, meine ich, müsse man nicht näher erläutern, und hat auch in der Vergangenheit in Winterthur (Stichwort Heiligbergstollen, von Urs Glättli erwähnt, und auch anderswo) zu Konflikten geführt.

Wenn ein Stadtrat insofern schon ein grosses Ermessen in Bezug auf die Frage eingeräumt wird, ob das Parlament berücksichtigt werden muss oder nicht, dann muss zumindest der Grundsatz gelten: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Das ist letztlich die Absicht dieser Initiative.

Dem Stadtrat und der personell gut dotierten Verwaltung ist es ohne Weiteres zumutbar, zuhanden des Parlaments und der Öffentlichkeit zu erklären, warum eine Ausgabe als gebunden betrachtet wird. Mit der Schwelle von 200'000 Fr. für wiederkehrende und 1 Mio. für einmalige Ausgaben wird eben (entgegen dem Vorwurf von Roland Kappeler) verhindert, dass der Stadtrat sich schon für kleinere und kleinste Beträge rechtfertigen muss und ein Bürokratiemonster geschaffen wird. Was dann die Kritik an der Rekursfrist anbelangt, ist es von meiner Sicht aus schon ein eigenartiges Verständnis von Rechtsstaat, wenn man quasi verhindern will, dass Entscheide rechtzeitig publik werden, damit man diese dann auch anfechten kann. Letztlich die Konsequenz aus der heutigen Praxis.

Die vorliegende Initiative bezweckt resp. fordert staatliche Governance und als Mensch mit einer optimistischen Grundhaltung gehe ich eigentlich davon aus, dass der Stadtrat das auch

so sieht und wir insofern offene Türen einrennen. Ansonsten müssen wir, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, den Stadtrat halt zu seinem Glück zwingen.

B. Huizinga (EVP): Die EVP-Fraktion kann die Grundproblematik, dass die Information über hohe gebundene Ausgaben zeitweilig ungenügend oder intransparent wahrgenommen werden, nachvollziehen. Die Parlamentarische Initiative schiesst aus unserer Sicht aber über das Ziel hinaus, indem stark in den Entscheidungsspielraum der Exekutive eingegriffen werden würde. Eine in jedem Fall stattfindende amtliche Publikation (es gibt eine Medienmitteilung) würde trotzdem noch zusätzlich Ressourcen binden. Es ist ausreichend, wenn die Informationen zu den geplanten hohen gebundenen Ausgaben mit den Zahlen 1 Mio. für einmalig und 250'000 für wiederkehrend einfach den parlamentarischen Organen vorliegen. Die EVP-Fraktion unterstützt darum die Parlamentarische Initiative nicht.

I. Kuster (CVP/EDU): Die Steuer- und Budgetkompetenz gehören zu den klassischen Rechten des Parlaments. Schon früher versuchten Könige und Königinnen immer wieder, das wichtigste Recht des Parlaments einzuschränken. Wir unterstellen aber auf keinen Fall, dass der Winterthurer Stadtrat sich wie Könige aufführt. Aber wie das Mittel der gebundenen Ausgaben hat er immer wieder einen Weg gefunden, wie man das Vorhaben realisieren kann, ohne dass dazu die explizite, ausdrückliche Zustimmung des Gemeinderates oder sogar vom Volk benötigt wird. Indem man eine Ausgabe als gebunden erklärt, kann der Stadtrat in eigener Kompetenz über grössere, ja sogar ganz grosse Beträge verfügen und so verhindern, dass dazu im Gemeinderat eine Debatte stattfindet.

Die grosse Frage ist allerdings: Wann ist eine Ausgabe gebunden und wann nicht? Entscheidend ist dabei der Punkt, ob das Gemeinwesen einen grossen Entscheidungsspielraum hat oder nicht. Aus Sicht der Exekutive gibt es meistens keinen oder nur einen geringen Entscheidungsspielraum, währenddem wir Mitglieder des Gemeinderates oder die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger oder die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen das häufig differenzierter sehen. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass der Stadtrat einerseits verpflichtet wird, zu erklären, wieso eine Ausgabe als gebunden erklärt wird, andererseits soll er aber auch verpflichtet werden, seinen Entscheid zu veröffentlichen. Nur auf diese Art haben die Bürgerinnen und Bürger überhaupt eine realistische Chance, den Entscheid des Stadtrates gerichtlich überprüfen zu lassen.

Die CVP/EDU-Fraktion will einen sorgfältigen Umgang mit unseren Steuergeldern. Und dazu braucht es Transparenz und griffiges Controlling. In diesem Sinn unterstützen wir die Parlamentarische Initiative, weil sie hoffentlich zu mehr Transparenz und Kontrolle beiträgt.

Ch. Griesser (Gründe/AL): Die Fraktion Grüne/AL hat Stimmfreigabe beschlossen. Die Gründe, die für eine Zustimmung sprechen, liegen ja eigentlich auf der Hand. Alle im Gemeinderat haben sich irgendwann einmal über eine als gebunden erklärte Ausgabe aufgeregt. Eine Publikation (ohne nochmals in die Details zu gehen) dient der Transparenz und ist somit gut.

Kritisch beurteilen wir die geforderte amtliche Veröffentlichung/Publikation. Das wird doch erheblich kosten. Es stellt sich die Frage, ob nicht eine kostengünstige Lösung möglich ist, die trotzdem die nötige Transparenz schafft.

Die Fraktion hat weiter ausführlich über den Begriff «wiederkehrend gebundene Ausgaben» diskutiert. Das soll es anscheinend geben, ich kann mir aber trotzdem nicht vorstellen, dass es wiederkehrend brennt.

Dann möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir in der Antwort der Schriftlichen Anfrage von Katrin Cometta lesen konnten, dass der Stadtrat seine Entscheide ohnehin veröffentlichen will. Und das würde ja auch auf die Gebundenheitserklärung zutreffen.

Ich persönlich finde es gut, dass die Initiative die nötige Stimmenzahl erreichen wird. Ich freue mich auf die Beratung in der Aufsichtskommission. Wir werden uns dort noch einbringen und versuchen, noch etwas verbessern zu können.

D. Oswald (SVP): Ich möchte nicht lange werden, ich möchte nur kurz v.a. der SP eine Republik geben. Erstens hat der Stadtrat alleine durch das Modell, durch die Anwendung der Globalbudgets, hat der Stadtrat sehr hohe Kompetenz. Wir bestimmen dort nicht über einzelne Ausgaben, sondern wir entscheiden über den Saldo. Das Geld, das dort drin ist, da kann der Stadtrat sehr selbständig entscheiden, für was er das ausgibt. Ich glaube, er hat die Möglichkeit, wenn ein Schulhausdach rinnt oder wenn eine Wasserleitung platzt, dass er dort sanieren kann, was erforderlich ist.

Zweitens: Es geht nicht darum, jemandem einen Missbrauch unterstellen zu wollen oder zu sagen, das hätte stattgefunden, aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir das Thema diskutieren, bevor etwas passiert – dann können wir es nämlich sachlich diskutieren. Und das ist durch diesen Vorstoss gegeben.

Wenn nun von Feuerwehrrübungen gesprochen wird, da gibt es zwei Dinge: Also wenn der Stadtrat immer im Rahmen von Feuerwehrrübungen erhebliche Beträge sprechen muss, dann ist er wohl zu wenig weitsichtig unterwegs. Dann müsste man vielleicht dort den Hebel ansetzen. Und zweitens bin ich in meiner Vorbereitung für das Präsidiumsjaar daran zu überlegen, ob wir die Gemeinderatssitzungen anders machen könnten, damit wir weniger Feuerwehrrübungen haben, damit wir auch schneller entscheiden können. Und wenn es dann wirklich einmal pressiert, nicht zwei Monate warten müssen bis zur nächsten Gemeinderatssitzung. Ich werde dazu auch alle hier drinnen einladen, da mitzudenken, so dass wir dort auch agiler werden können.

Und zum Schluss noch auf den impliziten Vorwurf wegen mehr Arbeit für Anwälte: Ich glaube, liebe SP, es sucht nur der hinter dem Ofen, der selber schon dahinter war.

U. Glättli (GLP): Ich möchte nur kurz noch auf 1-2 Voten eingehen. Zu Christian Griesser: Ja, das ist durchaus die Absicht, dass dann die Gebundenheitsbegründungen über die elektronische Publikation der Stadtratsbeschlüsse laufen sollen. Es soll durchaus die Absicht sein, wenn das dann so weit ist. Man muss aber wissen, dass heute bei Ausgabenbewilligungen oder Bewilligungen von gebundenen Ausgaben, die der Stadtrat tätigt, oft gar kein formeller Beschluss gefasst wird. Das wäre mit dieser PI zumindest bei den höheren Ausgaben ein Muss.

Zur Angstmacherei vor Rekursen, Roli Kappeler: Es ist ziemlich unbegründet. Wenn eine gebundene Ausgabe sorgfältig und korrekt begründet wurde und auch nach aussen begründet wird, dann muss man eigentlich gar nichts befürchten, denn jeder, der einen Rekurs führen möchte, wird sicher bei den zuständigen Instanzen ins Leere laufen. Es erstaunt immer wieder, dass Parteien, die das Wort «demokratisch» in ihrem Namen tragen, zutiefst demokratische Anliegen leider nicht unterstützen wollen. Die Parlamentarische Initiative trägt gerade da par excellence.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat machte schon keine Freudensprünge, als es um die Diskussion der Parlamentarischen Initiative ging. Und jetzt stehen wir vor der ersten konkreten Anwendung, bei der man sie einsetzen möchte, und wir haben auch da keine Freude. Was da aufgegleist ist, ist eine handstreichartige Kompetenzreduktion der Exekutive in dieser Stadt. Etwas, das selbstverständlich ist im ganzen Kanton Zürich. Und es ist etwas, das Ihre Vor-Vor-Vorgänger im Grossen Gemeinderat einmal festgelegt haben. Damals hat man nämlich in dieser Finanzhaushaltverordnung bestimmt, dass dieses Kompetenzgefüge, wie es heute ist, so aufgestellt worden ist. Und damals gab es noch das Vertrauen zwischen Exekutive und Legislative. Und ich orte eben weiter in der Entwicklung, die ich in den letzten Jahren schon festgestellt habe (ich bin jetzt wirklich seit den 90er Jahren da im Parlament oder mit dem Parlament am Arbeiten), eine Entwicklung, dass das Parlament immer mehr Kompetenzen an sich reissen möchte und immer mehr Kompetenzen beim Stadtrat senken möchte, reduzieren möchte.

Die Macht des Stadtrates sei gewaltig. Es sei eine Suche nach der Umgehung des Grossen Gemeinderates. Wir wollen den Grossen Gemeinderat nicht umgehen, aber wir stehen bei gewissen Positionen vor der Frage, ob es gebunden ist oder nicht. Und wir haben dann je-

weils im Stadtrat die Diskussion, ob diese Begründung besteht. Wir haben es auch schon zurückgeschickt, man hat es auch schon abgelehnt - aber wir haben die Kompetenz, das zu beurteilen. Und ich meine, wir haben das gewissenhaft gemacht. Auch wir haben dazugelernt. Wenn ich es vergleiche mit vor 10-15 Jahren, da fand das viel weniger offen statt. Mittlerweile gehen wir mit diesen gebundenen Ausgaben in die Kommissionen. Wir sagen, was wir gemacht haben. Beim Schloss Wülflingen hatten wir auch eine Auseinandersetzung. Ich darf Sie erinnern, dass der Bezirksrat dem Stadtrat Recht gegeben hat. Also wir gehen gewissenhaft mit diesem Mittel um und wir überlegen nicht «Oh, wie können wir jetzt den Grossen Gemeinderat umgehen?» Es geht überhaupt nicht um das, überhaupt nicht. Aber es zeigt mir ein bisschen die Gesinnung zwischen Exekutive und Parlament in dieser Entwicklung, in der wir sind.

Es wurde gesagt: Wenn dann jeder gebundene (oder wenn es über 1 Mio. ist) Entscheid des Stadtrates mit Rechtsmitteln angegriffen werden kann, dann brauchen wir mehr Ressourcen. Das kann ich jetzt schon sagen. Das wird nicht gehen mit den Leuten, die wir jetzt haben. Denn ich rechne damit, auch in dieser Entwicklung, in der die Ansprüche in der Bevölkerung immer höher werden, in der wir in unseren Verwaltungseinheiten immer mehr Leute haben, die schon ganz zu Beginn mit den Anwälten kommen (sei es in der Schule, beim Friedensrichter) – das ist ein massiver Mehraufwand, den wir haben werden, und die Folge davon wären ganz klar mehr Kosten, weil wir mehr Ressourcen brauchen.

Ich denke, es ist nicht gerechtfertigt, dass man das Kompetenzgefüge, das einmal vom Grossen Gemeinderat in einer Finanzhaushaltverordnung festgelegt wurde, einfach mit einem Handstreich mit einer solchen Parlamentarischen Initiative kehrt. Davor möchte ich Sie gerne warnen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung. Wer diese Parlamentarische Initiative unterstützen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Damit ist die Parlamentarische Initiative überwiesen worden.

Wie geht es weiter? Nach Absprache mit dem Aufsichtskommission-Präsidenten hat die Ratsleitung beschlossen, dass dieses Geschäft der AK zugewiesen wird und es dort beraten wird.

Es waren 29 Stimmen, die für die Überweisung waren.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2016.112: Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) betr. Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Es wurde bereits informiert: Das Traktandum wurde zurückgezogen und wird damit abgeschrieben.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2017.40: Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Gyax-Matter (GLP) betr. Umnutzung der ehemaligen Polizeigebäude

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 9, Katharina Gander.

K. Gander (AL/Grüne): Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die vorliegende, in vielen Punkten noch sehr vage Interpellationsantwort vom letzten Herbst. Die Äusserungen des Stadtrates, aber auch die Ankündigung im Rahmen der städtischen Wohnpolitik, die klargestellt hat, dass das Obertor ein ideales Grundstück für Wohnen im oberen Preissegment sei,

hat das Komitee dazu bewogen, die Initiative «Obertor: Boden behalten – Winterthur gestalten» zu lancieren. Sie wissen es: Die Initiative ist auf sehr viel Interesse gestossen und wurde erfolgreich innert kürzester Zeit eingereicht.

Der Stadtrat hat einen Gegenvorschlag kommuniziert, der ja in diesem Rahmen dann auch noch ausgiebig diskutiert werden wird.

Begrüssenswert ist die Antwort dahingehend, dass der Stadtrat auf dem neuen Filetstückchen ein belebtes und gemischtes Areal wünscht, das die Vielfalt der Altstadt durch neue Nutzungen ergänzt. Zurzeit läuft ja wie erwähnt eine weitere Testplanung, bei der offene Fragen geklärt werden und auf ihre Machbarkeit und Umsetzung geprüft werden. Wir sind gespannt, zu welchen Schlüssen diese Auslegeordnung kommt.

Erfreulich ist auch, dass der Stadtrat gegenüber einer etappierten Entwicklung grundsätzlich positiv eingestellt ist.

Damit hat es sich dann auch schon mit unserem Wohlwollen. Die Fragen 4 und 5 gehen uns definitiv zu wenig weit. Einmal ein bisschen die Meinung anhören, ist für uns kein partizipativer Prozess, sondern eher eine Alibi-Übung. Gerade am gelungenen Beispiel des Lagerplatzes sieht man, wie bereichernd sich auch ein partizipatives Miteinander von Mietern, Anwohnern und Interessierten auf ein Areal auswirken kann.

Auch die Antwort auf die Frage Nr. 6 zeigt deutlich, dass der Stadtrat primär eine Gewinnoptimierung anstrebt und weniger ein lebendiges neues Stück Stadt, von der alle etwas haben sollten.

F. Steger (SP): Die SP dankt dem Stadtrat auch für die Beantwortung dieser Interpellation. Wir haben es gehört: Es liegt bereits das nächste Geschäft zu diesem Thema auf dem Tisch, und das wird uns genauso beschäftigen in Kürze.

Der Stadtrat beschreibt in der Beantwortung dieser Interpellation seine Strategie für das Obertor. Dort kann man lesen, dass er eine attraktive, vielseitige und lebendige Altstadt will. Das ist selbstverständlich für die SP auch unterstützenswert, wir wollen auch eine durchmischte und belebte Altstadt, die für alle etwas bietet. Ebenso unterstützenswert ist die Feststellung des Stadtrates, dass der Charakter vom Obertor als «kleinräumig und charmant» beibehalten bzw. eben geschaffen werden soll. Wir kennen alle die Marktgasse und wir sehen dort, dass sie geprägt ist von internationalen Ketten und eben nicht kleinräumig und charmant ist, sondern eher gross, zugepflastert mit Ketten, die auch in Thun oder St. Gallen stehen können.

Wenn man von der Umnutzung des Obertors spricht, dann sollte der Kompass dafür sein, dass ein charmantes und vielseitiges Quartier daraus entstehen sollte, es eine lebendige Altstadt geben sollte. Und dieser Kompass, da hat man bei den anderen Fragen weiter unten den Eindruck, dass dieser ein bisschen verloren geht. Denn etwas, das nicht zu diesem Kompass gehört, ist der Verkauf der Liegenschaften an Investoren und die reine Umnutzung in Luxuswohnungen.

In der Interpellationsantwort ist die Rede von «hoher Lagequalität» und «Wohnungen im hohen Preissegment». Das wirkt so, als hätte man das von der kleinräumig-charmanten Altstadt schon fast wieder ein bisschen vergessen.

In der Zwischenzeit können wir aber wieder aufschnaufen, denn der Stadtrat scheint den Kompass dahingehend wieder ein bisschen gefunden zu haben. Man kann es lesen im Gegenvorschlag: Er will das Obertor nicht verkaufen und von Luxuswohnungen ist auch nicht mehr die Rede. So gibt es die Chance, dass das Obertor tatsächlich ein Bijou werden kann, aber dafür ist noch nicht alles gesichert. Ob zu diesem Bijou ein Hotelkomplex gehört mit 70 Zimmern, oder ob es eine gemeinnützige Nutzung gibt von diesem Bijou Obertor – das muss man dann in der nächsten Vorlage zum Obertor klären.

L. Banholzer (EVP): Wir danken für die Interpellationsantwort und nehmen sie soweit zustimmend zur Kenntnis. Sie macht v.a. deutlich, dass sich der Stadtrat in der Entwicklung dieses Polizeiareals einen möglichst Spielraum erhalten möchte. Mit dem Gegenvorschlag, der jetzt erst gerade präsentiert wurde, wissen wir nun einiges mehr als die Interpellationsantwort auf-

zeichnet. Die Initiative und den Gegenvorschlag werden wir dann auch nächstens im Gemeinderat diskutieren können, so dass wir uns jetzt nicht weiter zu dieser Interpellation äussern möchten.

Am Wichtigsten ist uns aber das Bekenntnis, dass die Gebäude im städtischen Besitz bleiben sollen und dass eine gemischte Nutzung vorgesehen ist, die zur Belebung des Obertors beiträgt. Ausserdem ist uns auch die Partizipation der verschiedenen Interessengruppen und die Kommunikation bei dieser Umnutzung ein wesentliches Anliegen. Der Stadtrat zeigt aber auf, dass er auch gewillt ist, diese Anliegen aufzunehmen.

S. Gygax (GLP): Auch wir Grünliberalen danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass das zukünftige ehemalige Polizeigebäude für die Bevölkerung geöffnet wird und ein attraktiver Raum für die Bevölkerung daraus entsteht. Wir sind deshalb auch der Meinung, dass da weder etwas verkauft werden darf noch dass man Wohnungen (v.a. im Hochpreissegment) dort einbauen sollte. Gerade Hochpreissegmentwohnungen ziehen meistens Leute an, die sich nicht so wahnsinnig am Leben da beteiligen, sondern halt wieder weggehen.

Ein Hamam und einen Gastrobetrieb können wir uns vorstellen, ein grosses Hotel finden wir weniger gut, weil da das Ganze wieder ein bisschen einen privaten Charakter bekommt und das Areal wird nicht wirklich für die Bevölkerung geöffnet. Wünschenswert wäre für uns ein Gastrobetrieb, Gewerbeflächen wie an der Neustadtgasse, wo Kunsthandwerker sich niederlassen, oder ein ständig überdeckter Markt für frische, regionale Produkte. Wir können uns aber auch vorstellen, dass das Familienzentrum dort einen tollen neuen Standort finden könnte.

Was für uns wirklich wichtig ist: Dass man das nicht zu einem privaten Raum macht (z.B. wenn man ein Hotel macht), sondern dass das wirklich für die Bevölkerung geöffnet wird. Wir haben die Befürchtung, dass wir uns von den Idealen vom Lagerplatz verabschieden müssen, weil wir einfach der Meinung sind, dass die Stadt vermutlich nicht diese innovativen Projekte annimmt, die man auf dem Lagerplatzareal umsetzen kann.

Aus diesen Gründen nehmen wir die Interpellationsantwort negativ zur Kenntnis. Zur Initiative und zum Gegenvorschlag äussern wir als Grünliberale uns hier noch nicht.

I. Kuster (CVP/EDU): Die Interpellation und die Initiative zeigen: Das Thema Obertor wird gewaltig und ungeduldig bearbeitet. Wir sind mit den «Wirbelwinden» im Kern schon einig: Das Gebiet ist für die Stadt ein wichtiges Kerngebiet, es ist richtig, dass Stadt hier «am Drücker» bleibt resp. dass sie die Arealentwicklung bestimmt.

Die Initiative geht uns zu weit. Die Abgabe eines so zentralen Bereiches an eine Trägerschaft würde auch für die Stadt ein Klumpenrisiko beinhalten. Es ist richtig: Hier braucht es einen Spielraum und verschiedene Zielgruppen und verschiedene Bedürfnisse der gesamten Winterthurer Bevölkerung gilt es abzudecken - so wie der Gegenvorschlag zu hoffen lässt.

Die Initiative scheint eine klare Klientel zu bevorzugen. Das ist aus unserer Sicht ein No-Go. Die Kernstadt gehört uns allen, wie das Katharina auch möchte – aber zu allen gehören halt auch alle Bevölkerungsgruppen. Wieso nicht – wie vorgeschlagen - ein Boutique-Hotel nahe unserer Kulturmeile? Damit die Kulturinteressierten dort übernachten können? Oder für Businessleute, die haben z.T. auch zu wenig Übernachtungsmöglichkeiten? Oder, wie Silvia auch gesagt hat, eine gedeckte Markthalle, wie dies im Ausland oft der Fall ist? Das könnte ich mir dort auch gut vorstellen.

Winterthur bräuchte ja noch ein gutes oder cooles Restaurant (michelin-mässig haben wir in Winterthur noch einen grossen Nachholbedarf). Wir haben beim Obertor auch die Chance, ein Stück urbanes Winterthur zu schaffen. Die CVP/EDU will nicht, dass diese Gelegenheit durch die Annahme der Initiative verbaut wird.

Wir sind froh, hat der Stadtrat einen Gegenvorschlag entwickelt. Dieser geht in die bessere Richtung und wir freuen uns auf die Diskussion in der Kommission. Wir sind auch gespannt auf Resultate der Machbarkeitsstudie.

Noch eine Bemerkung zur Abgabe im Baurecht/Miete: Für dieses Gebiet können wir gut damit leben. Erfahrungen zeigen: Je besser die Lage, umso eher wird Baurecht akzeptiert. Wobei: Ein Hamam – das wäre doch eine echte Bereicherung für Winterthur wäre. Ob das nun mit Hotel oder mit Fitnesszentrum ist, ist mir eigentlich gleich. Wenn es nur daran scheitern sollte, dass man es nur im Baurecht geben würde, dann würde ich das doch schon sehr bedauern.

Ich freue mich auf einen Hamam in Winterthur.

T. Brütsch (SVP): Die vorliegende Interpellation war so etwas wie das Vollenden zur mittlerweile eingereichten Volksinitiative «Obertor behalten, Winterthur gestalten» und, deshalb eigentlich zwischenzeitlich überholt. Um dem Ziel der Ratspräsidentin zu folgen, möchte ich mich jetzt auch nicht im Detail mit dieser Volksinitiative auseinandersetzen, denn wir werden spannende Ideen, was man in diesem Areal alles machen könnte, noch im Detail besprechen.

Ich erlaube mir aber trotzdem den dezenten Hinweis, dass wir von der SVP das grundsätzliche Anliegen der Initiative falsch finden. Man ist offenbar bei den Initianten der Meinung, es würde ein Menschenrecht auf möglichst günstigen Wohnraum an möglichst privilegierten Lagen bestehen. Hingegen interessiert es die Initianten offensichtlich nicht, dass den Stimmbürger im Rahmen der Abstimmung der Verkauf des Polizeigebäudes ausdrücklich versprochen wurde, dass das Areal und Erträge daraus zukünftig einen namhaften Betrag zur Entlastung der Stadtkasse liefern sollten.

Abgesehen davon ist die Initiative, wie sie vorliegt, ob jetzt in Form einer allgemeinen Anregung oder nicht, aber auch schlicht schludrig gemacht. Bestes Beispiel ist, wenn die Initianten von «Gemeinnützigkeit» sprechen als oberstes Ziel für die Arealnutzung. Aus Sicht der Initianten ist das offenbar eine Art sozial-romantischer Begriff. Erklären oder definieren tun sie ihn aber nicht. Es darf sich offenbar, das haben wir auch heute gesehen und gehört, jeder darunter vorstellen, was er möchte.

Die SVP begrüsst vor diesem Hintergrund den Gegenvorschlag des Stadtrates, jedenfalls von der grundsätzlichen Stossrichtung her. Wir freuen uns auf die diesbezügliche Detailberatung.

C. Etter (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort, die aber wie schon mehrfach gesagt eher oberflächlich geblieben ist, zumindest bei den wichtigen Punkten. Wir haben ja alle das gleiche Ziel: Wir wollen eine attraktive, vielseitige und lebenswerte Stadt, die einerseits attraktiven Wohnraum bietet, andererseits aber auch Platz zum Einkaufen, zum Arbeiten und um die Freizeit zu verbringen. Eine solche gemischte Nutzung ist also zentral und wir erachten auch transparente Kommunikation mit allen Stakeholdern als sehr zentral. Wir werden jetzt die transparente Kommunikation haben, wenn wir nämlich über die bereits erwähnte Initiative sprechen werden und über den Gegenvorschlag. Dass die FDP die Initiative ablehnen wird, wird Sie alle nicht erstaunen, das konnten Sie auch schon lesen. Wir finden die Öffnung für die Bevölkerung von diesem wichtigen Ort richtig und wichtig, auch eine gemischte Nutzung finden wir richtig und wichtig – und wir freuen uns, dass wir uns mit diesen wichtigen Fragen weiterhin auseinandersetzen.

M. Wackerlin (PP): Es wurde viel gesagt. Ich möchte noch zwei kleine Punkte als wohl Minderheitenmeinung anbringen, die vielleicht auch gerade deshalb auch noch gesagt sein sollen. Erstens: Die Stadt soll das Gebiet des ehemaligen Polizeigebäudes an den Meistbietenden verkaufen und die Entwicklung des Gebietes ganz den Privaten überlassen, statt Steuergelder zu verschwenden. Ob jetzt ein Hamam nötig ist – hätte ich auch gerne, aber ob es jetzt nötig ist? – das soll der Markt entscheiden. Und wenn die Stadt etwas macht, wird es ohnehin meistens ein Desaster.

Zweitens: Bezahlbaren Wohnraum ist eine der Hauptursachen für unsere stetig steigende Sozialhilfequote in der Stadt Winterthur. Wir brauchen auf gar keinen Fall mehr Kostenmiete, sondern mehr freien Markt bei den Wohnungen. Tatsächlich führt nur ein freier Markt dazu, dass auch die Wohnungen gebaut werden, die es braucht, und langfristig führt ein freier Markt zu einem optimalen Kosten-/Nutzen-Verhältnis.

Ratspräsident M. Künzle: Besten Dank für diese Voten. Ich wiederhole das, was ich schon gesagt habe im Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag. Ich finde es natürlich gut, dass grundsätzlich eine Diskussion stattfindet, was jetzt auf diesem Areal alles stattfinden soll. Und da gehen die Meinungen diametral auseinander.

Einen Vorwurf möchte ich schon zurückgeben: Es sei alles sehr vage und man wisse es noch nicht so genau. Natürlich wissen wir es noch nicht so genau! Wir sind ja mitten am Arbeiten daran. Die Testplanung kommt Ende Jahr heraus, dann wissen wir wieder ein paar Fragen zu beantworten. Natürlich können wir jetzt noch nicht Eckwerte genau angeben, weil wir immer noch an der Erarbeitung sind. Das war schon vor dem Hintergrund bei der Interpellationseinreichung so, das war schon während der Initiative der Fall – wir sind dran.

Partizipativer Prozess: Jawohl, das ist Hineinhören in die Bevölkerung, welche Ideen vorhanden sind, immer wieder Hinhören. Aber man muss bei den partizipativen Prozessen auch immer klar festhalten, dass das kein zusätzliches demokratisches Mittel ist. Am Schluss entscheiden die, die die Kompetenzen haben: Der Stadtrat, der Gemeinderat, das Volk. Aber man muss die Leute mitnehmen, man muss sie anhören, man muss Ideen prüfen, die vorhanden sind – und das machen wir auch.

Und dann möchte ich auch noch einen Irrglauben abschaffen oder aus der Welt schaffen: Über Social Media hat man gelesen, der Verdienst dieser Initiative sei es, dass das nicht verkauft werde, dass das im Eigentum der Stadt bleibt. Ich muss Ihnen sagen: Das ist hochstrategisches Land, das dort zur Verfügung ist nachher. Das ist für den Stadtrat glasklar, dass das nicht verkauft wird, und das war schon immer so, immer so. Das ist nicht der Verdienst der Initiative. Die Initiative gab sicher zu Diskussionen Anlass, hat Diskussionen ausgelöst, aber die Eigentumsfrage war für uns immer klar, auch unter der alten Regierung.

Ich bin ja nicht erstaunt, dass die SP eher Mühe hat mit Wohnlagen für höhere Einkommen. Das ist ja auch bei anderen Städten so, dass die SP Mühe hat, wenn es um solche Wohnungen geht. Dass aber eine GLP auch solche Aussagen macht, erstaunt mich schon eher. Denn am Schluss müssen wir verschiedene Segmente haben in unserer Stadt. Wir brauchen Segmente, wo wir mit gemeinnützigen Wohnbauträgern zusammenarbeiten, wir brauchen billigen Wohnraum. Wir brauchen aber eben auch das oberste Segment. Und das ist uns, das nehme ich auch auf mich, vielleicht nicht ganz gelungen, Euch das rüberzubringen, dass es bei der Wohnpolitik in allen Segmenten Anstrengungen braucht - aber zurzeit, wenn ich die Finanzlage der Stadt anschau, dann hätte ich gerne ein paar Leute mehr in dieser Stadt, die Steuern zahlen, die uns helfen, uns allen anderen, dass wir dort ein bisschen besser wegkommen. Und das ist die Preislage des hohen Einkommens. Und dass wir dort im Rahmen dieser Diskussion gesagt haben, an dieser super Lage, wo man wirklich solche Preissegmente machen könnte, wäre das wirklich ein Lösungsansatz gewesen. Und wir hatten auch nicht vor, dort total alles luxuriöse Wohnungen hinzubauen, sondern es wäre immer die Idee gewesen von einem Mix, den wir hätten machen können.

Und Hamam: Ja, wir sind hängengeblieben an dieser Hamam-Idee. Wir sind zurzeit am Klären, ob es wirklich diese Hotelnutzung braucht. Die ist uns von Fachleuten einmal in einer ersten Runde so genannt worden. Das haben wir aufgenommen. Jetzt sind wir am Prüfen und mit der Testplanung werden wir dort mehr wissen. Wir hatten da schon einen Artikel in der örtlichen Presse. Da haben wir nachher am Schluss der Testplanung klarere Antworten. Ich danke für diese Rückmeldungen. Wir werden unsere Klängen nochmals kreuzen, wenn es dann um den Gegenvorschlag geht. Und ich hoffe, dass wir bis dann auch mehr Angaben machen können werden und nicht so «vage» bleiben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit ist diese Interpellation abgeschrieben und alle freuen sich auf die Diskussion zur Initiative.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2017.41: Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Standortmarketing erweitern auf BRICS Staaten

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 10, Stefan Feer.

St. Feer (FDP): Das Traktandum 10 ist die Antwort zur Interpellation betreffend Standortmarketing erweitern auf BRICS Staaten. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt dazu wie folgt Stellung: Der Stadtrat setzt in seiner aktuellen 12-Jahres-Strategie die Förderung von Arbeitsplätzen als eines der zentralen politischen Ziele. Um diese Ziele zu erreichen, gibt es zahlreiche mögliche Wege. Effektiv ein Schritt ist immer die Erhaltung von bereits ansässigen Gewerblern und Unternehmern, das ist das, was der Stadtrat auch aktiv angeht. Aber die stetige nationale und internationale Wertung vom Wirtschaftsstandort Winterthur zu Recht als «herausragend» bezeichnet, steht im Fokus. Es ist wichtig und richtig, dass Winterthur die Förderung des Wirtschaftsstandortes in einem abgestimmten Netzwerk stattfindet und abgestimmt ist mit weiteren wichtigen Partnern wie der kantonalen Wirtschaftsdirektion, Schweiz Tourismus und Vertretern von Greater Zurich Area. Soweit zum Einstieg.

Frage 1: Wie beurteilt der Stadtrat das Engagement in Japan und die Ergebnisse der Japanreise 2015? Seit 2010 steht Japan im Fokus der Winterthurer Standortförderung. In der Antwort des Stadtrates werden zwar zahlreiche Aktivitäten aufgelistet, von Kulturaustausch über Networking bis hin zu gemeinsamen Wirtschaftsseminaren - das ist alles sehr wichtig und auch begrüssenswert, aber die Quantifizierung dieser Massnahmen, gemessen am Erfolg, wird leider in dieser Antwort nicht genannt. Und nach 8 Jahren ist es eigentlich Zeit, einmal einen Rückblick zu machen und zu sagen: «Was hat es gebraucht und was hat es eben nicht gebracht?» Ich denke, das ist etwas, das man dem Parlament sagen darf. Auch der Erfolg der Japanreise 2015 wird nicht quantifiziert. Jetzt kann man sagen, das sei auch erst 2,5 oder 3 Jahre her. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort lediglich, dass sie die Kontakte zu japanischen Unternehmen, die eine Ansiedlung in Winterthur prüfen, intensivieren würden. Was das aber genau heisst und wie diese Ausprägung ist, erfährt man nicht.

Abgesehen der fehlenden Quantifizierung der Ergebnisse ist sicher wichtig und richtig, dass ein solches Auslandengagement langfristig angelegt wird und ein persönlicher Kontakt sowie Präsenz vor Ort gestärkt werden muss, so wie es der Stadtrat heute auch macht.

Zu Frage 2: Welche Ziele stehen hinter dem zukünftigen Engagement in Japan? Das in der Interpellation beschriebene zukünftige Engagement gehört teilweise schon wieder zur Vergangenheit und verweist zurück auf das Jahr 2017. Vielleicht kann der Stadtrat in seiner nachfolgenden Stellungnahme etwas mehr zu diesem Erfolg sagen. Zudem wäre es spannend zu erfahren, welches die Pro und Kontra von japanischen Unternehmen sind, wenn es um den Standort Winterthur geht.

Im Weiteren noch zu Frage 3-5: Wie sieht es aus mit einem allfälligen weiteren Fokus im Land (es ist ja eben eines der 5 BRICS Staaten)? Die FDP-Fraktion stimmt dem Stadtrat zu, dass eine Ausweitung auf ein weiteres Land ressourcen- und zeitintensiv ist und dass nur eine langfristige Präsenz vor Ort zielführend sein kann. Dass aber das Konzept der BRICS Staaten vom Stadtrat als «veraltet» bezeichnet wird, das irritiert doch in einem gewissen Mass. Dass man ein Engagement in China oder Indien als veraltet bezeichnet, ist nicht wahn-sinnig glaubwürdig. Gerade im Hinblick auf die Langfristigkeit des Standortmarketing macht diese Aussage keinen Sinn.

Viele Nationen sind im internationalen Standortwettbewerb von anderen Schweizer Interessengruppen bereits besetzt. Das schreibt der Stadtrat sinngemäss. Man könnte auch sagen, der Kuchen ist eigentlich verteilt. Und das stellt sich die Frage, ob Winterthur mit seiner Japan-Strategie in einer erfolgreichen Nische ist oder hat man erkannt, dass man auf ein falsches Ross setzt? Wird Japan überbewertet oder passen wir wirklich sehr gut zusammen? Ganz am Schluss der Frage 5 macht der Stadtrat einen Schwenker auf unser nördliches

Nachbarland. Das liegt ja nahe und die Verständigung ist meistens einfach. Es wäre spannend zu erfahren, wie der Stadtrat die Chance dieses Marktes und der Marktbearbeitung von Deutschland beurteilt.

Zu Frage 6 habe ich weiter keine Ergänzungen.

D. Berger (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für diese Antwort und wir gehen da schon ein bisschen einig, dass das Konzept von BRICS insofern veraltet ist, dass halt von diesen 5 Staaten 3 mittlerweile nicht mehr so auf der Höhe sind wie auch schon. Also Brasilien ist in der Krise, Russland geht es nicht mehr gut, von Südafrika ganz zu schweigen. Und von den beiden, die noch übrig bleiben, das sind die Giganten Indien und China. Und wie der Stadtrat das auch beschreibt, wird das von der GZA (Greater Zurich Area) bewirtschaftet, weil das wirklich sehr grosse Gegenden sind. Dort kann man sich auch auf Gegenden konzentrieren, bei denen schon Verbindungen da sind zum Winterthurer Standort. Aber es wird ein bisschen von anderen abgedeckt. Deshalb, der Begriff mit den BRICS ist ein bisschen schwierig. Das merke sogar ich im Hostel. Als wir eröffneten, hatten wir Leute aus Brasilien, aus Russland. Dort kam die Krise – wir haben keine Brasilianer mehr, wir haben keine Russen mehr. Wir haben aber auch kaum noch Japaner. Das ist mit dieser These auch ein bisschen schwierig.

Das «House of Winterthur» engagiert sich in Japan, das wird seine Gründe haben. Wir haben ja schon ein bisschen gehört, was passiert ist. Wie nachhaltig der Erfolg sein wird für die Standortförderung, das sind wir ein bisschen skeptisch. Es gibt das Beispiel DMG Mori, das jetzt schon wieder weg ist. In der Antwort ist der Erfolg auch nicht so quantifizierbar. Es gibt sicher für uns wieder einen Erfolg, wir werden dieses Jahr mehr Gäste aus Japan gehabt haben wegen diesem Kulturaustausch. Ich nehme an, auch die Restaurationsbetriebe in Japan werden profitiert haben von diesem Austausch. Es hat sicher jemand ein bisschen gewonnen. Item. Ich glaube, an einem solch kleinen Standort wie Winterthur muss man sich konzentrieren auf die Verbindungen und die Ressourcen, die man hat. Ich weiss nicht, wie das historisch zustande kam mit Japan, aber irgendjemand musste einen Link gehabt haben mit Japan. Dann bewirtschaftet man diesen. Als kleiner Standort kann man nicht sagen: So, jetzt machen wir irgendwie eine Verbindung zu Russland – wenn man nicht jemanden hat, der dort schon eine persönliche Connection hat, um dort erst einmal hineinzukommen. Und sich dann noch weiter zu verzetteln bei einer solchen Grösse, wie wir sie haben, das ist ein bisschen gefährlich.

In diesem Sinne, bei aller Skepsis gegenüber Standortförderung, wünschen wir viel Glück.

F. Künzler: Ich haue in die gleiche Kerbe. Das Standortmarketing erweitern auf BRICS Staaten – ich habe das als «Wahlkampf-Nachwehen» markiert. Der ehemalige Delegierte des Gemeinderats im Vorstand der Standortförderung, Stefan Fehr, stellt Fragen an den Stadtrat, die eigentlich eben da, also im Vorstand der Standortförderung respektive im «House of Winterthur» zu diskutieren wären. Es ist ja nicht die Aufgabe des Gemeinderats, ins Tagesgeschäft von «House of Winterthur» reinzupfuschen. Die BRICS Staaten gehören ja nicht unbedingt zur Kern-Kompetenz des Gemeinderats. Man kann also annehmen, dass zur Zeit des Entwurfs der Interpellation die BRICS Staaten gerade in Mode oder in den Medien waren. Man könnte aber genauso gut nach dem Engagement von «House of Winterthur» z.B. in den USA, Skandinavien oder Kanada fragen.

Winterthur ist nicht gerade der Nabel der Welt, David hat das auch schon gesagt – auch wenn man das natürlich gerne hätte auf der rechten Ratsseite. Darum kann man sich natürlich auch fragen, was das Engagement in Japan nachhaltig betrachtet genau bringt. DMG Mori, vom Stadtrat als grosser Erfolg dargestellt, hat sich bekanntlich bereits wieder verabschiedet.

Damals 2013, als ich mit Init7 nach Winterthur kam, beschränkte sich der Support der Standortförderung auf einen vierteljährlichen Versand eines Immobilien-Bulletins. Und das war im Wesentlichen ein Ausdruck von Homegate. Ausserdem bekomme ich ab und an Einladungen zu einem Apéro, wobei ich nicht sicher bin, ob diese Einladungen als lokal ansässiger Unter-

nehmer erhalte, oder vielleicht doch eher als Gemeinderat. Es ist ja so, dass «House of Winterthur» uns Parlamentarier ab und an ein bisschen bei Laune behalten soll, denn wir sind ja einer der wichtigen Geldgeber. Und umgekehrt vermutlich auch: Dank dieser Interpellation reden wir ja wieder mal über das «House of Winterthur».

Th. Wolf (SVP): Die SVP-Fraktion hat diesen Bericht behandelt und wir haben festgestellt, dass die Aussagen für uns (für das Engagement in Japan) nachvollziehbar sind. Die Überlegungen der Vorredner zu den BRICS Staaten teilen wir. Russland, Brasilien, Südafrika – denen geht es wirklich nicht gut, dort müssen wir sicher nicht etwas machen. Wir sind gespannt auf die Resultate der Überprüfung des Engagements auf dem deutschen Markt. Ich habe in meinem Geschäft auch keine zusätzlichen Japaner bekommen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und danken dem Stadtrat für die Beantwortung.

S. Gygax (GLP): Auch wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Wir nehmen die Antwort zwar positiv, aber auch sehr kritisch zur Kenntnis. Dass da die Standortförderung oder jetzt «House of Winterthur» ihren Fokus für die Standortförderungsstrategie auf Japan richten, kann grundsätzlich in Frage gestellt werden. Da dieser Fokus aber seit 2010 besteht und es eben doch eine gewisse Zeit braucht, bis sich Erfolge einstellen können, macht es im Moment keinen Sinn, diesen Fokus zu wechseln. Es gibt ein paar Punkte, die diesen Fokus auch legitimieren: Winterthur präsentiert sich als Technologiestadt, möchte auch Unternehmen aus diesem Bereich hier ansiedeln. Winterthur präsentiert sich als Kulturstadt und möchte deshalb auch Touristen nach Winterthur bringen.

Die bisherigen Erfolge der Ansiedlungsstrategie sind abgesehen von DMG Mori aber beschränkt. Und wie gesagt wurde, ist das auch schon bereits wieder Geschichte. Und es darf auch öffentlich hinterfragt werden, in welcher Form sich Winterthur als Japan als Stadt präsentiert.

Zum jetzigen Zeitpunkt verstehen wir aber die Gründe, weshalb man keine Ausweitung des Standortmarketing auf BRICS Staaten macht. Wir nehmen deshalb die Antwort positiv zur Kenntnis. Der gewählten Strategie stehen wir aber kritisch gegenüber.

St. Feer (FDP): Ich muss doch noch eine kurze Antwort geben auf Fredy Künzler. Du hast schon letztes Mal gesagt in der Ratssitzung: «House of Winterthur» ist eigentlich nicht das Thema dieser Debatte. Und die Debatte ist was? Bringt der Stadtrat als Strategie von sich aus das «House of Winterthur» hinein. Und was gibt er dem Parlament zur Antwort als grösster Geldgeber von «House of Winterthur»? Und als grösster Geldgeber darf man die Frage stellen und sollte Antworten bekommen.

Wenn ich an die Spardebatten denke, die wir hatten rund um den Kredit von «House of Winterthur», der dann auch von linker Seite zusätzlich gekürzt wurde, da ging es ja um die Leistungen und den Sinn von «House of Winterthur». Ich glaube, man muss halt schon wissen, was der Stadtrat genau will, um sagen zu können, ob der Kredit dem «House of Winterthur» dann reicht, um die Anforderungen zu decken.

Soweit noch eine kurze Replik, für mich ist das ein nicht ganz nachvollziehbares Votum.

Stadtpräsident M. Künzle: Besten Dank für diese Voten zu dieser Interpellationsantwort. Man hört auch da wieder kritische Worte gegenüber dem «House of Winterthur». Ich denke, wir hatten eine Volksabstimmung. Wir haben das «House of Winterthur» lanciert, um Standortförderung zu machen, um Wirtschaftsförderung zu machen und für den Winterthurer Tourismus zu sorgen. Ich hoffe auch, dass wir bei David und Thomas wieder mehr Japaner ins Lokal bringen können. Das ist letztendlich auch das Ziel.

Wenn man Wirtschaftsförderung macht, wenn man solche Netzwerke aufbaut, dann braucht das enorm viel Zeit. Das ist richtig gesagt worden. Es braucht Vertrauen, gerade mit Japan. Sie legen sehr grossen Wert darauf, man hat lange, bis man dort richtig hineinkommt. Es braucht das, und das läuft eigentlich in allen Ländern gleich: Es braucht Schlüsselpersonen, die «zwischen den zwei Kulturen zu Hause sind». Also Schweizer Unternehmer, die schon lange in Tokyo leben, die dort die entsprechenden Kreise kennen, mit denen wir dann wieder

Kontakte haben, mit denen wir Informationen austauschen können, dass wir Meldung erhalten, es sei eine japanische Delegation in Europa, die gerne etwas anschauen möchte, die sich für etwas interessiert. Auf dieser Basis sind wir mit Japan, wir haben immer wieder Kontakt mit Japan, auch mit der Schweizer Botschaft, die uns da sehr gut unterstützt.

Es ist nicht von ungefähr, dass wir Japan gewählt haben. Wir haben eine Tradition mit Japan. Wir haben als Stadt Winterthur schon im 19. Jahrhundert Handelsübereinkommen gehabt, wir haben dort schon Handel, auch mit Japan, geführt. Das ist wirklich in dieser Tradition.

Und man darf auch nicht losgelöst anschauen, was sonst noch alles läuft. Auch das wurde angetönt. Die GZA konzentriert sich v.a. auf die USA und auf China. Da müssen wir nicht auch noch gehen. Wir sind Mitglied der GZA, das deckt die GZA gut ab. Sondern wir haben einen Markt, der eine Tradition hat, in dem wir an einem Netzwerk arbeiten, bei dem wir den Austausch pflegen. Und ich hoffe weiterhin, dass wir dort solche Beispiele wie DMG Mori haben, die nach Winterthur kommen. Das hat geklappt. Dass es dann firmenintern Probleme gibt, andere Strukturen gibt – dafür konnten wir nichts. Es war aber nach wie vor eine schöne Geschichte, bei der wir sicher sagen dürfen: Wenn es dort die internen Machtkämpfe nicht gegeben hätte, dann wäre das heute noch eine Erfolgsgeschichte. Das läuft halt auch ab. Wenn man sich überlegen muss, welche Märkte man noch bewirtschaften soll: Das braucht einfach Leute. Wir sind jetzt gestartet mit «House of Winterthur», die legen sich wirklich mächtig ins Zeug.

Wir laden Euch selbstverständlich ein, weil Ihr der grösste Geldgeber seid – da ist aber auch nichts Anrühiges daran. Schaut herein, besucht unsere Veranstaltungen, schaut, was das «House of Winterthur» macht, was es in diesen wenigen Monaten bereits zustande gebracht hat. Wir werden bezüglich der Marke ja auch demnächst an die Öffentlichkeit gehen. Von daher ist es glaube ich gerechtfertigt, dass wir uns jetzt nicht um diese BRICS Staaten kümmern, weil wir sonst mehr Ressourcen brauchen würden, sondern mit den Ressourcen, die wir haben, die bestehenden Netzwerke pflegen. Und genau das, genau das machen wir.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit ist diese Interpellation betreffend Standortmarketing erweitern auf BRICS Staaten abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2017.42: Beantwortung der Interpellation U. Hofer (FDP) betr. One-Stop-Shop – Konzept und Funktionsweise

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 11, Interpellation «One-Stop-Shop – Konzept und Funktionsweise». Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Ich danke dem Stadtrat für die aufschlussreiche Beantwortung. Ich kann die ersten paar Antworten zu den Fragen 3 und 4 gut nachvollziehen. Ich verstehe, dass man mit beschränkten Ressourcen von 50% nicht eine wahnsinnige KMU-Anlauf- und Koordinationsstelle sein kann. Ich verstehe auch, wenn man IT-Projekte hat auf übergeordneter Ebene, dass man nicht Eigenes anstösst, das dann nicht kompatibel ist. Wir können anmerken, dass wir da bereit wären, Geld zu sprechen, wenn etwas Sinnvolles möglich ist.

Bei der Beantwortung zu den Fragen 1, 2 und 5 hätte ich mir noch ein bisschen mehr Fleisch am Knochen gewünscht. Ich teile die geäusserten Anliegen natürlich, es sind aber auch relativ viele unkonkrete Allgemeinplätze und vieles, so dünkt es mich zumindest, ist schlicht und einfach von den Fähigkeiten des Ansiedlungsmanagers abhängig. Mit anderen Worten: Das Instrument steht und fällt, so macht es den Anschein, primär mit dieser 50%-Stelle, man hat aber nicht allzu viel sonst an der Prozessorganisation oder der IT geändert.

Man könnte da meines Erachtens wirklich noch gerne 1-2 Schritte weitergehen und vielleicht auch gemeindeübergreifender zusammenarbeiten, um verbindliche Antworten und fristgerechte Antworten geben zu können. Auch eine minimale Unterstützung in IT- und Website-technischer Hinsicht wäre sehr wünschenswert.

Ein Test für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte: Wenn man auf die Homepage der Stadt Winterthur geht und dort versucht, den Ansiedlungsmanager zu suchen – wenn Sie das unter 3 Minuten schaffen, dann gebe ich einen Bonus. Eine Suchfunktion würde nützen.

Kurzum: Der Stadtrat führt aus, dass der Ansiedlungsmanager das Eingangstor ist. Das Eingangstor ist aktuell (nach meinem Wahrnehmen) noch ziemlich gut versteckt und scheint primär ein Bindeglied zum «House of Winterthur» zu sein.

Ich danke nochmals für die Beantwortung. Ich halte es nach wie vor für ein sinnvolles Instrument, aber ich glaube, man könnte noch optimieren und einen Zahn zulegen. Wir müssen einen Zahn zulegen, wenn wir wieder Arbeits- und nicht bloss eine Wohnstadt sein wollen.

F. Künzler (SP): Die Stadtverwaltung sagt «Ansiedlungsmanager», die FDP sagt «One Stop Shop». Ich hätte auch noch einen Vorschlag: «Mister SPOC», also «Single Point of Contact». Was ich damit sagen will: Die Antwort des Stadtrates sagt, dass alles schon bestens erledigt ist und die Interpellation einmal mehr die berühmten offenen Türen einrennt. Die Hintertür, wie wir von Urs gehört haben.

Wir wissen also jetzt, dass es einen 50%-Ansiedlungsmanager gibt. Daneben gibt es Neugründungsapéros, KMU-Apéros und gelegentlich einen Händedruck des Stadtpräsidenten, das nennt sich dann Pflege der Willkommenskultur. Der Gewerbe-Ombudsmann ist der Ansiedlungsmanager aber nicht, wenn also ein Gewerbler Ärger hat mit der Verwaltung, dann ist Fehlanzeige.

Wie auch immer: sechs Seiten Interpellationsantwort, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sechs Seiten mit vielen schönen Worten und Phrasen, aber wenig Substanz. Das liegt aber nicht nur an der Antwort, sondern auch an den gestellten Fragen.

T. Brütsch (SVP): Wenn man die Antworten des Stadtrates auf die Fragen des Kollegen Urs Hofer zu Aufgabenbereich und Kompetenzen des sogenannten Ansiedlungsmanagers liest, kommt mir persönlich ein bisschen die berühmte «eierlegende Wollmilchsau» in den Sinn. Der Ansiedlungsmanager soll (ich zitiere die Antwort auf Frage 2 der Interpellation) die Stadt Winterthur repräsentieren, er soll die Behördengänge von denjenigen, die sich in Winterthur ansiedeln wollen, administrativ entlasten und er soll die Amtsstellen von verschiedenen organisatorischen, koordinativen und kommunikativen Aufgaben entbinden. Last but not least soll er als persönlicher Ansprechpartner auch jederzeit erreichbar sein. Und das notabene in einer Teilzeitanstellung von 50%.

Dampft man das Ganze ein bisschen ein und berücksichtigt die verschiedenen bereits bestehenden Angebote in diesem Bereich und den Umstand, dass der Erstkontakt mittlerweile ja über das «House of Winterthur» stattfinden soll, so entsteht der Eindruck, dass sich die Aufgaben des Ansiedlungsmanagers in erster Linie auf Unterstützung von ansiedlungswilligen Unternehmen bei planungs- und baurelevanten Fragen reduziert respektive auf Fragen im Zusammenhang mit Baubewilligungsverfahren. Man fragt sich dann unweigerlich, ob die Amtswege in der Verwaltung derart verworren sind, dass man dazu quasi eine Begleitperson durch den Verwaltungsdschungel braucht. Oder ob es nicht mehr Sinn machen würde, wenn ein Unternehmen, das ein fachspezifisches Anliegen hat, sich einfach direkt mit der zuständigen Person in der Verwaltung austauscht.

Wenn schon, wäre der Ausbau der bisherigen elektronischen Dienstleistungen zu prüfen und eine Verbesserung des Angebotes auf der Online-Plattform der Stadt anzustreben, nachdem der Stadtrat ja bei jeder Gelegenheit betont, dass man Smart City sein will. Ich habe im Übrigen den 3-Minuten-Test von Urs Hofer auch nicht bestanden bei der Suche nach dem Ansiedlungsmanager.

Wir erwarten jedenfalls vom Stadtrat, dass er nach Ablauf der dreijährigen Befristung dieser Stelle und der offenbar geplanten Umwandlung in eine unbefristete Stelle ein bisschen konkreter wird in Bezug auf die Frage, warum es diese Stelle braucht und was man damit bisher bewirkt hat. Und dass er das auch ansatzweise empirisch belegen kann.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch wir danken dem Stadtrat für die Antwort. Sehr gut finde ich die Abgrenzung zwischen der Stadt und «House of Winterthur», die man gemacht hat. Da ist

doch endlich einmal klar dargestellt, wie die Kompetenzen verteilt sind. Ich habe das hier drinnen schon einige Male gesagt: Ich bin der Ansicht, dass Standortförderung halt schon primär eine kantonale Geschichte ist. Die Kompetenzen des Stadtrates sind begrenzt auf das Werbung machen und das macht er ja auch.

Gut. Kommen wir zum Thema One-Stop-Shop: Da muss ich Urs Hofer wirklich teilweise Recht geben. Ich ging im Internet auf die Suche. Wenn man da «One-Stop-Shop in Winterthur» eingibt, dann wird das zwar diverse Male erwähnt, dieser One-Stop-Shop, aber wirklich schlau wird man nicht. Meiner Ansicht nach – ich meine, es ist eine kantonale Geschichte – würde auch schon ein guter Link auf eine kantonale Seite reichen. Aber es ist natürlich auch so: Wenn man dort zu suchen anfängt, passiert genau das Gleiche. Es ist einfach immer wieder eine schöne Erklärung, was dieser One-Stop-Shop alles soll, aber die eigentliche Idee, dass man erfährt, was es braucht zu einer Unternehmensgründung, an welche Stellen man sich wenden muss, das ist wirklich nicht zu finden auf diesen Seiten.

S. Gygax (GLP): Auch wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Die Schaffung der Stelle eines Ansiedlungsmanagers erachten wir Grünliberalen als sehr sinnvoll. Unverständlich ist für uns aber, dass ein Hauptfokus von ihm darin liegen soll, Interessenten für städtisches Land zu finden. Der Ansiedlungsmanager soll eine Person sein, die Unternehmer persönlich bei der Abwicklung mit den verschiedensten Ämtern berät. Und da sehen wir es etwas anders als Tobias Brütsch: Manchmal braucht es einfach eine Kontaktperson, die einem durch den Ämterdschwengel hilft.

Er soll diese Unternehmen begleiten und die Kommunikation entsprechend bündeln. Er soll also wirklich das Tor (und zwar nicht das Hintertor, sondern das Haupteingangstor) für diese Interessenten zu der städtischen Verwaltung sein. Wünschenswert wäre unserer Ansicht nach auch eine Ausweitung zu einer Anlaufstelle für bereits ansässige Unternehmen.

Wie gesagt, wir finden es wichtig, dass Winterthur die Stelle eines Ansiedlungsmanagers geschaffen hat. Winterthur braucht mehr Arbeitsplätze und dafür muss die Stadt etwas tun. Der Ansiedlungsmanager ist ein wichtiger erster Ansatz. Dem Pflichtenheft dieses Ansiedlungsmanagers stimmen wir aber nicht in allen Punkten zu. Wir sind der Meinung, dass da auch noch Handlungsbedarf besteht. In dieser Stelle liegt sehr viel Potential drin, wir müssen das einfach richtig nutzen.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben in unserem Kursangebot bei der Stadtverwaltung auch Kurse für Internetanwendungen. Für alle diejenigen, die den 3-Minuten-Test nicht bestanden. Ich habe natürlich aufgrund Eurer Rückmeldungen selber schnell geschaut: Ich gebe sogar wortwörtlich «Ansiedlungsmanager Winterthur» ein und – zack! – bin ich genau auf dieser Seite, die es braucht: Mit der Beschreibung, was der macht, mit der Telefonnummer, wie man ihn erreichen kann. Das vielleicht als Tipp. Und wer dort noch Nachhilfeunterricht braucht, der kann sich bei uns bei den Kursen anmelden.

Ich gebe aber recht, dass wir mit Richard Tillmann, der der Ansiedlungsmanager ist (damit Ihr diesen Namen auch einmal gehört habt), wirklich auf einem Weg sind. Leider ist er nur noch bis Februar 2019 befristet. Und selbstverständlich werden wir bald im Stadtrat sein, wo wir über die Leistungen dieses Ansiedlungsmanagers diskutieren werden, aufzeigen, was er alles gemacht hat, was die Wirkung war. Er ist angesiedelt zwischen der Stadtverwaltung (bei der Stadtentwicklung) und dem «House of Winterthur», er deckt also genau diese Schnittstelle ab. Denn die Fragen, die hereinkommen, von Unternehmungen, die gerne ausbauen möchten in Winterthur oder die neu auf Winterthur kommen wollen, die gehen entweder bei der Stadtentwicklung ein (also in der Verwaltung), oder bei den Immobilien oder beim Amt für Städtebau, oder sie gehen beim «House of Winterthur» ein. Und dann wird es gebündelt, dann gibt man alles Richard Tillmann, damit er dort die nötigen Abklärungen machen kann. Und selbstverständlich vermittelt er nicht nur städtische Grundstücke, sondern er ist am Aufbauen des Netzwerkes, damit wir den Überblick haben - und wir haben schon einen ziemlich guten – welche Grundstücke, welche privaten Grundstücke zur Verfügung stehen, wo hat es überhaupt noch etwas. Das ist ein wichtiger Teil davon, er kümmert sich also nicht nur um die

städtischen Grundstücke. Aber dass man an einem solchen Pflichtenheft arbeiten und es justieren kann, damit bin ich einverstanden, das kann man machen.

Und dass man ihm noch mehr Ressourcen in die Hand gibt, wie eine elektronische Plattform, das kann ich auch nachvollziehen. Ich möchte aber auch betonen, dass wir dort bereits schon über das «House of Winterthur» eine Verbesserung umgesetzt haben.

Einen Zahn zulegen, das höre ich gern. Ob das nun der Ansiedlungsmanager ist oder Mister SPOC oder wie man dem auch immer sagt. Es braucht wirklich eine Willkommenskultur. Wir erhalten ja dann diese Rückmeldungen von diesen Unternehmen, die sich dann bei mir melden und finden, man hätte sie nicht so gut bedient. Aber mehrheitlich höre ich von den Unternehmen: Der Tillmann hat einen guten Job gemacht, er konnte uns Lösungen aufzeigen – aber es kommt aus den oder den Gründen für uns nicht in Frage oder eben: Danke vielmals, wir haben etwas gefunden. Wir erhalten diese Rückmeldungen, man ist zufrieden mit Richard Tillmann, und er macht einen guten Job. Er ist aber im Aufbau des Netzwerkes, das es dafür bei uns braucht.

Ich bin der Überzeugung: Es braucht einen Ansiedlungsmanager, es braucht jemanden, der diese Koordination macht in der Schnittstelle zwischen Stadtverwaltung und «House of Winterthur» - und ich bin der Meinung, dass es diesen auch weiterhin braucht.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit ist die Interpellation One-Stop-Shop abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2017.43: Beantwortung der Interpellation I. Kuster (CVP), M. Wenger (FDP) und M. Zehnder (GLP) betr. Digitalisierung und Industrie 4.0

Ratspräsidentin A. Steiner: Interpellation bezüglich Digitalisierung und Industrie 4.0, Iris Kuster.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er die Digitalisierung in erster Linie als Chance für Winterthur sieht und nicht als Bedrohung. Wir hätten uns allerdings schon etwas konkretere Massnahmen gewünscht.

Wir fordern das «House of Winterthur» und den Stadtrat auf, in Zusammenarbeit mit den ansässigen Schulen, den Unternehmen und Verbänden einen Aktionsplan für die nächsten Jahre auszuarbeiten, wie neue Unternehmen im Bereich IT, Industrie 4.0 in Winterthur angesiedelt werden können bzw. wie Winterthurer Firmen, vor allem KMU's, in der Digitalisierungsstrategie unterstützt werden können.

Wir stellen uns vor, dass das «House of Winterthur» bei seinen Auftritten im In- und Ausland (auch in Japan) bewusst Firmen und Märkte anspricht, die im Bereich Industrie 4.0 und Digitalisierung einen Beitrag zur weiteren Entwicklung des Technologiestandortes Winterthur beitragen können.

Uns fehlt eine Strategie des Stadtrates im Bereich Digitalisierung und E-Government. Einzelne Massnahmen wie das E-Steuerkonto sind sicher lobenswert, aber doch Insellösungen. Die CVP/EDU Winterthur will ein elektronisches Bürgerportal. Wir wollen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur ihre gesamte Kommunikation mit der städtischen Verwaltung über ein solches Portal abwickeln können. Ein solches Portal sollte nicht nur Zugang zum Steuerkonto geben, sondern auch die Stadtwerke, die wir heute auch als Insellösung beilligt haben, müssten eingebunden sein, es beinhaltet auch den Zugang zu den Bibliotheken und selbstverständlich erfolgt auch die Kommunikation zwischen Eltern und Schule über ein solches Portal.

Die CVP/EDU hat erhebliche Zweifel, ob sich mit der bestehenden Organisation der Stadtverwaltung ein solches Bürgerportal realisieren lässt. Neue Technologien und Abläufe brauchen auch neue Strukturen und Abläufe. Das Argument, wegen Balance und Effort14+ habe man keine finanziellen Möglichkeiten neue Projekte anzugehen, ist ein Killerargument, mit dem je-

der Fortschritt verhindert werden kann. Wir fordern den Stadtrat auf, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten (Anfänge zeichnen sich zum Glück ab, erste Zeichen sind erkennbar) und aufzuzeigen, wie dies mit vorhandenen Ressourcen (inkl. den heute bewilligten) realisiert werden kann oder falls unbedingt notwendig: In welchem Umfang allenfalls zusätzliche Mittel benötigt werden.

M Wenger (FDP): Die FDP dankt für die Beantwortung der Digitalisierung und Industrie 4.0. Schnelligkeit ist nicht alles, aber ohne Schnelligkeit ist alles nichts. Die Winterthurer Stadt, der Gemeinderat und das Volk haben mit dem vorausschauenden Ausbau in das Glasfasernetz eine starke und schnelle Basis gelegt. Auch die Vernetzung mit ZHAW, Technopark, Handelskammer und Wirtschaft ist gut aufgegleist, der Austausch wird aktiv gefördert. Die Chancen für die Stadt und die Region Winterthur, zu einer Smart City zu werden, sind erkannt worden.

Umgekehrt scheint die Stadtverwaltung selber nicht ganz bereit zu sein. Natürlich gibt es auch Gefahren und Risiken. Gemäss Interpellationsantwort geht kein Steuerungsausschuss das Thema Digitalisierung systematisch an. Die Auswirkungen auf die Mitarbeitenden und auf Prozesse werden offensichtlich unterschätzt. Die Arbeitswelt für unsere administrativen Mitarbeitenden wird sich sehr schnell und massiv verändern. Es wird in Zukunft mit Sicherheit weniger administrativ tätige Mitarbeitende brauchen und die bestehenden Mitarbeiter müssen mit Aus- und Weiterbildungen befähigt werden, auf die neuen Herausforderungen zugehen zu können und sie zu packen, dass auch für sie die Digitalisierung zu einer Chance wird. Die FDP nimmt die Interpellation zustimmend zur Kenntnis, freut sich auf Smart City Winterthur und auf eine smarte Stadtverwaltung.

M. Zehnder (GLP): Die grünliberale Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates ebenfalls positiv zur Kenntnis. Wir erkennen, dass das Thema Industrie 4.0 und auch das Thema Smart City bei der Verwaltung angekommen ist und dass die Vernetzung der verschiedensten Akteure wie ZHAW, Swissmem und msw in diesem Bereich vorangetrieben wird. Wie der Stadtrat schreibt, kommt dem «House of Winterthur» eine wichtige Rolle als Bindeglied zu. Es ist tatsächlich aber auch so, dass wie Markus Wenger gerade ausgeführt hat, gewisse Akteure vielleicht ein bisschen langsam dran sind und nicht so schnell vorwärts machen, wie wir uns das wünschen. Wir finden es wichtig, dass im Bereich Verwaltung die Informationen aus der ganzen Industrie 4.0-Technologie breit gestreut werden, dass auch Stadtgrün, Einkauf und Logistik oder IDW von dieser Technologie Kenntnis bekommen.

Ähnlich wie schon gesagt wurde, haben wir zur Frage 5 noch unsere Bedenken. Da steht: «Welche Projekte plant der Stadtrat?» Die Antwort des Stadtrates ist sehr zurückhaltend und er verweist dort auf die Sparprogramme, bringt diese als Entschuldigung, dass er gewisse Sachen nicht ausführen konnte. Aber gerade wegen den Sparprogrammen hätte der Stadtrat eigentlich schon lange mit dem Projekt vorwärts machen sollen, denn sie führen zu effizienteren und digitalisierten Arbeitsabläufen. Der Stadtrat kann sich nicht immer hinter der Ausrede verstecken, dass wegen Sparprogrammen kein Geld dagewesen sei, denn er hätte Geld und auch Personal sparen können, wenn er die Projekte schnell umgesetzt hätte.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrates trotzdem positiv zur Kenntnis.

D. Oswald (SVP): Es ist eine sehr interessante Antwort, die wir da vom Stadtrat haben. Auch eine sehr interessante andere Frage hat es in dieser Interpellation drin. Es ist auch interessant, Dir zuzuhören. Das ist beim digitalen 1.0-Thema typisch: Wenn man über das spricht, hat jeder ein anderes Bild im Kopf und schlussendlich meint man, man meine das Gleiche, aber man meint nicht wirklich immer das Gleiche.

Ich möchte da auch festhalten: Schliesslich und endlich ist die Digitalisierung Industrie 4.0 eine Marketing-Aktion der Firma SAP aus Walldorf und nichts anderes. Ich bin einfach schon ein bisschen erstaunt, wie Regierungen von der Schweiz und auch der Bundesrepublik Deutschland einfach diesem Marketingbegriff nachrennen. Digitalisierung ist nichts Neues. Seit ich meine Lehre als Maschinenmechaniker machte anfangs 80er Jahre, ist das ein Thema, und ich arbeite schon über 30 Jahre in diesem Thema drin. Projekte, die man früher

unter einem anderen Begriff gemacht hat, macht man heute unter dem Begriff «Digitalisierung», es ist schlichtweg alter Wein in neuen Schläuchen. Konkret ist es aber sicher so, dass niemand in Abrede stellen kann und will, dass die Technologie selber langfristig Auswirkungen hat auf unser tägliches Leben, privat und im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung und ein Technologiewandel stattfindet. Dann könnte man so Sachen wie 3D-Druck usw. machen, dann wäre man wirklich bei Smart City. Die Idee von Smart City ist ja, dass wir weniger Energie verbrauchen und trotzdem die Lebensqualität halten können. Wir fertigen Teile nicht mehr in China und schicken sie in der Welt herum, sondern man macht digitale Modelle und schickt das rundherum und druckt das Teil vor Ort dort, wo man es braucht. Ich kenne Unternehmen, wo sehr viel Zug drin ist, die schon so Teile herstellen.

Wenn man konkret auf die Stadt kommt, gibt es zwei Dinge, die wir da anschauen müssen: Einerseits die Standortförderung (das Thema: Was machen wir für Unternehmer?) und da bin ich einfach auch der Meinung, es macht keinen Sinn, wenn wir ganz spezifisch ganz spezielle Aktionen machen. Es ist Aufgabe der Stadt und des Kantons und auch der Schweiz, gute Rahmenbedingungen zu schaffen - und das für alle Unternehmen. Da muss ich nicht spezifisch auf IT oder was weiss ich schauen. Klar, wenn zwei Firmen kommen und Land kaufen wollen (sofern sie überhaupt noch Land kaufen können), und vielleicht ist ein Unternehmen aus einer Branche, die eher am Abklingen ist, und das andere ist vielleicht aus einer Branche, die Zukunft hat – ja, dann ist wohl auch klar, wie wir uns entscheiden. Aber das ist dann ein konkreter Fall. Also, gute Rahmenbedingungen: Dazu sagen wir von der SVP ganz klar, dass da Landverkauf dazugehört. Die Stadt kann Land verkaufen und muss Land verkaufen. Es gehört ein tiefer Steuereffuss dazu, wesentlich tiefer, als er jetzt ist. Es muss sichergestellt sein, dass sie kein Technologieverbot haben. Und – jetzt mache ich die Überleitung schlussendlich zur Stadtverwaltung selber (wir hatten ja vorhin schon ein anschauliches Beispiel beim Geschäft, das wir diskutiert haben) – eine service-orientierte Verwaltung. Und dort stellt sich ja dann die Frage, was die IT und die Digitalisierung innerhalb der Stadtverwaltung selber beitragen zur Vereinfachung, zur Effizienzsteigerung.

Grundsätzlich müssen wir uns auch bewusst sein: Informatik-Struktur erfolgt aufgrund der Strategie, also sinnvoller Einsatz von Informatikhilfsmitteln innerhalb der Stadtverwaltung muss auf einer service-orientierten Stadtverwaltung basieren. Ich denke da, einen ersten Schritt haben wir z.B. mit dem elektronischen Baugesuch. Auch dort hat man jahrelang darüber gebrütet und hat dann schlussendlich die ersten hochfliegenden Projektideen, für die man viel Geld ausgegeben hat, gestoppt und ging zu einer pragmatischen Lösung über. Dann hat es relativ schnell funktioniert. Ich erlebe das immer wieder: Das ist nicht eine Frage der öffentlichen Hand, sondern das trifft man auch bei privaten Firmen an. Wenn die Leute eine Problemstellung erhalten, die sie lösen müssen – bevor sie überhaupt wissen, was sie lösen müssen, ruft man zuerst einmal nach einem Computersystem. Dann kommt es meistens nicht gut, weil man dann nämlich nicht weiss, was man braucht. Ich möchte da auch noch erwähnen: Wir müssen auch effiziente, service-orientierte Abläufe haben, bevor wir Industrie 4.0 oder Digitalisierung einsetzen, denn wer Ineffizienz automatisiert, der potenziert die Ineffizienz und wird nicht schneller und effizienter.

Ich bin froh, dass der Stadtrat da pragmatisch hinget und man nicht einfach jedem Marketingbegriff der Informatik-Industrie nachrennt. Schliesslich ist es auch eine Frage von Abhängigkeit zu grossen Software-Häusern, wo wir auch darauf achten müssen, dass wir da nicht in eine blöde Situation kommen. Also, wir müssen nicht nervös werden, ruhig Blut. Die Digitalisierung hat es schon immer gegeben, sie wird auch weiterschreiten, und wenn wir für gute Rahmenbedingungen schauen für unsere Unternehmen (im Dezember können wir den Steuereffuss wieder senken), dann haben wir schon einen ersten Schritt gemacht.

F. Künzler (SP): Digitalisierung und Industrie 4.0. Daniel sagte dem Marketing, ich sage dem Buzzword-Bingo. Kennen Sie Buzzword-Bingo? Jedes Mal, wenn jemand ein trendiger Begriff sagt, dann dürfen Sie «Bingo!» rufen. Etwa so liest sich diese Interpellation und die zugehörige Antwort. Nach den Wahlkampf-Befeuerungs-Interpellationen der Freisinnigen haben wir jetzt noch eine Interpellation mit identischem Zweck der CVP. «Digitalisierung» - Bingo! - und

«Industrie 4.0» - Bingo! Das tönt alles super, die Fragen dazu sind aber einigermassen bescheiden. Nehmen Sie als Beispiel die erste Frage: «Wie schätzt der Stadtrat Chancen und Risiken der Digitalisierung und Industrie 4.0 für den Standort Winterthur ein?» Die adäquate Antwort wäre: «Nicht anders als für alle anderen Standorte.» Der Stadtrat hingegen macht eine Aufzählung aller Aktivitäten und Institutionen, die auch nur im Entferntesten den Stallgeruch «digital» haben und macht die Tour d'Horizon von Smart City über eGovernment bis zur ZHAW. Ich weiss nicht, ob die Interpellantin diese Aufzählung bezwecken wollte, oder ob es nicht viel mehr einfach der gescheiterte Versuch war, sich vor den Wahlen als «digital-affin» darzustellen.

Interessanterweise sind die Interpellantin und die beiden Miteinreicher die gleichen, die sich gegen neue Massnahmen zur Informationssicherheit gestellt haben: Die CVP, die FDP und die GLP haben unlängst gegen meine Motion für mehr Cyber-Sicherheit gestimmt.

Rat: Bingo!

F. Künzler (SP): Nach der Wahl ist bekanntlich vor der Wahl, und darum möchte ich hier mal festhalten, dass sich Schriftliche Anfragen viel besser timen lassen würden als Interpellationen. Sie haben z.B. auch den Vorteil, dass man keine fruchtlosen Debatten im Parlament führen muss, ganz im Sinne des effizienten Ratsbetriebs.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Meiner Ansicht nach sprechen wir ja von der zweiten Phase der Digitalisierung. Es ist nicht ein spezielles Winterthurer Thema, es betrifft den Kanton und andere Gemeinwesen und v.a. auch die Privatwirtschaft. Bezüglich Winterthur ist sicher zu berücksichtigen, dass die Stadt mit dem Glasfasernetz eine Infrastruktur zur Verfügung stellt. Wenn es um die Stadt im engeren Sinn geht, lautet das Stichwort Smart City und dort weist der Stadtrat zu Recht darauf hin, dass es zwei Probleme gibt: Datenschutz und eben die Kosten. Fredy Künzler hat es vorhin erwähnt, die müsste man dann jeweils auch sprechen. Kritisch beurteile ich die Ausführungen zur Produktionsflexibilität, welche durch Auftragschwankungen ausgelöst werden soll. Das wird kaum zu flexibleren Arbeitszeiten führen, die Arbeit und Freizeit besser in Einklang bringen werden. Ich gehe vielmehr davon aus, dass die Arbeitgeber bestimmen, wer wann arbeiten soll und dass sich die Freizeit nach den Bedürfnissen der Arbeitgeber zu richten hat. Das kann im Einzelfall Vorteile haben, aber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder einem Nebenjob wie Politik setzen halt doch voraus, dass klar sein muss, welches Zeitfenster der Arbeitgeber beansprucht und welches er einem genau offen lässt für andere Tätigkeiten.

Zusammenfassend: Wir sind zufrieden mit der Antwort. Die angetönten ökologischen Aspekte sind uns sicher zu wenig ausgeführt worden.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich denke, die Interpellation ist nicht eine fruchtlose Debatte, die wir hier drinnen führen. Ich meine, es ist momentan der Titel, bei dem sich eigentlich jede Stadt in der Schweiz, die etwas auf sich hält, überlegt, wie sie mit diesem Begriff umgehen möchte. Smart City ist nichts anderes als eine moderne Stadt. Es ist eine innovative, eine fortschrittliche, eine gut vernetzte Stadt, in der der Mensch und die Umwelt im Zentrum steht. Eine Stadt mit einer hohen Lebensqualität und einem geschickten Einsatz der Ressourcen. Und das ist doch genau das, wo wir als Winterthurer uns weiter entwickeln möchten. Genau in diese Richtung. Und es geht darum, wie wir mit Chancen umgehen. Ich finde das einen schönen Obertitel, Smart City, es geht nämlich um Chancennutzung. Chancen, bei denen uns moderne Technologien, moderne Erfindungen, eine Chance bieten, dass wir weiterhin eine moderne Stadt sind und uns weiterhin gut entwickeln. Und dort gehört auch der Bezug zu der Bevölkerung dazu.

Ich teile die Meinung, dass wir irgendwann einmal wirklich alle Dienste, die wir haben, auch digital anbieten können sollen, dass man das alles von Zuhause aus machen kann. Ich plädiere aber nicht im gleichen Atemzug, dass man alle Schalter schliesst. Ich möchte das auch noch gleich erwähnt haben. Es hat eine Generation, die noch nicht mit diesen Mitteln aufgewachsen ist. Und da wird sich dann die nächste Generation einmal überlegen müssen, ob sie

beide Wege fahren wollen. Aber jetzt würde ich davon abraten, jetzt müssen wir das andere entwickeln, damit wenigstens die Möglichkeit besteht.

Der Stadtrat (und da bin ich jetzt einigermaßen erschüttert) hat eine Smart City-Strategie verabschiedet. Und der Stadtrat hat bereits erste fünf Projekte verabschiedet mit den 200'000, die vom Gemeinderat kamen. Und wenn man hier drinnen erzählt, man hätte keine Ahnung und man müsse das noch an die Hand nehmen, dann ist das eigentlich ein Armutszeugnis. Und ich bitte Euch, unsere Medienmitteilungen jeweils zu lesen. Wir haben fünf Projekte auf den Weg geschickt, bei denen wir sagten, das sehen wir jetzt. Für die wie gesagt 200'000 Fr. aus dem Rat gekommen sind. Herzlichen Dank. Ich hoffe schon, dass wir (auch mit diesen Projekten) uns Schritt für Schritt weiterentwickeln können.

Und natürlich, wir brauchen dort noch mehr Mittel, wir brauchen noch weitere Mittel, wenn wir weiterhin Schritt halten wollen mit dieser Entwicklung. Und das hat der Stadtrat definiert, er hat eine Strategie dazu und er hat Projekte definiert. Und er wird in jedem Jahr wieder Projekte definieren, mit denen wir diese schrittweise Vorgehensweise machen können – mit den Ressourcen, die wir haben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Bingo. Wir haben die nächste Interpellation abgeschrieben.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2017.44: Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Bilden, Wohnen und Arbeiten in Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 13. Ich schlage vor, wir machen das noch vor der Pause. Stefan Feer.

St. Feer (FDP): Traktandum 13 «Bilden, Wohnen und Arbeiten in Winterthur» ist eine 7seitige Antwort des Stadtrates. Ich möchte da Fredy Künzlers Kritik, falls er sie bringen wollte, vorwegnehmen. Meine Antwort wird nicht entsprechend 7 Seiten lang sein, weil die Antwort des Stadtrates eigentlich nicht viel Substanz enthält. Am Schluss ist mir spontan ein Satz in den Sinn gekommen: Where is the beef?

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt dazu wie folgt Stellung: Im Zentrum der Interpellation steht die Frage einer ausbalancierten Politik bezüglich Bilden, Wohnen und Arbeiten. Dort gibt es noch verschiedene andere Komponenten, die man hineinnehmen kann, aber das sind die drei Hauptpfeiler. Und unter Wohnen sind ja dann auch Freizeit und ähnliche Themen zu verstehen. Auf die Idee von dieser ausbalancierten Politik findet man aber in dieser 7seitigen Antwort des Stadtrates keine befriedigende Antwort. Das Wort «ausbalanciert» sagt es eigentlich: Man ist immer in der Grundrichtung der Politik, wenn man das eine fördert. Auf eine Aktion muss irgendwo eine Reaktion kommen und die Idee wäre eigentlich gewesen zu wissen, wie der Stadtrat langfristig in seinen Modellen mit diesen verschiedenen Themen und der gegenseitigen Beeinflussung umgeht. Und für das braucht es meiner Meinung nach nicht 7 Seiten, für das kann man relativ knappe Formulierungen benutzen. Dies soweit zur Einleitung, in der für mich sehr viel geschrieben, aber nicht allzu viel gesagt wird, was ich sehr bedaure.

Zur Frage 1 und 2 haben wir von der FDP-Fraktion keine Ergänzung. Es ist auch für uns klar, dass neben Wohnen, Bilden und Arbeiten schlussendlich auch weitere Themen in diese Strategie einfließen müssen.

Frage 3, quantitative und qualitative Ziele: Der Stadtrat verweist in seiner Antwort auf seine 12-Jahres-Strategie und verpasst leider die Gelegenheit, mit quantitativen Angaben den Informationsgehalt seiner Antwort zu erhöhen. Er betont bewusst, dass er keine Quantifizierung macht seiner 12-Jahres-Strategie, was für uns nicht ganz nachvollziehbar ist, denn nur wenn quantifizierbare Ziele vorhanden sind, kann man auch eine richtige Strategie entwickeln und diese Strategie kann man dann auch entsprechend messen.

Die Frage 4 basiert auf der Frage 3. Wenn man die quantifizierbaren Ziele hätte und daraus die Strategien beurteilen könnte... Da man diese Ziele nicht hat, kann man auch diese Frage nicht beurteilen. Es ist auch in der Flughöhe höchst unterschiedlich, je nach Thema ist man sehr weit oben und dann plötzlich bei gewissen Themen dann in der Tiefe. Es gibt dort gewisse Unterschiede, was es schwierig macht, das in einen gesamten Kontext zu stellen. Dann vielleicht noch ein Anliegen, das ich habe bezüglich Bildungsstadt Winterthur: Zwischen den Zeilen kann man beim Stadtrat immer wieder einmal lesen, dass man das Opfer ist der Entscheide in Zürich. Das kann ja sein, dass das grundsätzlich auch von Zürich aus so gesehen wird, aber ich fordere doch dazu auf, zu lobbyieren für die Bildungsstadt Winterthur, und zwar bei der ZHAW, die massiv zur Entwicklung dieser Stadt beigetragen hat, sie hat diese Stadt massiv verjüngt und das tut Winterthur heute gut und wird auch in Zukunft gut tun. Ich denke, lobbyieren ist klar Chefsache. Das ist auch nicht etwas von «House of Winterthur», sondern das gehört ganz klar zum Chef.

Zu Frage 5, zu bestehenden und zukünftigen Plattformen: Die Beantwortung nehmen wir zustimmend zur Kenntnis. Die grosse Anzahl von Plattformen ist beeindruckend, auf denen sich der Stadtrat und auch andere heute bewegen. Da einfach noch der Hinweis: Informelle Kanäle können manchmal mehr bringen als offizielle Plattformen.

Frage 6: Wo ist der Handlungsbedarf? Der Stadtrat nimmt das vorweg, darüber könnte man Stunden wenn nicht Tage diskutieren. Ich möchte da nicht weiter darauf eingehen, ich denke, die Reihenfolge, die der Stadtrat gewählt hat, ist nachvollziehbar.

Das Fazit der Antwort: Sie ist z.T. sehr schwierig zu fassen, langfädig teilweise, in der Flughöhe sehr heterogen, deshalb kann man da entsprechend nicht wirklich ein Gesamtbild daraus ablesen. Wir nehmen die Antwort kritisch zur Kenntnis.

A. Geering (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion nehmen die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Aufgrund der knurrenden Mägen gehe ich nur auf die Beantwortung der Frage 6 ein. Der Stadtrat schreibt dort, dass für die Standortentwicklung Infrastrukturvorhaben in verschiedenen Bereichen von zentraler Bedeutung seien. Bei der Verkehrsinfrastruktur zählt er dann als drei Beispiele die Querung Grüze, das Betriebs- und Gestaltungskonzept Technikumstrasse oder die geplante Erschliessungsstrasse in Neuhegi auf. Die CVP/EDU-Fraktion teilt die Sicht, dass diese Infrastrukturvorhaben und weitere für die Stadtentwicklung wichtig sind.

Wenn wir auf die drei Beispiele noch kurz den Fokus legen, weil ja diese vom Stadtrat erwähnt werden, dann kann man sagen, bei der Querung Grüze sind wir so weit, dass wir im Jahr 2014 bereits einen Projektierungskredit bewilligt haben und gemäss städtischer Webseite soll der Baukredit in diesem Jahr zur Genehmigung vorliegen. Das ist Stand August, also letzte Ratssitzung, als ich das nachgeschaut habe.

Das Betriebs- und Gestaltungskonzept Technikumstrasse: Dort haben wir den Projektierungskredit im Gemeinderat vom 16. April 2018 bewilligt. Die Projektierung müsste somit nun am Laufen sein.

Aber wie steht es bei der Erschliessung Neuhegi, das ja auch ein wichtiges Infrastrukturprojekt sei? Dort ist die Planung offensichtlich noch nicht so weit fortgeschritten. Der Kantonsrat hat den Richtplaneintrag im August 2017 da in Winterthur gemacht. Nun ist es wichtig, dass der Projektierungskredit tatsächlich im kommenden Jahr zu uns in den Gemeinderat kommt. Wieso im kommenden Jahr? Der vormalige Bauvorsteher Josef Lisibach hat das noch in Aussicht gestellt. In der Fragestunde vom 19. März 2018 hat er auf meine Frage hin versichert oder in Aussicht gestellt, dass im nächsten Jahr ein solcher Projektierungskredit zu uns in den Gemeinderat kommen soll. In dem Sinn hoffe ich, dass das immer noch gilt, auch jetzt im Baudepartement, dass wir das nächste Jahr diesen Projektierungskredit erhalten und wir hoffen und erwarten auch, dass der Stadtrat auch auf nationaler Ebene lobbyiert, dass dieses Projekt, die Erschliessung Neuhegi, auch im Agglomerationsprogramm Priorität behält oder bekommt, die dazu führt, dass wir noch erleben können, dass die Erschliessung von Neuhegi gebaut wird.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich mache es noch kürzer: Bilden, Wohnen, Arbeiten – der nächste Wahlkampfzettel der FDP. Das gibt dem Stadtrat die Gelegenheit, wieder einmal zu erwähnen, was er alles unternimmt für die Wirtschaftsförderung. Es ist ja gut so, dass er diese Gelegenheit wahrnimmt. Wir sind selbstverständlich nicht überall und in allen Details gleicher Ansicht, das ist auch keine revolutionäre Erkenntnis. Ich wünsche allen guten Appetit.

R. Keller (SP): Ui, jetzt hat es ein bisschen Druck auf mir. Ich kann mich weitgehend Christian Griesser anschliessen. Wir danken dem Stadtrat für diese Antwort. Es ist halt auch ein bisschen eine komplexe, weite Fragenstellung und der Stadtrat beantwortet diese sehr ausführlich und man erfährt wirklich nicht wahnsinnig viel Neues in dieser Antwort. Aber, wie gesagt, es ist eine Gelegenheit, um ein bisschen zu schauen, was da allgemein gemacht wird und was für strategische Überlegungen der Stadtrat in den Bereichen hat, die erwähnt wurden. Wir haben z.B. erfreut zur Kenntnis genommen, dass man dem Thema Nachhaltigkeit und Umwelt doch ein hohes Gewicht bei allen diesen Bereichen beimisst. Was er sagt zur Wohnpolitik, ist nicht mehr ganz aktuell. Da hat es ja eine neue Wohnpolitik, zu der wir uns auch schon kritisch geäußert haben, und wir sind gespannt darauf, was die räumliche Entwicklungsperspektive 2040, die der Stadtrat in Auftrag gegeben hat, ergeben wird und was das dann genau heisst. Zur gegebenen Zeit dürfen wir diese dann anschauen. Ich nehme an, das ist ein bisschen vor 2040. Aber das wird uns dann vielleicht auch ein bisschen konkretere Hinweise geben, an was der Stadtrat denkt.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich denke, vielleicht ist der Begriff «Ausbalancieren», den die Initianten gebraucht haben, nicht ganz das richtige Wort. Natürlich sind Bilden, Wohnen, Arbeiten wichtige Begriffe, aber der Stadtrat sagte in seinen Strategien ganz klar, dass er v.a. auf das Arbeiten und v.a. auf das Bilden geht. Und da kann ich Ihnen sagen, da läuft einiges in unserer Stadt. Wir sind Kultur- und Bildungsstadt, wir arbeiten tagtäglich daran, mehr Arbeitsplätze nach Winterthur zu bringen, und ich denke nach wie vor, die richtige Stossrichtung. Wenn es ein unterschwelliger Vorwurf hätte sein sollen, dass das Lobbyieren Chefsache sei und man allenfalls der Meinung ist, das sei zu wenig, dann kann ich Ihnen nur sagen, was so in meinem Tagesablauf ist: Dauernde Treffen mit Bundesräten, mit Regierungsräten, mit Nationalräten, mit Ständeräten, mit der kantonalen Verwaltung, mit der Bundesverwaltung... Ein sehr wichtiger Teil, und das ist Chefsache, ist das Lobbyieren für die Interessen unserer Stadt. Und das machen wir im Stadtrat tagtäglich, das ist unser tägliches Brot, dass wir uns für unsere Stadt einsetzen - und das intensiv. Ich denke, wie gesagt, dass man das Ausbalancieren soll und alles auf ein gleiches Niveau stellen sollte, davon würde ich abraten. Dass wir uns allen drei Themen annehmen: Jawohl, das machen wir heute schon. Mehr möchte ich eigentlich nicht sagen. Die Erkenntnis von mir vom heutigen Abend, über diese Interpellationsantwort hinaus, ist: Wir werden sicherlich im DKD weniger schreiben, dafür umso präziser.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann wünsche ich allen «Guten Appetit».

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse herzlich zur Abendsitzung. Die meisten haben wahrscheinlich gemerkt, dass die Uhr etwas vorgeht. Von daher gesehen fangen wir jetzt pünktlich an und haben vorher auch ziemlich pünktlich aufgehört. Ich muss noch zusätzlich jemanden entschuldigen: Lea Jacot fühlte sich nicht wohl und ging deshalb nach Hause. Sie ist für diese Sitzung nicht da. Wir haben jemanden hier, der an der ersten Sitzung nicht hier war: Chantal Leupi. Chantal, ich bin sehr froh, kannst Du überhaupt hier sitzen. Es war ein grosser Unfall und es ist sehr

schön, dass Du wieder wenigstens so hier sein kannst. Du verlässt uns allerdings aus dem Gemeinderat und ich möchte kurz erwähnen, was Du alles gemacht hast in diesen doch 7 Jahren, die Du da im Rat bist.

Du kamst am 17. Mai 2011 in den Rat und warst bis Dezember 2012 Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur. Vom 10. Dezember 2012 – 21. März 2016 warst Du Mitglied der Aufsichtskommission. Dann bist Du am 11. Mai 2015 in die Ratsleitung gewählt worden und hast dann im ersten Jahr als Vizepräsidentin des Gemeinderates geamtet. Und vom 9. Mai 2016 – 8. Mai 2017 hast Du diesen Rat präsiert. Vom 14. Mai 2017 bis heute warst Du wieder Mitglied in der Aufsichtskommission.

Chantal, ich wünsche Dir von Herzen alles Gute, viel Gesundheit, dass alles wieder sauber zusammenwächst und Du wieder herumspringen kannst wie ein junges Rehlein. (*Applaus*).

Fraktionserklärung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben nochmals eine Fraktionserklärung: Franco Albanese.

F. Albanese (SVP): Die SVP-Fraktion gibt aufgrund des heute Morgen per Mail kommunizierten Rückzugs und der daraus resultierenden diskussionslosen Abschreibung der Interpellation betreffend Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III folgende Fraktionserklärung ab.

Nebst der Tatsache, dass die Interpellationsantwort vom 11. Januar 2017 bereits nach der Annahme der Referendumsabstimmung gegen die Unternehmenssteuerreform III vom 12. Februar 2017, nach nur einem Monat nicht nur obsolet, sondern in ihren Parametern auch noch auf komplett falschem Fundament stand, zeigt nun über das hinaus auch der kurzfristige Rückzug vor der abschliessenden Abhandlung im Rat, dass die Absicht für die Einreichung dieser Interpellation nicht darin bestanden hat, tatsächlich verlässliche Fakten im Interesse der Öffentlichkeit zu eruieren.

Vielmehr hatte der Vorstoss offensichtlich nur einen einzigen und anders gelagerten Zweck zu erfüllen: Nämlich ging es bei diesem vielleicht sogar unter Umständen von der Finanzvorsteherin an ihre Partei bestellten Vorstoss von vornherein nur um eine rein politische Stimmungsmache. Und nach dem überraschenden Rückzug von heute, mit dem Resultat, dass sich im Rat nicht mal mehr andere Parteien zu diesem Thema äussern können, hebt diese Behörden-Beschäftigungs-Aktion aus linker Küche auf ein einseitig tendenziöses Niveau. Dies können wir so nicht einfach unerwidert im Raum stehen lassen.

Denn sachpolitisch müsste man sich in diesem Thema mit nur einer einzigen Stimme aus dem ganzen Kanton Zürich und in geeinter Absicht für einen konkurrenzfähigen Fiskalstandort Zürich inklusive Winterthur auf Bundesebene vernehmen lassen.

Aber die SP und ihre parteikämpferischen Departementvorsteher denken nur an ihre parteipolitischen Partikularinteressen und strecken bei jeder Gelegenheit im Namen von Mutter Staat ihre fordernden Hände nach mehr Steuereinnahmen aus.

Unsere Finanzvorsteherin hat dies anlässlich der letzten Budgetdebatte in nonchalanter Manier gemacht, indem sie Steuererhöhungen um ein paar Prozentchen bei jeder Gelegenheit kleingeredet hat. Dabei werden Steuerausfälle nur statisch betrachtend hochstilisiert, aber die dynamisch viel wichtigeren Aspekte bewusst ausgeblendet.

Ihr Parteikollege und Sozialvorsteher macht es nicht mit weniger Chuzpe und setzt sich protestierend auf Mutter Staats Schoss, mit den Schultern vielsagend und drohend zuckend, ganz im Sinne: Wenn man uns nicht sofort mit mehr Spielgefährten draussen rumtollen lässt, droht als unumgängliche Folge die Verwüstung des Wohnzimmers.

Und der Gemeinderat gibt ihm daraufhin postwendend mehr Sozialarbeiter, wie wir während der letzten Budgetdebatte ebenfalls haben miterleben dürfen.

Man sollte sich aber vielleicht in Zukunft auch einmal Gedanken machen, ob mit dieser Politik nicht bald die Gefahr drohen könnte, dass irgendwann die allerletzten guten Steuerzahler das Schlachtfeld verlassen und das leere Feld unserem Sozialvorsteher und seine Gefolgschaft für das Hissen ihrer blutig roten Fahne überlassen.

Diesem spät pubertierenden Geist folgend hat wohl auch SP-Gemeinderat Roland Kappeler entgegen besseren Wissens eine propagandistische Interpellation eingereicht. Er hat darin den versteckten Appell verpackt, keine Steuerausfälle tolerieren zu wollen. Ignorierend, dass es seine Genossen zusammen mit der internationalen Linken waren, die eine willkürliche Hetzjagd der EU gegen den Wirtschaftsstandort Schweiz eingeläutet haben. Dazu werden sie nicht einmal müde jedes Mal aufzujubeln, wenn die Schweiz auf irgendeiner ominösen Steuer-Liste angegraut wird.

Ihnen und ihren Kollaborateuren haben wir es zu verdanken, dass auf Bundesebene nach wie vor eine Unternehmenssteuerreform zur Debatte steht. Und was macht unser Stadtrat? Der Stadtrat lässt nur schon in seiner einleitenden Stellungnahme zur erwähnten Interpellation verlauten, dass er der internationalen Ächtung unseres aktuellen Steuersystems beipflichtet oder zumindest kleinlaut stattgibt. Das lässt wirklich tief blicken.

Ja nun, sei es drum. Mittlerweile hat sich auch der Kanton Zürich per 6. Dezember letzten Jahres zur bundesrätlich revidierten Steuervorlage SV17 aufs Neue vernehmen lassen. Er hat dies gemacht, indem er gewisse Finanzstörenfriede aus bestimmten Gemeinden im Kanton stärker eingebunden hat. Ob das jetzt nachfolgende Resultat unter einem besseren Stern steht, werden wir nach den bald einsetzenden Beratungen im Kantonsrat und der wahrscheinlich nachfolgenden Volksabstimmung über die neue Vorlage zu spüren bekommen.

Weil die aktuelle SV17-Vorlage, wie sie der Nationalrat letzte Woche auf die Weiterreise geschickt hat, auch aus unserer Sicht noch einige relevante Schönheitsfehler aufweist.

Aber über das endgültige Verdikt werden wir spätestens dann die abschliessende Gewissheit haben, wenn die ersten Firmen aus unserem Kanton oder gar aus der Schweiz abwandern. Daran wird weder diese Durchlauferhitzer-Interpellation noch andere Stimmungsmache in diesem Zusammenhang etwas ändern können.

Die SVP-Fraktion fällt auf diese Stimmungsmache nicht rein und wird stattdessen in der kantonsrätlichen Beratung für tragbare Lösungen kämpfen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Persönliche Erklärung, Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Ich muss noch etwas sagen. Lieber Franco, es tut mir ausserordentlich leid, dass offenbar Dein Ghostwriter-Auftrag schon erteilt war und ich Dich da auf dem falschen Fuss erwischte mit dem Rückzug – aber Du konntest ihn ja nun doch an die Leute bringen.

Ich gehe nicht auf die propagandistische, auf die links-, EU- usw. Weltsituation ein, sondern halte einfach drei Punkte fest: Als ich diese Interpellation im September 2016 einreichte, machte ich das aus Sorge um die Stadtfinanzen, wo man im IAFP gesehen hat, was USR III für Löcher reissen könnte. Ich machte das mit ernst gemeinten Fragen und unsere Finanzvorsteherin hatte überhaupt nichts damit zu tun, ausser dass sie oder ihre Abteilung dann die Antworten geben mussten.

Ich halte zweitens fest: Die Antworten kamen zufriedenstellend und ausführlich und sie waren zu dem Zeitpunkt, als sie kamen, auch nützlich. Nachher war unsere Traktandenliste so voll, dass das vor sich hin gedümpelt ist. Ich habe mir in dieser Zeit mehrfach überlegt, ob ich diese Interpellation zurückziehen soll, weil sie gegenstandslos wird. Aber man wusste ja, dass die Nachfolgevorlage kommt, und es wäre durchaus eine Möglichkeit gewesen, wenn es nicht heute sondern erst in zwei Monaten traktandiert gewesen wäre, dass man die eine oder andere Antwort tatsächlich auch schon wieder übertragen hätte können und dann hätte diese Diskussion Sinn gemacht.

Als sie für heute auf der Traktandenliste war, habe ich beschlossen, sie zugunsten von Rats-effizienz zurückzuziehen. Es reicht, wenn die Verwaltung schon so viel gearbeitet hat – wir müssen nicht auch noch eine Viertelstunde darüber diskutieren.

Ratspräsidentin A. Steiner: Jetzt haben wir noch eine Interpellation zu viel gebracht... Nun kommen wir definitiv zur Fragestunde (Traktandum 6).

Ratspräsidentin A. Steiner: Angesichts der Zeit schliessen wir die Sitzung an dieser Stelle, weil wir kein Traktandum mehr durchbringen werden vor 22 Uhr.
Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)